

14159 8 100 000 002
 JANSETSCHEK R
 8800 5031 9864 SLEN 27/0424
 e222

Aeroflot offeriert die neue internationale Fluglinie



LWOW – PRAG

Die Strecke wird jeden Mittwoch mit einer Jak 42 beflogen.
 Flugplan:

Flug	Abflug	Ankunft
Su 697	Lwow 08.40	Prag 08.30
Su 698	Prag 09.50	Lwow 13.40

(Ortszeit)

Die neue Route zwischen der Sowjetunion und der Tschechoslowakei ist zeitsparend und bietet neue Möglichkeiten, um die bedeutendsten kulturellen Zentren und Städte beider Länder kennenzulernen.

Nähere Auskünfte über die Flüge auf dieser neuen Strecke geben alle Vertretungen von Aeroflot.

AEROFLOT
 Soviet airlines

Nr. 8

19. – 25. Februar 1990

BRD 2, – DM
 Österreich 10, – ÖS
 Schweiz 1, 80 sfr
 Berlin (West) 2, – DM

**MOSKAUER HEFTE
 FÜR POLITIK**

NEUE ZEIT

Schicksal
 eines Provokateurs

Ost – West

was uns verbindet
 was uns trennt



ISSN 0233 – 8335

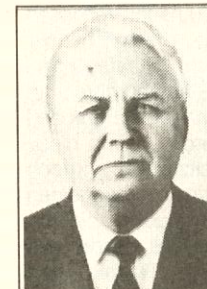


Der Weinende lüßt den Fisch länger leben

Zeichnung: Leonid Tischkow

LESERBRIEFE (2), EREIGNISSE DER WOCHE (4), PERSONALIEN (44)

UdSSR L. Ionin **VOR ENTSCHEIDENDEN EREIGNISSEN** 5



Tbilissi:
Polemik beim Plenum
des ZK der KPdSU
S.26



UdSSR – USA G. Sidorowa **PLENUM, KRITIK UND POLITIK** 7

WIR UND DIE WELT L. Mletschin **STREIT UM OSTEUROPA** 9

NZ-STANDPUNKT L. Besymenski **WIEDER ZU SPÄT?** 10

OSTEUROPA V. Mussatow **„ENDE DES SOZIALISMUS...“** 11

UdSSR – KUBA V. Sobolew **WAS WIR EINANDER SCHULDEN** 13

POLEMIK

B. Rubin, N. Simonija **ABER DER KRIEG IST NICHT ZU ENDE** 14

NIKARAGUA J. Borowoj **21 PARTEIEN UND 2 KANDIDATEN** 18

NZ-STANDPUNKT D. Sgerski **DREI LEHREN AUS LIBANON** 20

JUGOSLAWIEN

G. Syssojew **PARTEI GESPALTEN,**

TREND ZUR KONFÖDERATION 21

VON UNSEREM PARLAMENTS KORRESPONDENTEN

N. Andrejew **DÖGMEN BEHINDERN** 22

NZ-PUBLIKATIONEN

A. Sacharow **REDE ZUM ABSCHLUSS DES ERSTEN**

KONGRESSES DER VOLKSDEPUTIERTEN DER UdSSR 23

BÜRGERINITIATIVEN „BÜRGERAKTION“ 25

NOTFÄLLE UMSTÄNDE EINES BESCHLUSSES 26

A. Pumpjanski **DIE OBERSTEN INFORMELLEN DES LANDES** 27

WIRTSCHAFT A. Matlin **HOHLES GELD** 28

LITERATUR B. Pasternak **LEBENSUNTÜCHTIGKEIT** 30

BETRACHTUNGEN M. Koshokin **WARUM REISEN WIR AUS?** 32

VON UNSEREM SONDERKORRESPONDENTEN

W. Shtomirski **GEMEINDE DER GEMEINDEN** 33

ZEITGESCHICHTE

A. Wlassenko, W. Rasuwajew **DER PROVOKANTE DEPUTIERTE** 36

STANDPUNKT DES JURISTEN J. Feofanow **NOTWEHR** 39

HANDSCHRIFTEN BRENNEN NICHT

J. Nehru **DOKTRIN DER GEWALTLOSIGKEIT** 40

KUNST A. Gorelow **NEUE SPIELZEIT** 46

Tütelbild: Viktor Brel

Anschrift: 103782, GSP, Moskau K-6, Puschkinskaja pl.

☎: 229-88-72, 209-07-67

Telex 411164a NEWTSU, 411164b NEWTSU, 411164c NEWTSU Telefax: 200-41-92, 200-42-23

Erscheint in Russisch, Deutsch, Englisch, Französisch, Spanisch, Portugiesisch,
Italienisch, Polnisch, Tschechisch und Griechisch • Druck: „Moskowskaja Prawda“

„Aeroflot“ bringt die „Neue Zeit“ prompt in jedes Land

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet



Afghanistan:
Krieg ohne uns
S.14

Chefredakteur
Vitali IGNATENKO
Redaktionskollegium:
Leonid ABRAMOW,
Lew BESYMENSKI,
Alexej BUKALOW
(verantwortl. Sekretär),
Alexander DIDUSSENKO,
Vitali GANJUSCHKIN
(stellv.

Chefredakteur),
Sergej GOLJAKOW,
Wladimir
KULISTIKOW
(stellv. Chefredakteur),
Leonid MLETSCHEIN,
Dmitri POGORSHELSKI,
Alexander PUMPJANSKI
(1. stellv.
Chefredakteur),
Galina SIDOROWA,
Viktor STARSCHINOW

Gestaltung:
Igor SCHEJIN
Verantw. Redaktion
der deutschen Ausgabe:
Gennadi MJASNIKOW

NZ-Korrespondenten:
Algier
Michail CHROBOSTOW;
Belgrad
Gennadi SYSSOJEW;
Berlin
Anatoli KOWRIGIN;
Bonn
Nikita SHOLKWER;
Bukarest
Sergej SWIRIN;
Delhi
Sergej IRODOW;
Havanna
Vitali SOBOLEW;
Lusaka
Nikolai RESCHETNJAK;
Managua
Juri KUDIMOW;
New York
Jewgeni ANDRIANOW;
Prag
Kim KOSTENKO;
Rom
Pawel NEGOIZA;
Stockholm
Alexander POLJUCHOW;
Tokio
Wladimir
OWSJANNIKOW;
Warschau
Rudolf BOREZKI

Auslandsredaktionen:
Warschau, „Nowe Czesy“
Jan LYSEK;
Prag, „Nova doba“
Wladimir TRAVNICEK;
Athen, „Nei Keri“
Kostas MICHAELIDES

LESERBRIEFE

Briefwechsel

■ Ich habe in der NZ Nr. 42/89 über den Vorschlag im Parlament von Estland gelesen, eine Fassung eines neuen Staatsbürgerschaftsgesetzes anzunehmen. Am 06.11.1989 stand im ND ein kurzer Artikel darüber, daß in der litauischen Sowjetrepublik bereits ein neues Staatsbürgerschaftsgesetz angenommen wurde. Welche Auswirkungen hat das auf die über 300 000 im Ausland (USA, Kanada und andere Länder) lebenden Litauer?

Meine Mutter wurde im Juni 1937 in Litauen geboren und 1941 nach Deutschland umgesiedelt (eine Auswirkung des verhängnisvollen Vertrages zwischen dem faschistischen Deutschland und der damaligen Führung in der Sowjetunion). Der Bruder mei-

ner Mutter, geboren 1926 in Kaunas (Kowno), mußte Soldat der Wehrmacht werden und ist im März 1944 mit 17 1/2 Jahren in Belorussland gefallen. Meine Mutter gelangte dann in den Kriegswirren 1945 in die damalige sowjetische Besatzungszone und baute sich in der DDR eine neue Existenz auf. Welche Konsequenzen hat das Staatsbürgerschaftsgesetz in Litauen für meine Mutter bzw. für mich als ihren Sohn? Haben wir nun zwei Staatsbürgerschaften, die der DDR und die Litauens? Da ich auch gehört habe, daß im Jahr 1990 alle Sowjetbürger ab dem vollendeten 18. Lebensjahr einen Reisepaß erhalten sollen, kann dann meine Mutter bzw. ich einen litauischen bzw. sowjetischen Paß erhalten?

Konrad Guza
Kietz, DDR

Das Gesetz über die Staatsbürgerschaft der Litauischen SSR verbindet die Erlangung der Staatsbürgerschaft der Republik mit der Tatsache des ständigen Wohnsitzes auf dem heutigen Territorium Litauens. Jene, die nach 1940 Litauen verlassen haben, verfügen lediglich über das Recht auf Staatsbürgerschaft. Die Staatsbürgerschaft kann den genannten Personen zuerkannt werden, wenn diese zur Wohnsitznahme nach Litauen übersiedeln und einen Eid auf die Republik ablegen. Nur in diesem Fall werden die entsprechenden Rechte und Pflichten, die mit der Staatsbürgerschaft zusammenhängen, wirksam.

J. Zilys
Leiter der juristischen Abteilung
des Präsidiums des Obersten
Sowjets der Litauischen SSR
Vilnius

Wir bezogen eine prinzipielle Position

■ Die erste Sitzung der Kommission für Fragen der zwischennationalen Beziehungen des Gebietskomitees der KPdSU von Odessa hat stattgefunden. Die Kommission nahm eine Erklärung über die Notwendigkeit des Kampfes gegen Nationalismus und Chauvinismus, darunter auch Antisemitismus, an, die unsere prinzipielle Position bezüglich zwischennationaler Konflikte widerspiegelt. Warum hat die Kommission dieses recht scharf formulierte Dokument verabschiedet? Im Gebiet Odessa gibt es keine Konflikte auf zwischennationaler Basis, obwohl hier Vertreter von mehr als 100 Nationalitäten wohnen. Kürzlich führten wir eine breitangelegte soziologische Untersuchung durch, bei der 93 % der Befragten die zwischennationalen Beziehungen im Gebiet als gut und sehr gut einschätzten. Nur 1,7 % meinten, die Beziehungen seien schlecht. Für die heutige Zeit ist das ein sehr gutes Ergebnis.

Zur gleichen Zeit spüren wir die negativen Folgen von Konflikten außerhalb unseres Gebietes, deren Wellen uns erreichen.

Im Fernsehen wurde nur kurz über unsere Erklärung informiert, wodurch der Eindruck entstand, sie sei aufgrund gewisser Ereignisse, die in Odessa stattgefunden haben, gefaßt worden. In Wirklichkeit ging es darum, was außerhalb unserer Stadt passiert, aber einen starken Einfluß auf die Stimmung der Öffentlichkeit hat.

Die Leute haben sich daran gewöhnt, daß die offiziellen Organe oft schweigen, wenn etwas von Bedeutung passiert. Im vorliegenden Fall han-

delt es sich um eine normale Reaktion eines politischen Organs, des Gebietskomitees der Partei, auf ein Ereignis, das einer prinzipiellen Wertung bedarf. Offensichtlich sind viele nicht mehr eine solche normale und schnelle Reaktion gewöhnt.

Wir meinen dagegen, daß die Organe von Partei und Sowjetmacht ihre Haltung zu allen Erscheinungen von Nationalismus und Antisemitismus ganz klar zum Ausdruck bringen müssen. Hierbei ist auch die Prozedur des Verbots von Organisationen vorzusehen, deren Tätigkeit eine Destabilisierung der Lage in sich birgt und nationalen Hader entfacht. Das geschieht in Übereinstimmung mit unserer Verfassung, deren Leitsätze oft nicht erfüllt werden. Wir bestehen mit aller Entschiedenheit darauf, daß Organisationen, die nationalistische, chauvinistische und antisemitische Losungen aufstellen, in welcher Form auch immer, strafrechtlich verfolgt werden. In der Stadt und im Gebiet Odessa gibt es keine Organisationen vom Typ „Pamjat“ oder andere bemerkenswerte politische Kräfte, die nationalistische Positionen äußern. Um die Stabilität in den zwischennationalen Beziehungen zu wahren, müssen wir sicher sein, daß diese destabilisierenden Faktoren nicht von außen einwirken können. Das ist der Grund für die Erklärung unserer Kommission.

Igor Serow
Sektorenleiter der ideologischen Abteilung
des Gebietskomitees von Odessa
der KP der Ukraine

Ich will Bürger Litauens sein Marschall Shukow kann sich nicht selbst verteidigen

Reverend widerspricht Diplomaten

„Es geht nicht um Emotionen“ (NZ 2/90)

In der Zeitung „Cina“ vom 10. Januar d. J. wurde ein Interview mit dem Handelsminister der Lettischen SSR Rudolfs Salputra veröffentlicht. Der Minister berührte u. a. das Problem der Importeinkäufe: „In dieser Beziehung liegt fast alles in den Händen des Handelsministeriums der UdSSR, weil es über Devisen verfügt. Wieviel Importwaren wird uns das Zentrum zuteilen? Schwer zu sagen. Die Erfahrungen vieler Jahre lehren uns, daß wir weder Zeit noch Mühen scheuen dürfen, um so oft wie möglich in Moskau zu sein und hartnäckig an die Türen des Handelsministeriums der UdSSR zu klopfen, um den richtigen Moment nicht zu verpassen.“

Hinsichtlich der Möglichkeiten direkter Beziehungen zum Ausland sagte der Minister: „Unser Ministerium hat keinen Dollar, keinen Cent. Uns bleibt nur der Warenaustausch... Ende des vergangenen Jahres faßte der Ministerrat der UdSSR einen Beschluß, mit dem das Recht der Unionsrepubliken auf dem Gebiet des Außenhandels vollkommen blockiert wird. Jetzt können wir nicht einmal Waren, die man dem Binnenmarkt der Republik entziehen kann, ausländischen Partnern anbieten. Buchstäblich alles wird lizen-

siert und ich würde sagen im Interesse des Zentrums... Im vorigen Jahr gab es viele fortschrittliche Beschlüsse über die Selbständigkeit von Betrieben, und unsere Handelsorganisationen leisteten im Ausland beachtliches bei der Ausdehnung der Zusammenarbeit. Nun ist alles, wie Sie verstehen werden, umsonst gewesen, und die Autorität der Republik in den Augen unserer Partner sinkt...“

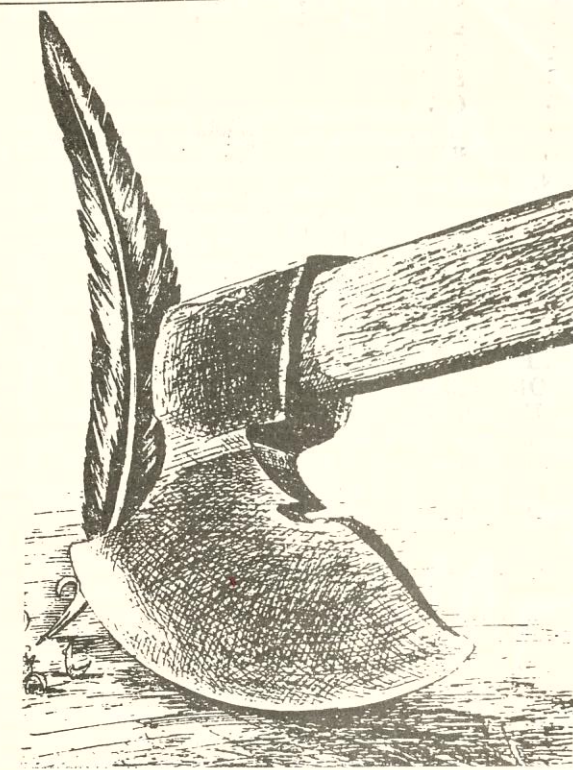
Und das ist nur ein Fall. Solche Beispiele lassen sich in großer Zahl für sämtliche Behörden und Branchen anführen. Dann wundert man sich noch, warum Lettland selbständig leben will, warum die Frage eines Austritts aus der UdSSR aufgeworfen wird. Zunächst hat keiner an einen Austritt gedacht, alle wollten die Lösung verwirklichen, für die die Roten Lettischen Schützen gekämpft haben: „Ein freies Lettland in einem freien Rußland“. Wie man sieht, ist nichts daraus geworden.

I. Rosenberg
Jelgava, Lettische SSR

Leserbrief von Juri Reschetow (NZ 48/89)

■ Ich war verwundert, in Ihrer Zeitschrift einige Ansichten von Herrn Juri Reschetow bezüglich meines letzten Besuchs in der Sowjetunion zu lesen, die er schon früher geäußert hat und die nicht der Wirklichkeit entsprechen. Inzwischen sind wir einander in der Universität von Oxford begegnet, wo er mich aufmerksam anhörte und versprach, die Tatsachen zu bestätigen. Deshalb hoffe ich, daß er eine Möglichkeit findet, die Ereignisse richtig darzulegen. Erstens ist die Behauptung

S O G E S E H E N



Zeichnung: Antony Chodorowski (Polen)

falsch, ich sei, „ohne die sowjetischen Behörden informiert zu haben, ins Baltikum gefahren“. Ich war persönlicher Gast von Erzbischof Julijonas Steponavicius, der am 5. Februar seine Kathedrale neu weihte. Zwei Wochen vor diesem Ereignis bekam ich ein Telegramm mit einer Einladung, was er bestätigten kann. Ein Vertreter des sowjetischen Konsulats in London kann ebenfalls bestätigen, daß ich letztlich die Genehmigung für diese Reise erhielt,

und am 3. Februar bekam ich ein Visum, das lautete: „Einladende Seite – Rat für Religionsangelegenheiten und Bischof von Vilnius; gültig für den Besuch von Vilnius, Riga, Tallinn, Leningrad und Moskau“.

In Vilnius organisierte ein Vertreter des Bischofs meine Unterbringung und übernahm sämtliche organisatorische Fragen, darunter auch die Benachrichtigung der Behörden über meinen Aufenthalt. Die Zeitung „Sowjetskaja Litwa“ vom 7. Februar führte meinen Namen in der Liste der offiziellen Gäste auf. Der einzige Verstoß bestand darin, daß die Organisatoren meines Aufenthaltes aus irgendwelchen Gründen mein Visum nicht abstemplein ließen, was laut Protokoll, wie Herr Reschetow sagte, erforderlich ist.

Außerdem reiste ich nicht als „Tourist“, sondern als offizieller Gast. Ich denke nicht, daß unser Foreign Office jemanden in die Delegation aufgenommen hätte, der den sowjetischen Behörden nicht paßt.

Reverend
Michael Bourdeaux
Keston, Großbritannien

Zusammengestellt von
M. Tschernowzewa

Eine Ohrfeige für den „Würdigsten“

■ Ein Mitarbeiter des Verlages des ZK des Komsomol, der für die Herausgabe von Büchern der Reihe „Das Leben hervorragender Persönlichkeiten“ verantwortlich ist, teilte bei einem Interview der Zeitung „Krasnaja Swesda“ mit, daß demnächst ein Buch über Marschall Shukow erscheinen wird, das vom bekannten Historiker Nikolai Jakowlew geschrieben wurde. Der Autor des mehrmals verlegten Buches „CIA gegen UdSSR“ ist tatsächlich dadurch bekannt geworden, daß er eine Ohrfeige von Akademiestar Sacharow erhalten hat. „Eine so hohe Wertung journalistischer Tätigkeit kann nicht einem Helden allein gehören, sie muß auf viele verteilt werden“, meinte ein Publizist. Es gibt genügend vul-

gäre Schreiberlinge bei uns, aber Akademiestar Sacharow gab dem „würdigsten“ den Vorzug.

Marschall Shukow ist ein großer Heerführer und unser Nationalheld. Für uns Frontkämpfer ist sein Name heilig. Ich will nicht zu einer „Hexenjagd“ und Berufsverboten aufrufen, meine aber, daß nur ein Mensch mit sauberen Händen über diesen Mann schreiben darf. Marschall Shukow ist vor 16 Jahren gestorben und hat keine Möglichkeit, sich selbst zu verteidigen, wie das Akademiestar Sacharow getan hat.

Igor Tichomirow
Leningrad, RSFSR



**MSTISLAW
ROSTROPO-
WITSCH**
Volkskünstler
der UdSSR



**ADAM
MICHNIK**
Sejm-
Abgeordneter
(Polen)



**HANS-
JOCHEN
VOGEL**
SPD-Vorsitzen-
der (BRD)

Als wir die Sowjetunion verließen, war sie eine Insel der Lügen. Jetzt hat die große Läuterung begonnen. Sie muß Ergebnisse zeitigen. Wir sind aus Japan kommend in Moskau eingetroffen. Der Kontrast zwischen diesen beiden Ländern ist auch mit bloßem Auge zu erkennen. Und das tut weh, denn das Sowjetvolk, das so viel durchmachen mußte, hat ein besseres Leben verdient. Die ganze Welt wünscht ihm das Beste. Man muß endlich die alten Märchen vergessen, im verfaulten kapitalistischen Westen wünsche man uns nur Böses. Das stimmt nicht. Anderenfalls hätte man uns in Amerika nicht geholfen, diese Reise zu organisieren. Ich bin glücklich, daß ich zusammen mit dem National Symphony Orchestra der USA in die UdSSR gekommen bin, daß ich, wenn man so sagen kann, zwei Kulturen miteinander verbindet.

Meiner Meinung nach ist das, was beim Plenum des ZK der KPdSU geschehen ist, äußerst wichtig. Nicht nur für die Sowjetbürger, sondern die ganze Welt. Gorbatschow, Schewardnadse, Jakowlew und Ryshkow brachten offen ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, weiter in Richtung Demokratie und Freiheit voranzuschreiten. Wichtig sind drei Dinge: Abschaffung des Artikels 6 der Verfassung über die führende Rolle der Partei, Verzicht auf das Machtmonopol und die Zustimmung für ein Mehrparteiensystem. Meiner Ansicht nach ist das der Tod der stalinistischen totalitären Ordnung. Es gab aber auch andere Äußerungen. Herr Anufrijew, zweiter Sekretär des ZK der KP Kasachstans, bezeichnete die Staaten Osteuropas als sowjetische Pufferzone. Mich als Polen hat das gekränkt. Und als Abgeordneter des polnischen Sejms will ich sagen, daß wir Polen es niemandem und niemals gestatten, unser Land als Pufferzone eines anderen Staates zu bezeichnen. Ebenfalls befremdet war ich über die Rede von Herrn Browikow, des sowjetischen Botschafters in Polen. Er sagte u. a., die Kritik des Stalinismus in der Sowjetunion sei eine Modeerscheinung, alles Elend der Vergangenheit in die Schuhe zu schieben. Ich traue wohl meinen Augen nicht: Liegen nicht im Stalinschen Völkermord die Wurzeln allen ökonomischen, nationalen und menschlichen Elends, mit dem wir heute konfrontiert sind? Ich fürchte, daß Herr Browikow mit einer solchen Geisteshaltung kein guter Botschafter Ihres Landes in Warschau sein wird.

Generalsekretär Gorbatschow hat gegenüber dem Bundeskanzler das wiederholt, was er einige Tage zuvor gegenüber Ministerpräsident Modrow erklärt hat. Nämlich: daß es Sache der Deutschen sei, über ihre Einheit, deren staatliche Organisation und den zeitlichen Ablauf des Einigungsprozesses zu entscheiden. Ebenso hat er jedoch deutlich gemacht, daß sich die deutsche Einigung in die Architektur Europas einfügen und den Sicherheitsinteressen aller Beteiligten, insbesondere aber denen der Sowjetunion, Rechnung tragen müsse. Herr Kohl hat das akzeptiert, sich mit Vier-Mächte-Gesprächen einverstanden erklärt und offenbar die längst überfällige Grenzgarantie gegeben. Wichtige Fragen zur konkreten Ausgestaltung der europäischen Friedensordnung

und zur Rolle eines vereinigten Deutschlands in dieser Friedensordnung sind gestellt worden, aber offen geblieben.

Eine qualitative Veränderung der deutschen Situation ist demnach durch den Besuch nicht bewirkt worden. Auch die bundesstaatliche Einheit war seitens der Sowjetunion schon vorher als akzeptable Lösung bezeichnet worden. Die Einschätzung der Besuchsergebnisse durch den Bundeskanzler als „historisch“ und als epochaler „Durchbruch“ stellt sich deshalb als rhetorische Übertreibung dar, die von Selbstüberschätzung nicht frei ist und auf parteipolitische Effekte zielt.

Der Besuch kann jedoch dazu beitragen, daß an die Stelle der auch vom Bundeskanzler beförderten Hektik der letzten Tage und Wochen wieder mehr Nüchternheit und Besonnenheit tritt. Und zwar auch hinsichtlich des zeitlichen Rahmens, in dem die volle Einheit der Deutschen zu verwirklichen ist.

Mein Besuch in der UdSSR war der erste eines belgischen Verteidigungsministers. Und ich bin auch, soweit mir bekannt ist, der erste westliche Verteidigungsminister überhaupt, der vor Deputierten des Obersten Sowjets, den Mitgliedern des Ausschusses für Verteidigung und Außenpolitik, aufgetreten ist. Ich empfinde diesen Besuch als Fortsetzung jener Zusammenarbeit, die es während des zweiten Weltkrieges und in den ersten Nachkriegsjahren gegeben hat. Damals gab es die Hoffnung auf eine Fortsetzung... Es ist nicht leicht, diese Hoffnung wieder aufleben zu lassen. Mit einem Federstrich lassen sich 40 Jahre Mißtrauen nicht aus der Welt schaffen.

Und obwohl die Sicherheitsperspektiven real sind, gibt die Umsicht noch keinen Anlaß dafür, die militär-politischen Bündnisse, darunter die NATO, aufzulösen. Aber jetzt besteht bereits die Möglichkeit für eine gründliche Revision der Verteidigungsdoktrinen und folglich auch der militärischen Strukturen.

Bei einer günstigen Entwicklung könnten in Abstimmung mit den Bündnispartnern die belgischen Truppen vom Territorium der BRD abgezogen werden. Dort stehen etwa 25 000 Mann. Der Unterhalt von Truppen im Ausland erfordert beträchtliche Mittel, aber ihre Rückführung nach Hause schafft ebenfalls Probleme, die mit Arbeitsbeschaffung und der Lösung anderer sozialer Fragen zusammenhängen.

Die Erklärung der sowjetischen Regierung, in der die Bereitschaft geäußert wurde, die sowjetischen Truppen aus anderen Ländern abziehen und die entsprechenden sowjetischen Stützpunkte aufzulösen, bedeutet für uns, daß unseren Kindern das Schicksal unserer Soldaten von 1956 in Budapest, 1968 in Prag und 1979 in Afghanistan erspart bleibt, daß sie nicht mit Plakaten konfrontiert werden, auf denen zu lesen ist: „Iwan go home!“

In der internationalen Politik wie im persönlichen Leben passiert alles auf der Basis der Gegenseitigkeit. Und deshalb glauben wir, daß auch die Spitzenpolitiker anderer Länder unserem guten Beispiel folgen werden.



**GUY
COEME**
Verteidigungs-
minister des
Königreiches
Belgien



**ANATOLI
ALEXIN**
Schriftsteller,
Präsident der
Vereinigung
„Frieden für die
Kinder der Welt“

Vor entscheidenden Ereignissen

Leonid Ionin

Die Entscheidung für ein Mehrparteiensystem ist gefallen. Hatte die KPdSU eine andere Wahl?

Die Eindrücke vom Plenum sind unterschiedlich. Einerseits gab es nicht die für die Führung wünschenswerte Einheit in der Partei. Die Diskussion auf dem Plenum erinnerte an eine Straßenbahn, in der viele Fahrgäste schimpfen, weil sie nicht in dieser Richtung und mit dieser Linie fahren wollen, doch nicht aussteigen, weil sie fürchten, sonst überhaupt nicht voranzukommen. Andererseits zeigte das Plenum, daß die Perestroika ihre eigene Logik erlangt hat, die in vielem von den Absichten, Wünschen und persönlichen Neigungen der Führung unabhängig ist.

Man muß sich auf Ereignisse von viel größerer Dimension vorbereiten als die Aufhebung des berühmten Artikels 6 der Verfassung, als die (bislang rein theoretische) Anerkennung eines möglichen Mehrparteiensystems oder die vorsichtige, von Vorbehalten begleitete, Zulassung von „auf Arbeit beruhendem Privateigentum“.

Das Plenum befaßte sich vor allem mit Fragen des Lebens der Partei und ihrer Rolle in der Gesellschaft. Und hier wurde ein grundsätzlicher und nicht leicht lösbarer Widerspruch in den Ansichten der meisten ZK-Mitglieder deutlich: der Wunsch, die KPdSU als demokratische Partei in einer demokratischen Gesellschaft zu sehen und zugleich das Streben, zu verhindern, daß sie zu einem „Diskussionsklub“ wird, und die ihr heute eigene „Rolle einer Vorhut“ zu bewahren. So traurig das Eingeständnis auch sein mag, diese beiden Ziele lassen sich nicht gleichzeitig erreichen. Das wird nicht gelingen, vor allem, weil die Vorhutrolle im Grunde schon verspielt ist. Die Vorhut der Perestroika – davon war bereits wiederholt die Rede –, das ist nur eine recht kleine Gruppe von Parteifüh-

ern, während der Parteiapparat im Zentrum und vor Ort immer wieder versucht, eine eigene Politik zu verfolgen, die den oben verkündeten Zielen der Perestroika zuwiderläuft. Eine solche Eigenständigkeit, in gewissem Sinne sogar Unabhängigkeit des Apparats vor Ort von den höchsten Instanzen wurde möglich durch die faktische, d. h. noch nicht organisatorisch fixierte, Demokratisierung des Parteilebens. Doch diese Demokratisierung hat auch die „Rebellion“ der Parteimassen gegen die lokalen Apparatschiki ermöglicht, was zu einer weiteren Demokratisierung und natürlich zu einer Schwächung des Kommandosystems innerhalb der Partei führt. Zugleich bilden sich in der Partei Gruppen allgemeindemokratischer Orientierung, denen eine „Avantgarderolle“ fremd ist und die sich der Notwendigkeit einer gleichberechtigten Beteiligung nichtkommunistischer Gruppen und Bewegungen an der Politik bewußt sind. So entsteht eine Atmosphäre der Diskussion, außerhalb derer die demokratische Perestroika undenkbar ist. Eine solche Atmosphäre ist störend dabei, die Vorhutrolle im traditionellen, alten Sinn zu spielen, doch nur sie wird es der Partei erlauben, gewisses Ansehen zu bewahren und in Zukunft eine der führenden politischen Kräfte zu bleiben.

Warum „eine der ...“, und welche politischen Kräfte könnten in Zukunft gleichberechtigt neben die Kommunistische Partei treten? Die Behauptung, außer der KPdSU gäbe es bei uns keine Kraft, die die Perestroika zu Ende führen könne, ist ja fast zu einem Allgemeinplatz geworden. Hinter diesem so gern wiederholten „keine“ spürt man ein kategorisches „Das kann ja gar nicht sein“, begleitet, falls erforderlich, von einem Faustschlag auf den Tisch. In Wirklichkeit aber ist eine solche Haltung erstens unseriös und zweitens gefährlich. Unseriös, weil unter den Bedingungen des bestehenden Machtmonopols und der engen Verfilzung der Partei mit Staatsapparat, Armee und KGB alternative politische Kräfte einfach nicht die Möglichkeit hatten, sich zu entfalten. Diverse Verbote, Beschränkungen und Sanktionen verengten künstlich das politische Spektrum. Und die Lage hat sich nicht grundlegend verändert.

Doch diese Haltung ist auch gefährlich, weil sie den Eindruck erweckt, die Perestroika müsse irgendein „Ende“ in Form des „vollständigen und endgültigen“ Aufbaus von was auch immer haben, was nur die KPdSU errichten könne, und danach würden alle anderen Parteien sowieso überflüssig werden. Das ist ein Teufelskreis utopischer Logik, in den bewußt oder unbewußt jeder gerät, der das wahre Ziel der politischen Perestroika nicht begreift: den Totalitarismus zu beseitigen, anzuerkennen, daß einzelne und gesellschaftliche Gruppen verschiedene Ziele und Interessen haben, und ein System zu schaffen, das eine gleichberechtigte Vertretung dieser Ziele, und Interessen in der Gesetzgebung und in der Staatsverwaltung gewährleistet. In diesem Sinn sind die Erklärungen, es gäbe keine alternativen politischen Kräfte, nichts anderes als eine Selbstnegierung der Perestroika.



Die KPdSU wird ihren Platz in einer Gesellschaft finden müssen, die nicht mehr schweigt



Ein Großteil der neuen Bewegungen akzeptiert die bestehende Machtstruktur nicht

Ob es solche Kräfte gibt oder ob es sie nicht gibt – das kann nur der reale politische Prozeß ohne künstliche Barrieren und Beschränkungen zeigen. Es ist unmöglich, das künftige Kräfteverhältnis zuverlässiger zu prophezeien, obwohl es sinnvoll erscheint, von einem bedeutenden Einfluß sozialdemokratischer Ideen, von der Bildung diverser christlicher Parteien und der Schaffung einer Art von „Industriellenpartei“ auf der Grundlage des Verbandes der Genossenschaftler auszugehen. Überhaupt wird es, wie die jetzige Vielfalt von Bündnissen und Bewegungen zeigt, viele Parteien geben. Wie weit wird es eine von ihnen oder eine Mehrparteienkoalition im Kampf um die politische Führungsrolle mit der KPdSU aufnehmen können? Das wird weitgehend von der KPdSU selbst abhängen, davon, welche neue Gestalt sie in den kommenden Monaten und Jahren annehmen wird. In ihrer jetzigen Form ist sie, wie die Wahlen zum Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR gezeigt haben, für die politische Auseinandersetzung absolut untauglich. In den Jahrzehnten der Alleinherrschaft ist sie aus einer Partei, die auf einer breiten Volksbewegung beruhte, zu einer Partei des Apparats degeneriert. Negativ wird man ihr auch die zahlreichen „Fehler“ der Führung anrechnen, die in eben jenen Jahrzehnten unser Land, unser Volk unzählige Opfer kosteten. Unter Bedingungen, da sie vom Staat „getrennt“ und die Parteimitgliedschaft nicht mehr Unterpfand für eine erfolgreiche Karriere in jedem Lebensbereich sein wird, dürfte die Zahl ihrer Anhänger jäh abnehmen.

Eine solche traurige Zukunft erscheint durchaus wahrscheinlich. Da kann sich die Frage stellen: Warum soll die Partei dann auf das Machtmonopol verzichten? Man kann da Argumente moralisch-ethischer Art anführen, wenn man sagt, daß bei Fehlen von Unterstützung durch das ganze Volk der Anspruch, absolut alles dirigieren zu wollen, Diktatur und Gewalt ist und daß sich eine Partei, die die Volksherrschaft verkündet, an das Volk selbst wenden muß,

damit dieses das Recht auf die Macht bestätigt. Das scheint der richtige Gedanke zu sein, wenn er auch etwas naiv ist angesichts der bekannten Widersprüche von Politik und Moral.

Doch man kann auch realpolitische Überlegungen anführen. Dringende demokratische Umgestaltungen sind der einzige reale Weg, damit das Land und die Partei aus der Krise herauskommen. Bis zuletzt war das nicht zu erkennen. Die recht verstreuten und schwach organisierten Bekundungen des gesellschaftlichen Protests hielten sich im Rahmen von Bürgerinitiativen und diverser informeller Vereinigungen, die sich mit Mühe und Not trotz bürokratischer Hindernisse ihren Weg bahnten. Die Führung der Partei stellte den Kommunisten und ihren Organisationen die Aufgabe, mit diesen Bürgerinitiativen und Vereinigungen zusammenzuarbeiten. Es schien, man könne sie im Rahmen der entstandenen Strukturen lösen, da die Protestierenden sich einzelnen oder lokalen Problemen zuwandten, ohne die Rechtmäßigkeit des Herrschaftssystems insgesamt in Frage zu stellen.

Doch die Vertiefung der Krise einerseits und die Veränderungen im gesellschaftlichen Bewußtsein andererseits führten dazu, daß gesellschaftliche Massenbewegungen der verschiedensten Orientierung – von konservativen und radikalnationalistischen bis hin zu radikaldemokratischen – entstanden. Eine Streikbewegung wurde erkennbar, die Zeit der Straßendemokratie kam, und sehr schnell begannen die verschwommenen Bewegungen ohne klare Konturen eine deutliche Gestalt und Organisation anzunehmen – nicht gesellschaftliche, nicht klassenmäßige, sondern programmatisch-politische Gestalt. Es stellte sich heraus, daß ein Großteil dieser Bewegungen die entstandene Machtstruktur nicht akzeptiert, ja in ihr ein Hindernis für die Verwirklichung des Ideals der Macht des Volkes sieht. Viele Beispiele hierfür gibt es: von den nationalen Bewegungen in den Republiken, einschließlich

Rußlands, bis hin zu den radikalen Volksfronten, die sich mit zunehmender Herauskristallisierung ihrer Positionen dem Programm der Demokratischen Union nähern.

Man kann natürlich darüber streiten, wie die Ziele der einen oder anderen Bewegung „in Wirklichkeit“ und, „wenn man sie gründlich analysiert“, sind, doch das kann die Tatsache, daß es diese Bewegungen gibt und sie eine reale politische Kraft darstellen, nicht verdrängen.

Hier wurde deutlich, daß das politische System unseres Landes nicht über Möglichkeiten für eine friedliche Nutzung des gigantischen Potentials der gesellschaftlichen Bewegungen verfügt. Im Grunde kann man es nur auf eine Weise nutzen: indem man die Rechtmäßigkeit ihrer Vertretung in der politischen Struktur anerkennt.

Eben auf diesem Höhepunkt, an diesem Wendepunkt in der Entwicklung der Perestroika wurde das jetzige Plenum abgehalten. Nicht von ungefähr fand am Vorabend des Plenums ein Massenmeeting statt, wohl das größte in Moskau seit Beginn der Perestroika, nicht von ungefähr wandte sich unsere Aufmerksamkeit von Moskau plötzlich dem Transkaukasus und dem Baltikum zu, nicht von ungefähr schließlich wurde das Plenum von Gerüchten über Pogrome und einen Bürgerkrieg begleitet. Die Logik der Perestroika brachte die Partei zur Einsicht des entscheidenden und – für sie selbst und für unser Land – rettenden politischen Schrittes: der Akzeptanz eines Mehrparteiensystems, d. h. der Öffnung von Kanälen für die friedliche Lösung der verschärften Widersprüche.

Der entsprechende Punkt wurde in den Entwurf der Plattform des ZK der KPdSU zum 28. Parteitag aufgenommen: „Die Entwicklung der Gesellschaft schließt die Möglichkeit der Schaffung auch von Parteien nicht aus... Die KPdSU beansprucht nicht das Monopol und ist zum politischen Dialog und zur Zusammenarbeit mit allen bereit, die für eine Erneuerung der sozialistischen Gesellschaft eintreten.“ Natürlich ist dies der einzig mögliche Schritt.

Nur kann man fragen, ob er nicht zu spät kam. Um so mehr, da die Einbeziehung der These von einem Mehrparteiensystem in die politische Erklärung noch sehr weit entfernt ist von der tatsächlichen Verwirklichung. In der Praxis wird die Einführung eines Mehrparteiensystems ein schwerer Prozeß sein. Der entsprechende staatsrechtliche Mechanismus dafür ist zu schaffen. Es ist dringend erforderlich, eine einfache Registrierung für die Bildung von Parteien als ausreichend anzusehen und keine spezielle Erlaubnis zu verlangen (wie das jetzt im Grunde bei diversen informellen Vereinigungen üblich ist). Dafür muß sich ein totaler Umbruch in den Köpfen der Staatsdiener vollziehen, die daran gewöhnt sind – entsprechend ihrem Verständnis des Marxismus und des Sozialismus – darüber zu entscheiden, welche Ideologie und welches Programm „richtig“ und welches „unrichtig“ ist. Gleiche Bedingungen für die Selbstdarstellung der verschiedenen

politischen Ansichten sind zu schaffen, dafür aber müssen die Staatsverwaltung, die Justiz und die Armee entpolitisiert werden. Natürlich wird sich die Frage nach der Rolle und den Funktionen der Parteikomitees in Betrieben und Einrichtungen stellen. Viele werden nicht wissen, wie sie jetzt einander anreden sollen – mit „Genosse“ oder „Herr“? Insgesamt wird man verschiedene Dinge, die so gewohnt waren und so selbstverständlich schienen, die uns in den Jahrzehnten des siegreichen und dann des reifen und des entwickelten Sozialismus eingehämmert wurden, in Frage stellen müssen.

All das muß schnell geschehen, läßt die verschärfte politische Lage ja keine Zeit für Experimente. Es ist klar, daß die Voraussetzungen für ein Mehrparteiensystem nicht erst nach Annahme einer neuen Verfassung schaffen kann. Um so mehr, da es de facto eingeführt werden wird; die Wahlen zu den örtlichen Sowjets werden offensichtlich mancherorts unter neuen Parteifahnen erfolgen. Sehr wichtig ist es, Bedingungen zu schaffen, damit die Entstehung von Parteiprogrammen nicht als feindseliger Akt gegenüber dem Sowjetstaat erscheint, sondern als ein Akt der Zusammenarbeit bei der Überwindung der Krise und der Herstellung von Stabilität in der Gesellschaft.

Wie auf dem Plenum völlig zu Recht gesagt wurde, ist ein Mehrparteiensystem kein Allheilmittel. Doch unter unseren heutigen Bedingungen ist es eine sehr wirksame Arznei. Sie kann und muß der Perestroika, die nicht so recht vorankommen will, einen neuen Impuls geben. Politischer Pluralismus setzt Unabhängigkeit und Überparteilichkeit der Justiz voraus; das Prinzip der Gewaltenteilung wird aus der logischen Sackgasse geführt, in die es das falsche Postulat von der allumfassenden Einheit der Interessen im Rahmen des Einparteiensystems getrieben hat. Die nationalen Interessen kommen offen zum Ausdruck; die unheilvollen nationalistischen Bewegungen verlieren schnell einen Großteil ihrer Anhänger – diejenigen, die die anationale internationalistische Rhetorik ihnen zutrieb. Nationale Parteien mit einem konkreten politischen Programm betätigen sich politisch, kriminelle Elemente aber bleiben kriminelle Elemente. Überhaupt verlieren die Klagen vieler Genossen darüber, daß Schreihälsen, Radikale und verantwortungslose Elemente sie nicht ruhig arbeiten lassen, jegliche Berechtigung. Unter den Bedingungen eines normalen politischen Lebens – nicht auf der Straße, doch auch nicht vom Apparat bestimmt – werden Demagogie und Verantwortungslosigkeit schnell deutlich. Und schließlich verspricht der politische Pluralismus der Wirtschaft eine neue Entwicklung. Die Befreiung von der Staatsideologie, vom Staatsdogma wird, wie zu hoffen ist, die Pachthöfe, die Genossenschaftsbewegung, das private („individuelle“) Unternehmertum voranbringen. Beamte und Schutzgelderpresser, die den Genossenschaftlern in gleicher Weise zusetzen, verlieren die verdeckte ideologische Billigung. Die Robin Hoods der örtlichen Exekutivkomitees, die „Verteidiger der Armen“, werden dann nur noch als Leute dastehen, die die Gesetze des Staates verletzen.

Wir stehen vor entscheidenden Ereignissen der Perestroika. Natürlich gibt es keinerlei Anlaß zur Euphorie. Im Gegenteil, Besorgnis macht sich breit. Doch da ist ein Licht am Ende des Tunnels...

Plenum, Kritik und Politik

Nachwort zum Baker-Besuch

Galina Sidorowa,
politische Kommentatorin der NZ

Wie läßt es sich erklären, daß am zweiten Tag des Plenums des ZK der KPdSU viele, die das Wort ergriffen, wie auf Kommando über die Außenpolitik herfielen, gerade über jenen Bereich, in dem unser sich so mühsam umgestaltendes Land in den letzten Jahren die größten Erfolge erzielt hat? Diese Frage richtete ich auf einer Pressekonferenz an Alexander Jakowlew, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der KPdSU – auf dem Plenum gehörte er zu jenen, die entschieden in die Diskussion mit den Kritikern eingriffen. Als Antwort bekam ich zu hören: „Ich würde das selbst gern wissen, und wenn ich es dann weiß, sage ich es Ihnen.“

Auch ich wollte das wissen. Um so mehr, da in Moskau gerade die Gespräche zwischen Eduard Schewardnadse und US-Außenminister James Baker begonnen hatten, der gleich nach dem Plenum in Moskau eintreffen sollte. Auch Michail Gorbatschow sprach einige Stunden mit dem amerikanischen Gast.

Die Moskauer Gespräche waren von Dramatik und einem beispiellosen Tempo gekennzeichnet. In 48 Stunden unternahm man eine wahre Tour d'horizon: Abrüstung, regionale Fragen, humanitäre Zusammenarbeit, bilaterale Beziehungen und internationale Fragen.

Die Amerikaner hatten viele Vorschläge mitgebracht, auch Kompromißvorschläge. Die sowjetische Seite unterbreitete ihre Vorschläge, korrigierte einiges an früheren Positionen. Ein gemeinsames Ziel wurde dabei verfolgt: die Texte der Abkommen für das Treffen von Michail Gorbatschow und George Bush in Washington für die spätere Unterzeichnung und vor allem den Text eines Vertrages über die Halbierung der strategischen Offensivwaffen vorzubereiten.

Auch die Gespräche selbst verliefen dramatisch, besonders in der Schlußphase. Die eine Delegation schlägt eine kleinere Änderung vor, die andere antwortet, daß sie grundsätzlich keine Einwände dagegen hat, doch sich beraten muß und zieht sich mit ihren Experten ins Beratungszimmer zurück. Sie kommt mit einer Konkretisierung zum Vorschlag des Partners zurück. Dann entfernt sich die andere Delegation zur Beratung. Die Prozedur wiederholt sich – und so bei jedem Begriff, bisweilen bei jedem Wort. Unterdes warten die Journalisten viele Stunden lang nervös auf die anberaumten Pressekonferenzen. James Baker traf erst gegen Mitternacht im Pressezentrum ein.

Die Ergebnisse waren der Mühe wert. Einige davon möchte ich herausstellen.

Strategische Offensivwaffen. Was die drei umstrittensten Punkte bei der Ausarbeitung des Vertrages – die Frage der luftgestützten Cruise Missiles, die Nichtchiffrierung der Datenfernübertragung bei Raketenstarts und das Problem der nicht aufgestellten Raketen – anbelangt, so wurden bei den letzten beiden annehmbare Varianten für beide Seiten gefunden. Eine Einigung bei bestimmten Problemen, die mit den luftgestützten Cruise Missiles großer Reichweite verbunden sind, wurde erzielt. Über einen Punkt, die Frage der Reichweite dieser Raketen, konnte man sich nicht einigen.

Bei den seegestützten Cruise Missiles großer Reichweite gibt es einen Entwurf für politisch bindende Erklärungen, die während der gesamten Laufzeit des Vertrages über die strategischen Offensivwaffen gelten. Einige Aspekte des Zusammenhangs zwischen dem Vertrag über die strategischen Offensivwaffen und dem ABM-Vertrag wurden konkretisiert. Die Amerikaner erklärten sich bereit, sowjetischen Experten den Besuch von Radarstationen auf Grönland und in Großbritannien zu erlauben. Amerikanische Fachleute werden wohl entsprechende Objekte in der UdSSR besuchen dürfen.

Konventionelle Waffen. Die sowjetische Seite nahm den Vorschlag von Präsident Bush für die Truppen der UdSSR und der USA in Europa mit der Änderung an, daß unsere Länder je 195 000 Mann in ganz Europa unterhalten. Als Variante – 225 000 Mann für jede Seite. Die Amerikaner versprochen, nach Konsultationen mit den Verbündeten darauf eine Antwort zu geben. Die Differenzen zu einer Begrenzung der Luftstreitkräfte in Europa bleiben.

Chemische Waffen. Die USA schlugen vor, ein bilaterales Abkommen mit der UdSSR über die Verringerung der C-Waffen-Arsenale zu schließen. Die Idee wurde akzeptiert.

Unterirdische Nukleartests. Die verbliebenen Differenzen in der Kontrollfrage wurden überwunden. Die USA bestätigten die Vereinbarung von 1987 über ständige Verhandlungen zur weiteren Begrenzung der Nukleartests nach Stärke und Zahl, wobei deren vollständiges Verbot als Endziel gilt.

Bilaterale Beziehungen. Die Arbeit an den Entwürfen für neue Regierungsabkommen in Wirtschaft, Wissenschaft, Ökologie und Handel wurde abgeschlossen.

Natürlich läuft in der Diplomatie nicht alles glatt: Manches gelingt, manches nicht. Und doch bewegen sich die sowjetisch-amerikanischen Beziehungen meiner Meinung



James Baker bei
Michail
Gorbatschow

Foto: TASS

nach in Richtung auf beiderseitige Zusammenarbeit, auf eine Verbesserung des gegenseitigen Verständnisses zum Wohle beider Völker zu. Doch es gibt auch andere Ansichten, eine Haltung, die darauf beruht, an den Fingern (oder am Computer!) die Zugeständnisse nachzuzählen, um dann dem einen oder anderen Politiker die Rechnung für die Aufgabe von Positionen, für die Preisgabe von Prinzipien zu präsentieren. Diesen Weg gehen die Konservativen in Amerika schon lange. Jetzt haben sie ihre „Gesinnungsgenossen“ in der Sowjetunion gefunden. Offenbar kommen wir uns auch hier näher. Sowohl in Moskau als auch in Washington verteidigen die Kritiker des außenpolitischen Kurses wegen angeblicher „Aufgabe der Positionen“ vor allem egoistische Positionen ihrer Ämter. Man kann sich unschwer vorstellen, daß gegenwärtig Kräfte, die mit dem Militär-Industrie-Komplex verbunden sind, mit unserer Außenpolitik unzufrieden sind. Eine ähnliche Unzufriedenheit äußern auch im Westen diejenigen, deren wirtschaftliche oder soziale Interessen von der Kürzung des Rüstungshaushalts und von der Abrüstung berührt werden. US-Außenminister James Baker, der auf Fragen von Abgeordneten im Ausschuß für internationale Angelegenheiten des Obersten Sowjets der UdSSR antwortete, stimmte der Idee zu: zu versuchen, sich gemeinsam mit dem Problem der Konversion zu befassen.

In unseren Ländern gibt es genug ideologische Fundamentalisten. Die politischen Führer bei uns wie in den USA müssen Rücksicht auf die Konservativen nehmen, da sie Kreise vertreten, die bestimmte Interessen repräsentieren. Nicht von ungefähr besuchte George Bush während des Moskau-Trips seines Außenministers Militärstützpunkte in Kalifornien, um die Militärs zu beruhigen, daß er eine starke Verteidigung und ein nukleares Abschreckungspotential nicht aufgeben werde. Nicht von ungefähr agiert Michail Gorbatschow immer noch als Beschwichtiger und „Konsolidator“ auf ZK-Plenen, wo die Positionen, was nur natürlich ist, immer stärker auseinandergehen.

Ich meine, wir begreifen allmählich, daß der Aus-

druck „Billigung des ganzen Volkes“, was die Politik eines riesigen, vielgestaltigen Landes angeht, recht verschwommen ist, ja in die Irre führt. In einer pluralistischen Gesellschaft ist ein Kampf der Meinungen, der Interessen erforderlich.

Und noch etwas. Die jetzige Außenpolitik wurde von der Perestroika in unserem Land hervorgebracht. Gerade die Außenpolitik wurde zum Versuchsfeld neuer Ideen. Hier werden vor allem untraditionelles Denken, Offenheit und demokratisches Bewußtsein deutlich. Ich meine, man darf auch die politischen Prioritäten der konkreten Personen, die den außenpolitischen Kurs unseres Landes bestimmen, dabei nicht unbeachtet lassen. In der Innenpolitik ist das konservative Element, sind folglich die Positionen des administrativen Kommandosystems spürbar stärker. Und so ist ihr gewisser Rückstand gegenüber der Außenpolitik erklärlich. Doch wenn man außenpolitische Schritte (man nehme nur so unterschiedliche Beispiele wie die Begrenzung der Streitkräfte in Europa, die Wiener Abkommen im humanitären Bereich, die Versuche der UdSSR, internationalen Finanzorganisationen beizutreten, die notwendige Rückkehr aller sowjetischen Soldaten aus osteuropäischen Ländern in nächster Zukunft) über einen langen Zeitraum nicht durch die entsprechenden nationalen Gesetze untermauert, kann dieser Rückstand ernste Folgen haben.

Eben dann entsteht ein günstiger Boden für die Aktivitäten verschiedener konservativer Kräfte. Für sie wäre es objektiv von Vorteil, unserem außenpolitischen Denken wieder den administrativen Kommandostil aufzuzwingen. Das würde sicherlich unsere Beziehungen zu nahen und fernen Nachbarn verderben und könnte zu einer feindlichen außenpolitischen Situation für uns führen, was zur Herstellung der entsprechenden Verhältnisse auch innerhalb des Landes beitragen würde. Und das um so mehr, da sich unsere Gesellschaft noch nicht von dem totalitären Staaten eigenen Bedürfnis nach einem Feind befreit hat – nach einem äußeren oder inneren Feind, besser aber nach beiden zugleich. „Wir sind gewiß, daß die

Perestroika von einer stabilen internationalen Atmosphäre gewinnen wird“, sagte der US-Außenminister im sowjetischen Parlament. Die Perestroika. Doch nicht ihre „Verteidiger“ aus dem Lager der Konservativen.

Der Rückstand der Innen- gegenüber der Außenpolitik hat auch einen anderen Aspekt. Bei den Gesprächen mit James Baker erklärte die sowjetische Seite, daß die COCOM-Beschränkungen, das Jackson-Vanik-Amendment und andere Hindernisse im Handel mit der UdSSR endlich beseitigt werden müssen, damit sich unserem Land endlich der so ersehnte Zugang zur Welt der Computer und der Hochtechnologien auftut. Den Antworten des Außenministers zufolge werden viele dieser Beschränkungen schon sehr bald der Vergangenheit angehören. Bedeutet dies, daß wir gleich die Stufe erreichen, auf der heute die westlichen Industriestaaten stehen? Ich meine, das ist nicht möglich. Wir werden die Etappen der wissenschaftlich-technischen Entwicklung nacheinander durchlaufen und die entsprechende Arbeitseinstellung bei uns kultivieren müssen.

Natürlich können die Früchte unserer Außenpolitik auch manchmal bitter sein. Als Beispiel möchte ich nur die Frage der militärischen und wirtschaftlichen Hilfe für andere Länder nennen. Eine Möglichkeit, Mißverständnisse in Zukunft zu vermeiden, ist die Kontrolle durch Ausschüsse des Obersten Sowjets. Wie James Baker sagte, wird gerade dieser Etatposten im US-Kongreß besonders sorgfältig geprüft. Leider ist er bei uns bislang nicht Gegenstand eingehender Prüfung der Abgeordneten. Die führenden Vertreter unseres Außen- und unseres Verteidigungsministeriums haben es dabei nicht eilig, Hilfestellung zu leisten.

Und doch gibt es heute so etwas wie eine Antwort an die Kritiker... Michail Gorbatschow und George Bush erörtern am Telefon akute Fragen der Weltpolitik, Baker verspricht, einer Delegation des Obersten Sowjets der UdSSR bei einer Reise nach Panama behilflich zu sein, falls sich unsere Abgeordneten mit eigenen Augen davon überzeugen wollen, was dort vor sich geht. Die vielen Besuche führender Politiker aus ost- und westeuropäischen Ländern, aus den Vereinigten Staaten, der Blitzbesuch von Bundeskanzler Helmut Kohl in Moskau – all das spricht davon, daß man uns trotz aller Erschütterungen, trotz aller unserer Probleme heute mehr achtet, daß man heute mehr Rücksicht auf uns nimmt als damals, als wir die Welt mit nuklearen Superraketen bei Militärparaden zu beeindrucken suchten. Und auch wir selbst fühlen uns auf dem internationalen Parkett selbstsicherer. Natürlich gibt es auch in der zivilisierten Welt genug Probleme, doch offenbar besteht das Zivilisiertsein gerade darin, darüber offen zu sprechen! Die Offenheit hält nicht ohne Widerstand Einzug in unser Leben, doch sie tut es, sie durchdringt selbst solche seiner Betonstrukturen wie ein ZK-Plenum. Und gerade sie erlaubt es uns zu hören, wer dort wen und weshalb kritisierte.

Die Offenheit wird zu einem untrennbaren Bestandteil des internationalen Lebens.

Streit um Osteuropa

Warum die Veränderungen in den Nachbarstaaten zu scharfer Kritik an Gorbatschow und seinen Mitstreitern beim Plenum des ZK der KPdSU führten

„Unsere Pufferzone wurde zerstört...“ In der vorigen Woche wurden in Moskau erschrockene und empörte Stimmen laut: Die Sowjetunion verkauft sich und ihre Bündnispartner an den Westen. Rußland und die Nachkriegsordnung auf dem Kontinent wurde dem Verfall preisgegeben. Und nun erfordert die erschreckende Gefahr eines vereinten Deutschlands eine sofortige Antwort...

Die Redner waren ungewöhnlich offen. Dafür müssen wir ihnen dankbar sein. Sie legten die ganze Liste von Anlagen gegen die Perestroika und ihre Initiatoren im innen- und außenpolitischen Bereich vor.

Manche wird die Kritik an der außenpolitischen Tätigkeit Moskaus wundern. Im innenpolitischen Bereich ist alles klar: Die Situation im Land ist prekär, und es gibt viel zu kritisieren (von welcher Position aus und mit welchem Ziel, ist eine andere Frage). Aber auf dem Gebiet der Außenpolitik, wo erstmals seit vielen Jahrzehnten reale Erfolge erzielt werden konnten? Die sowjetische Diplomatie erfüllt eine wichtige Aufgabe: Sie gewährleistet gute Beziehungen zu denen, die wir vorher als Feinde betrachteten, und schafft die erforderlichen Voraussetzungen für den Fortschritt im Lande selbst. Dennoch treffen die Pfeile der Kritik sowohl Gorbatschow und Schewardnadse als auch Jakowlew, der im ZK für internationale Beziehungen verantwortlich ist. Wer spannt den Bogen? Genossen aus der Parteiführung des Landes, der Unionsrepubliken und Gebiete. Womit sind sie unzufrieden?

Inzwischen wurden Auszüge aus den Memoiren von Zdenek Mlynar, einem Sekretär des ZK der KPTsch während des „Prager Frühlings“, veröffentlicht, in denen die letzte Begegnung zwischen ihren Führern und Breshnew beschrieben wird.

„Breshnew sagte zu Dubcek: ‚Im Januar habe ich dir bereits meine Bemerkungen zu deinem Vortrag gesandt. Ich habe dich gewarnt, daß einige Formulierungen falsch sind. Und du hast sie dennoch nicht korrigiert! Kann man denn so arbeiten?‘ Gerade die Tatsache, daß Prag nicht jedesmal die Zustimmung des Kremls einholte, betrachtete Breshnew als größte Sünde...“

Das ist in komprimierter Form die Breshnew-Doktrin von der „begrenzten Souveränität“, die bedeutete: Die Länder Osteuropas sind innerhalb der Grenzen frei, die von Moskau bestimmt werden... Mit dieser Doktrin sind die Kritiker der außenpolitischen Linie Moskaus von heute groß geworden. Den Grad ihrer Achtung vor den Nachbarstaaten brachte der zweite Sekretär des ZK der KP Kasachstans zum Ausdruck, in dem er sie als „Pufferzone“ bezeichnete. Den

Regierungschef eines verbündeten Staates bezeichnete er als „diese Mazowieckis und sonstige Fremde“. Sollten sich Leute, die ganz offen Regierungsoberhäupter herabsetzen, die von ihrem Parlament gewählt wurden, über antisowjetische Stimmungen wundern? Diese Stimmungen, das sollte man nicht vergessen, sind nicht gegen das sowjetische Volk gerichtet, sondern gegen ein System, das sich anmaßt, mit Nachbarländern wie mit Vasallen umzuspringen.

Diese Einstellung äußerte sich auch in der Ernennung von Botschaftern in den sozialistischen Staaten. Anstelle von Berufsdiplomaten wurden Parteifunktionäre entsandt, darunter auch solche, die sich auf ihren früheren Posten nicht bewährt hatten. Die Aufgabe, ein Nachbarland in der Rolle eines Statthalters zu lenken, wurde im Vergleich zur Leitung eines Gebietes oder einer Unionsrepublik als leichter betrachtet.

Das reinigende Gewitter, das sich über Osteuropa entlud, löste bei solchen Botschaftern Gereiztheit und Ängste aus.

Sie waren auf eine solche Wende völlig unvorbereitet. Sie hatten nur mit der höchsten Parteiführung zu tun und waren nicht bestrebt, irgendwelche Kontakte zu jenen anzuknüpfen, die nicht der höchsten Machtebene angehörten, zu Intellektuellen und Vordenkern. Dadurch hatten sie auch keine Möglichkeit, die Entwicklung der Ereignisse



Zeichnung: J. Sintschinow

voraussehen. Am nächsten Tag nach dem Sturz eines Parteiregimes erwachte die Botschaft ohne jegliche Kontakte und Beziehungen zu den neuen Führern des Landes. Bis zum letzten Moment betitelten die TASS-Korrespondenten das aufständische Volk in ihren Berichten auf Anweisung der Botschaft als Extremisten und Rowdys.

Die schwere Last der Vergangenheit wird noch lange die Emotionen unserer Nachbarn bestimmen. Es ist natürlich einfach, verzweifelte Telegramme über antisowjetische Stimmungen, die in Äußerungen und bei Demonstrationen zum Ausdruck kommen, nach Moskau zu schicken. Viel schwerer ist es, sich mit dem Volk und den Führern des Aufenthaltslandes, wie die Diplomaten sagen, zu vertragen. Ob unsere gegenwärtigen Botschafter in den osteuropäischen Ländern überhaupt dazu in der Lage sind? Nicht alle haben so offen ihre Ansichten zum Ausdruck gebracht wie der Botschafter in Polen. Dafür war sein Auftritt typisch. Wenn ein Botschafter nicht die Demokratisierung bei sich zu Hause akzeptiert, wie soll ihm dann dieser Prozeß in Polen gefallen? Kann denn ein Botschafter, dem das alles nicht gefällt, unsere Länder und Völker einander näherbringen, bei der Aufarbeitung der Vergangenheit behilflich sein?

Diese Frage hat auch eine Kehrseite. Wollen denn die neuen Führer der osteuropäischen Staaten etwas mit Botschaftern zu tun haben, die noch vor kurzem offen ihre Begeisterung für die inzwischen gestürzten und vor Gericht gestellten Parteiführer zum Ausdruck brachten?

Natürlich könnte man aus Prinzip diese Leute in Warschau, Bukarest, Prag oder Berlin belassen. Was soll aber eine derartige Demonstration bedeuten? Etwa eine Mißachtung der dortigen Veränderungen? Unzufriedenheit mit dem Willen der Völker? Das hat Moskau wohl nicht beabsichtigt.

Der zentrale und periphere Apparat des Außenministeriums der UdSSR wurde als einer der ersten nach der Perestroika erneuert. Unangetastet blieben lediglich die Botschafter in Osteuropa, weil diese nicht am Smolenskaja-Platz (AA), sondern am Staraja-Platz (ZK) ernannt werden. Osteuropa hat einen Strich unter die Vergangenheit gezogen. Die kommunistischen Parteien gehören in fast allen Ländern der Opposition an. Die Entsendung von „Parteibotschaftern“ hat ihren Sinn verloren.

In Osteuropa brauchen wir geschickte Diplomaten, weil hier schwierige Probleme ihrer Lösung harren: vom Abzug der sowjetischen Truppen bis hin zur Rekonstruktion der ökonomischen Beziehungen. In den osteuropäischen Hauptstädten müssen Persönlichkeiten unser Land vertreten, die Vaclav Havel und Lech Walesa gute Partner sein können, Menschen, von denen in großem Maß die Beziehungen der Öffentlichkeit zur Sowjetunion abhängen.

Leonid Mletschin

Wieder zu spät?

Wenn man die Reden verantwortlicher Persönlichkeiten europäischer Länder und die Erklärungen der meisten Parteien der BRD und DDR zur Frage der deutschen Einheit liest, findet sich trotz aller Unterschiede eine Gemeinsamkeit, nämlich die Anerkennung der Tatsache, daß dieser Prozeß im „europäischen Kontext“ eingebettet sein muß. Übersetzt man das aus der Sprache der Politiker und Diplomaten, dann bedeutet das, daß es den europäischen Staaten nicht gleichgültig ist, welche Ergebnisse der Vereinigungsprozeß von BRD und DDR zeitigt. Man bringt damit, um es mit einfachen Worten zu sagen, die Befürchtungen zum Ausdruck, daß ein geeintes Deutschland zur Gefahr für den Frieden werden kann.

Wo ist er, dieser „europäische Kontext“? Darauf gibt es eine Antwort, die ich kürzlich in Berlin zu hören bekam, darunter auch von jenen in der DDR, die aufrichtig wegen der realen Perspektive eines schnellen Verschlingens der Deutschen Demokratischen Republik durch den mächtigeren „Stammesbruder“ besorgt sind. Die Antwort lautet: Die vier Siegermächte des zweiten Weltkrieges tragen die Verantwortung für Deutschland als Ganzes. Sie müssen handeln.

Ich gestattete mir in den Streitgesprächen eine gewisse Skepsis. Wir haben jetzt nicht 1945, sondern 1990. Selbst wenn die vier Mächte jetzt noch das Recht hätten, beiden deutschen Staaten etwas zu diktieren, wäre es ein fataler Fehler, von diesem Recht Gebrauch zu machen. Es wäre verantwortungslos, würde man dem deutschen Volk den Status einer gemeinsamen Staatlichkeit aufzwingen wollen. Selbst wenn die vier Mächte derartige Vorstellungen hätten (was zu bezweifeln ist), so verfügen sie über keinen Mechanismus für deren Realisierung. Man wird doch nicht den Kontrollrat wieder gründen wollen! Man könnte sich das vielleicht in einer neuen Kombination so vorstellen: Beratung der Siegermächte und der beiden deutschen Staaten.

Skepsis ist aber noch kein Fatalismus. Wenn es keine alten Mechanismen gibt, warum sollte man da nicht nach neuen suchen? Die beiden deutschen Staaten sind Mitglied in verschiedenen militärpolitischen Bündnissen. Bisher hat keiner die Absicht geäußert, sein Bündnis zu verlassen. Warum sollte die NATO und der Warschauer Vertrag nicht diesen Präzedenzfall des bereits existierenden Mechanismus der 23 nutzen, der gegenwärtig in Wien die Struktur für die Verringerung der konventionellen Rüstungen ausarbeitet? Diese Idee liegt buchstäblich in der Luft: Die Vertreter der 23, die am 12. Februar in Ottawa zur Erörterung des Projektes „Freier Himmel“ zusammengekommen waren, tauschten ihre Meinungen zur deutschen Frage aus.

Oder eine andere Variante: Die Unterschriften der BRD und der DDR stehen unter der Schlußakte von Helsinki. Wenn jetzt alle (die BRD und die DDR eingeschlossen) ihre Vereinigung im „europäischen Kontext“ begriffen haben, dann sollten auch die 35 Teilnehmer des gesamteuropäischen Prozesses einen Meinungsaustausch zu dieser wichtigen Frage führen. Auch wenn die Beschlüsse von Helsinki nicht den

Rang eines völkerrechtlichen Vertrages haben, so können und müssen die 35 Regierungen über die Zukunft Deutschlands sprechen. Dazu ist es nicht unbedingt nötig, auf das Gipfeltreffen in Helsinki zu warten, das für 1992 geplant ist. Man braucht auch nicht unbedingt auf die mögliche Begegnung der 35 Ende 1990 zu warten.

Es gibt auch andere Ideen, z. B. den im Westen wenig beachteten Vorschlag von Eduard Schewardnadse, ein gesamteuropäisches Referendum zur Frage der Vereinigung Deutschlands. Ich bin allerdings nicht davon überzeugt, daß ein solches Referendum die Bewohner aller 35 Länder interessiert. Was jedoch die **Nachbarn** beider deutscher Staaten und alle Opfer der deutschen Aggression betrifft, so kann ich mich für ihr Interesse verbürgen. Wie die Frage beim Referendum formuliert wird, ist eine praktische Aufgabe, wenn auch keine leichte. Aber es muß nachgedacht und gehandelt werden.

Fürchten muß man sich nur vor Verzögerung. Man könnte lange über den „europäischen Kontext“ diskutieren und die Erklärungen westdeutscher Politiker und ihrer ostdeutschen Gesinnungsfreunde zur Kenntnis nehmen, das künftige Deutschland wird ein Element der Stabilität sein, niemanden bedrohen, die bestehenden Grenzen nicht revidieren und keine Ausdehnung der NATO bis an die polnische Westgrenze zulassen. Das ist aber zu wenig. Derartige Absichten müssen in völkerrechtlich bindender Form vor dem Angesicht Europas und mit seiner Beteiligung fixiert werden. Kein deutsches Europa, sondern ein europäisches Deutschland – das ist die Kurzformel der Zukunft.

Diese Formel benötigen nicht nur die Nachbarn Deutschlands. Der „europäische Kontext“ soll nicht gegen den künftigen Staat gerichtet sein. Er muß im Gegenteil durch sein positives Beispiel bei der Überwindung der Konfrontation mithelfen. Ein Beispiel bilden für ein bislang undenkbares Modell zwischenstaatlicher Beziehungen, die auf der Berücksichtigung gegenseitiger Interessen der DDR und der BRD, Deutschlands und seiner Nachbarn beruhen. Für die Ausarbeitung dieses Modells wird das geistige Potential ganz Europas gefordert (die USA nicht zu vergessen).

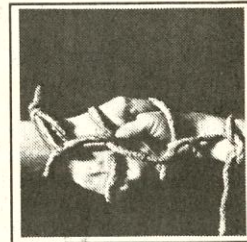
Unlängst konstatierte Michail Gorbatschow unter Verweis auf seine früher geäußerte und beruhigende Idee, wonach die deutsche Frage von der Geschichte entschieden wird: Die Geschichte habe in einem „unerwarteten Tempo“ zu arbeiten begonnen. Allerdings entwickelt sich die Geschichte nicht zum Selbstzweck. Sie wird von Staaten und politischen Kräften der Welt von heute gemacht. Schneller handeln, das ist der einzige Ausweg, damit das Tempo nicht noch überraschender wird. Die gesamteuropäische Diskussion über die Zukunft Deutschlands muß nicht nur auf gesellschaftlicher, sondern auch auf staatlicher Ebene formalisiert werden. So schnell wie möglich.

Die Zukunft
Deutschlands
im
„europäischen
Kontext“



Lew
Besymenski

„Ende des Sozialismus“ oder Zusammenbruch des Stalinschen Modells?



Die Veränderungen in Osteuropa werfen viele Fragen in den unterschiedlichsten Schichten der sowjetischen Gesellschaft auf. Die Skala der Stimmungen ist sehr breit, von Billigung (das müßte bei uns auch so sein!) bis Unverständnis und Panik: Der Sozialismus bricht zusammen, die Ergebnisse der Nachkriegsentwicklung werden ausgelöscht.

Die Veränderungen in den sozialistischen Staaten Osteuropas kamen allerdings nicht unerwartet. Objektiv war das schon lange erforderlich, besonders im Verlauf der letzten Jahre. Es hatte sich eine kritische Masse von Widersprüchen angestaut. Auch wenn jedes der sechs mit uns verbündeten Länder seine eigene Spezifik aufweist, bildete der Zusammenbruch des administrativen Kommandosozialismus, der nach dem Machtantritt der kommunistischen Parteien in den Jahren 1947 bis 1948 in Osteuropa eingeführt wurde, den gemeinsamen fundamentalen Grund für die Veränderungen.

Dieses, in vielerlei Hinsicht fremdartige Modell, das die historischen nationalen Besonderheiten nicht berücksichtigte, kam bereits ganz zu Anfang ins Stocken, was sich im Zuge der Industrialisierung und Kollektivierung, der Kulturnewellen und verfrühten Versuchen innerer Reformen sowie bei Ausbrüchen der Unzufriedenheit der Völker äußerte. Sie wurden entweder mit Gewalt (darunter auch mit Hilfe der UdSSR) oder harten ideologischen Kampagnen gegen den „Revisionismus“ unterdrückt. Flut und Ebbe der Entstalinisierung sowie die negative Haltung der sowjetischen Führung zum „Prager Frühling“ stellten Symptome der sich entwickelnden Krise dar.

Das administrative Kommandosystem mit seiner zentral geleiteten Wirtschaft konnte zwar noch unter den Bedingungen des kalten Krieges und der Konfrontation zweier Blocksysteme gewisse Ressourcen mobilisieren, hatte aber Ende der 60er Jahre sein Potential ausgeschöpft. Nirgends, weder in der UdSSR noch in einem anderen sozialistischen Land, gelang es, ein stabiles und

proportionales Wirtschaftswachstum zu gewährleisten, das Lebensniveau auf den Stand von Industrieländern anzuheben, obwohl es mehr oder weniger erfolgreiche Fünfjahrpläne gab. Der Rückstand zum Westen im zivilen Bereich wurde immer größer, die Aufrechterhaltung der Parität auf militärischem Gebiet dagegen immer schwieriger. Die Entfremdung der Massen von der Politik, von der Beteiligung an der Leitung der Gesellschaft, aber auch Verletzungen der Menschenrechte führten eine Verstärkung der Widersprüche und eine wachsende Unzufriedenheit des Volkes herbei.

Die Funktionen der führenden Parteien wurden deformiert. Sie wurden mit dem Staat eins und damit zu einem organischen Element des bürokratischen Kommandosystems. Sie verwandelten sich zu einer Bremse des Fortschritts, zu Trägern reaktionärer Ansichten. Ihre Führer, die jahrzehntelang in ihren Sesseln saßen, hielten sich an ihrem Machtmonopol fest und scheuten jede Art von Veränderung. Das Vertrauen der Bevölkerung zur Politik der kommunistischen Parteien wurde geschwächt, man sah in ihnen die Schuldigen für die Krise in der Gesellschaft.

Hätte man das nicht alles verhindern können? Es gab Reformversuche in Ungarn

und Jugoslawien. Reiches Material zum Nachdenken lieferte der jahrelange Krisenzyklus in Polen. Durchaus lehrreich war auch der Prozeß der ökonomischen Reformen und der politischen Wende in China.

Leider gab es auf diese „Signale“ keine adäquate Reaktion. Sie wurden nicht verstanden und abgelehnt. Die Führer der meisten osteuropäischen Länder waren den Aufgaben einer grundlegenden Erneuerung der Gesellschaft nicht gewachsen. Einige machten sich sogar in hochnäsiger Art und Weise über die Probleme der Perestrojka in der Sowjetunion lustig. Für den Verlust der Initiative, die Mißachtung der Realitäten und die Vernachlässigung der Volksinteressen hat die Geschichte ihnen nun ihre Rechnung präsentiert.

Vielfältigkeit der Entwicklung

Die tiefgreifenden Veränderungen in den osteuropäischen Ländern, die entweder auf dem klassischen Weg der Evolution oder im Ergebnis einer revolutionären Explosion erreicht wurden, sind das objektiv bedingte, gesetzmäßige Ergebnis der Nachkriegsentwicklung, die die Grenzen und Möglichkeiten des administrativen Kommandosozialismus und des auf seiner Basis gegründeten „Parteistaates“ offenbarte.

Ist aber der Sozialismus generell zusammengebrochen? Ich meine, daß eine dogmatische und deformierte Sozialismusversion, sein stalinistisches oder modernisiertes poststalinistisches Modell eine Niederlage erlitten hat. Gewalttätige Mittel und Methoden, die ewig wirksam schienen, haben sich in der Politik als unbrauchbar erwiesen. Die Vielfältigkeit der Entwicklung, darunter auch im Rahmen des sozialistischen Modells, bahnt sich ihren Weg. Der Sozialismus als Idee, als Organisationsform der Gesellschaft, ist lebendig. Millionen von Menschen gehören zu seinen Verfechtern. Die objektive Realität hat die Aufgabe zur Schaffung eines humanen, demokratischen Sozialismus auf die Tagesordnung gesetzt, der die Ergebnisse der Entwicklung der Weltzivilisation und allgemeinen menschlichen Werte berücksichtigt. Auf diesem Wege hat der Sozialismus noch ein großes Potential, das es zu realisieren gilt.

Das bisherige Kräfteverhältnis in Osteuropa ist nicht mehr da. Überall setzt sich ein Mehrparteiensystem durch. Eine wichtige, wenn nicht sogar entscheidende, Rolle spielen neue Massenbewegungen und -formierungen, wie z. B. die polnische Solidar-



Bei einer Demonstration in der DDR

Foto: „Time“ (USA)

nosc, das tschechoslowakische Bürgerforum, die bulgarische Union demokratischer Kräfte u. a. Armee und Justizorgane werden entpolitisiert.

Die kommunistischen Parteien sind überall in der schwierigsten Lage. In Rumänien ist sie völlig zerfallen. In den meisten anderen Ländern gehören die Kommunisten der Regierungskoalition oder der Opposition an. Massenhafte Austritte aus den Parteien, Programm- und Namensänderungen, Entstehung von miteinander konkurrierenden Plattformen bis hin zu Spaltungen sind parallel zur Selbstreinigung der Parteien von kompromittierten Personen und der Suche nach einer neuen Konzeption des demokratischen Zentralismus oder der völlige Verzicht darauf zu beobachten. Wir haben es also mit einem sehr schmerzhaften Prozeß zur Überwindung der Krise zu tun, die alle früheren Regierungsparteien ergriffen hat. Man braucht heute schon eine gehörige Portion Mut, um sozialistische Ideen zu verkünden. Den erneuerten kommunistischen, linkssozialistischen und sozialdemokratisch orientierten Parteien steht unabhängig davon, ob sie der Regierung angehören oder im Parlament vertreten sind, ein schwerer Kampf um das eigene Überleben, um die Festigung ihres Einflusses bevor.

Die gegenwärtige Lage ist ein Übergang. Die bevorstehenden freien Parlamentswahlen in den Ländern der Region (Kommunalwahlen in Polen) werden die tatsächlichen Stimmungen in der Bevölkerung widerspiegeln und Klarheit in das politische Kräfteverhältnis bringen. Die Entfremdung der Gesellschaft gegenüber den Ideen des Sozialismus ist sehr groß. Es zeichnen sich deutliche Tendenzen einer Hinwendung zur bürgerlichen Demokratie ab. Es ist allerdings anzunehmen, daß trotz einer begründeten Allergie gegen sämtliche Begriffe, die mit den Formen und Methoden des sozialistischen Aufbaus sowie den Mißerfolgen auf diesem Weg im Zusammenhang stehen, die ethischen Normen des Sozialismus, die Vorstellungen über die soziale Sicherheit und Gerechtigkeit im Bewußtsein der Völker tief verwurzelt sind. Man darf auch nicht vergessen, daß in den Nachkriegsjahren ein riesiges Produktionspotential in Form von Betrieben des staatlichen und genossenschaftlichen Sektors geschaffen wurde, das Millionen von Menschen Arbeit gibt.

Wir bleiben Verbündete

Im Unterschied zu den Autoren eines Artikels, der kürzlich in der NZ veröffentlicht wurde, glaube ich nicht, daß die Versuche zur Kapitalisierung der Wirtschaft und Reprivatisierung des Eigentums, die von den Regierungen einiger Länder der Region unternommen werden, einen schnellen Effekt zeigen. Der Übergang zur Marktwirtschaft ist zwar unausweichlich, wird jedoch schwer und widersprüchlich sein. Es mangelt an nationalem Kapital. Der Westen hat es trotz seiner Kreditversprechungen nicht eilig, sich die Last der Verschuldung aufzubürden und die Betriebe aufzukaufen. In der Wirtschaft gibt es, wie viele angesehene Wirtschaftswissenschaftler im Westen meinen, keine Wunder. Einige Reformatoren

wollen jedoch in Osteuropa in zwei bis drei Jahren das erreichen, wozu der Westen Jahrzehnte angestrengter Arbeit benötigte.

Die Beziehungen der Sowjetunion zu den Ländern Osteuropas werden sich, ungeachtet der sozialen Wahl ihrer Völker, weiterhin verändern. Sie werden frei sein von ideologischen Klischees und Dogmen. Eine sozialistische Staatengemeinschaft in ihrem bisherigen Sinn wird es nicht mehr geben. Allerdings enthalten unsere Beziehungen zu Osteuropa auch stabile Elemente und unvergängliche Werte. Dazu gehören u. a. historische Traditionen bei der Zusammenarbeit der Völker, die viele Prüfungen bestanden haben; die Übereinstimmung nationaler Interessen, was sich in der Zugehörigkeit zu einem gemeinsamen Bündnis und dem Streben nach guter Nachbarschaft äußert; das gemeinsame Interesse am Erfolg der demokratischen Veränderungen, mit denen in der Sowjetunion begonnen wurde und die sich jetzt in den osteuropäischen Ländern entfalten. Dabei geht es nicht darum, wer wen überholt. Jedes Land hat seine eigene Spezifik.

Wir bleiben Bündnispartner, Mitglieder einer militärpolitischen Organisation, eines wichtigen Instrumentes des Friedens und der Sicherheit in Europa, eines Mittels zur Abstimmung außenpolitischer Interessen. Die UdSSR und die Länder Osteuropas sind durch weitverzweigte ökonomische Beziehungen miteinander verbunden. Es wäre naiv, sie zu zerstören und nur seinen Vorteil im Westen zu suchen.

Zusammen mit unseren Nachbarn glauben wir außerdem daran, daß die Prozesse der Strukturformen in Politik und Wirtschaft unserer Länder günstigere Möglichkeiten für die Realisierung der Vereinbarungen von Helsinki und Wien, für die Abrüstung und für die Realisierung der Idee von einem gemeinsamen Haus Europa bieten. Sie können die Bedingungen für eine produktivere ökonomische und humanitäre Zusammenarbeit verbessern.

Die demokratischen Veränderungen in der osteuropäischen Region üben auch einen Einfluß sowohl auf Westeuropa als auch auf andere kapitalistische Industrieländer aus. Man darf keineswegs die Paradoxa und Widersprüche der modernen bürgerlichen Gesellschaft vergessen, auf die auch Alexander Dubcek in Strasbourg hinwies. Der Radikalismus, die Anarchie und das Tempo der Veränderungen verstärken aber auch Elemente der inneren Instabilität in Osteuropa, was die Gesamtsituation auf dem europäischen Kontinent negativ beeinflussen kann. An einer stabilen Lage, an einem vorhersehbaren und realistischen Verhalten sind alle interessiert. Das Vertrauen bahnt sich in Europa nur langsam seinen Weg. Es bleibt zu hoffen, daß jetzt, da die Teilung des Kontinents überwunden wird, niemand der politischen und ideologischen Versuchung erliegt, die Suche nach Neuem in Osteuropa zu komplizieren, sie von außen zu beeinflussen und die Vereinigung Deutschlands zu forcieren. Das würde dem Helsinki-Prozeß widersprechen, die gleichberechtigte Kommunikation stören und uns in die Vergangenheit zurückwerfen, mit deren Überwindung wir gerade begonnen haben.

Valeri Mussatow

Die genaue Zahl in harter Währung zu benennen ist mir nicht möglich. Ich habe den Verdacht, daß auch unter sowjetischen Handelsexperten niemand dazu bereit sein wird, denn es liegen keine eindeutigen Berechnungen vor. Die Summe in Rubeln ist bekannt: Im zu Ende gehenden Fünfjahrplan liegt der Wert sowjetischer Lieferungen nach Kuba um 4 Milliarden Rubel (24 Md. gegen 20) höher als der kubanische Export in die Sowjetunion. Dazu muß man noch einmal über 2 Milliarden Rubel, ebenfalls für 5 Jahre, an Kredit für technische Hilfe zählen.

Nun ist der Rubel, wie wir wissen, eine äußerst relative Währung, zumal in unserem Fall die Preise im sowjetisch-kubanischen Handel von politischen Faktoren beeinflusst worden sind. Manchmal versteht man also nur mit Mühe die Kriterien, nach denen der Rubelpreis für bestimmte Posten festgelegt wurde.

Erdöl und Zucker

Man könnte nun vergleichs- und orientierungshalber die Ziffern der Weltmarktpreise im Handelsverzeichnis unter „Preise“ eintragen, aber das Fehlerisiko ist groß. Und sei es nur deswegen, weil es nirgendwo auf der Welt für irgend etwas feste Preise gibt. Oder weil es überhaupt unmöglich ist, die Preise für viele sowjetische Erzeugnisse (Maschinen und Ausrüstung stellen ein Fünftel des Exports nach Kuba dar) anders als in Rubeln zu definieren, weil niemand auf die Idee käme, solche Maschinen für Dollars zu kaufen.

Möglicherweise bietet der Vergleich der beiden wichtigsten Positionen Erdöl und Zucker eine ausreichende Vorstellung über den Gegenstand. In Kuba ist es schon kein Geheimnis mehr, daß die UdSSR der Insel jährlich 13,5 Millionen Tonnen Erdöl zu 168 Rubel die Tonne zuführt. Insgesamt ist das ungefähr die Hälfte des Werts für aus der Sowjetunion exportiertes Erdöl. Dafür erhalten wir 4,5 Mio t Zucker zu je 850 Rubeln, das sind über zwei Drittel des sowjetischen Zuckeimports.

Diese Zahlen lassen sich gut miteinander ins Verhältnis setzen. Wertmäßig liegen wir bei 5 Tonnen Erdöl für 1 Tonne Zucker. Der Umfang der Lieferungen beider Erzeugnisse läßt sich mit dem Verhältnis 1:3 bestimmen. Auf dem Weltmarkt kostet 1 Tonne Zucker inzwischen soviel wie dreieinhalb Tonnen Erdöl, nämlich etwas mehr als 300 Dollar gegen 100. Vergleichen Sie selbst, daß wir, wenn wir Zucker mit Erdöl bezahlen, anderthalbmal großzügiger sind als andere ausländische Händler, insofern als 70 % des kubanischen Exports, wenn man von freien Weltmarktpreisen ausgeht, nur der Hälfte des sowjetischen Exports entsprechen.

Eine mit Vorsicht zu genießende Rechnung, wie gesagt. Entgegnungen und Kor-

Was wir einander schulden

Die Freundschaft mit Kuba kostet die UdSSR jährlich 5 bis 6 Milliarden Dollar. Das sind Angaben der CIA, doch sie tauchen auch in Diskussionen in der UdSSR auf. Wir haben versucht, diese Informationen anhand von alternativen Quellen zu präzisieren

rekturen Eingeweihter lassen sich leicht voraussehen. Nur ein Beispiel. Ein beträchtlicher Teil des von uns in Kuba erworbenen Zuckers stammt aus Drittländern. Die Kubaner haben offensichtlich nicht genug Zucker, um ihre früher unterzeichneten Verpflichtungen einzuhalten. Die Produktion wächst nicht so schnell, wie in den Plänen vorgesehen. Außerdem verkompliziert das System der Zahlungen an Drittländer das Bild der sowjetisch-kubanischen Verrechnungen.

Handelsbilanz

Wir wollen uns jedoch nicht in einem buchhalterischen Labyrinth verlieren, erst recht nicht, was die vielen hundert anderen Positionen unseres beiderseitigen Warenaustauschs angeht. Es ist ohnehin klar, daß er nicht ausbalanciert ist, denn Kuba braucht jedes Jahr ungefähr 1 Milliarde Rubel sowjetischen zinslosen Kredits für die Begleichung der Einfuhrkosten. Ebenso klar ist, daß eine Verrechnung in irgendeiner anderen Währung das Problem des Ungleichgewichts nur noch vertiefen würde. Bekanntlich wurde bei der letzten RGW-Tagung in Sofia darüber gesprochen, zu einer Verrechnung in frei konvertierbarer Währung überzugehen. In Hinsicht auf

Kuba, die Mongolei und Vietnam wurde dieser Übergang auf die ferne Zukunft verschoben.

Ob das richtig ist? Ich persönlich würde es als unwürdig empfinden, um starrer Handels-Mathematik willen alles Übrige zu vergessen, unter anderem auch die nicht geringe Verantwortung der UdSSR für den gegenwärtigen Stand der Dinge in Kuba. Die Wirtschaft der Kubaner hängt zu sehr von ihren Verbindungen mit der sowjetischen Wirtschaft ab. Während vor 20 Jahren weniger als die Hälfte des kubanischen Außenhandelsumsatzes auf den Handel mit der UdSSR entfiel, sind es inzwischen 70 Prozent. Gleichzeitig hat sich der Anteil des Warenaustausches mit Ländern, die in harter Währung bezahlen, mehrfach verringert, nämlich auf 12 Prozent. In den letzten Jahren fließt nur noch die Hälfte an harter Währung in den kubanischen Staatshaushalt. Einst brachte allein der Reexport von sowjetischem Erdöl Kuba bis zu einer halben Milliarde Dollar. Heute kann man von Glück sagen, wenn es 200 Millionen sind.

Zurück zu unseren Berechnungen. Wir müssen uns entscheiden, was wir mit den von der CIA genannten Zahlen machen wollen. Aus dem, was wir über den sowjetischen Export nach Kuba wissen, folgt, daß er, selbst wenn er ganz in Dollars ausge-

drückt wird, nicht einmal die Hälfte dieser Zahl ausmacht, auch wenn der Mehrbetrag im Handel bei etwa 800 Millionen liegt. Darüber hinaus kann man Vorzugspreise nur mit einiger Übertreibung als Hilfe bezeichnen. Auch die Ausbildung von Studenten und andere Nebenausgaben können diese Summe kaum wesentlich steigern. Allerdings ist da noch die Militärhilfe, über deren Ausmaße mir selbst annähernde Vorstellungen fehlen, obwohl es langsam angeordnet wäre, diese Zahlen aufzudecken, um nicht weiterhin mit CIA-Angaben operieren zu müssen.

Obwohl die Kubaner bei jeder Gelegenheit ihre ehrliche Dankbarkeit für die Unterstützung durch das sowjetische Volk hervorheben, scheinen sie unsere wirtschaftlichen Beziehungen eher als Zusammenarbeit auf gerechter Grundlage zwischen einem entwickelten und einem Entwicklungsland zu sehen und nicht zu sehr als Hilfe. Im Prinzip muß man ihnen da zustimmen, allerdings mit einzelner Präzisierung: Was soziale Errungenschaften und Kennziffern angeht, können wir uns derzeit nicht mit anderen Industrieländern und auf einigen Gebieten nicht einmal mit Kuba selbst vergleichen.

Die durchschnittliche Lebenserwartung liegt in Kuba 10 Jahre höher, während die Kindersterblichkeit sehr viel geringer ist als beispielsweise in Sowjetisch-Mittelasien.

Um die rechnerische Analyse der im Obersten Sowjet aufgeworfenen Frage abzuschließen, muß man auch noch auf die sowjetischen Kredite für technische Hilfe für Kuba hinweisen. Früher wuchsen sie von einem Fünfjahrplan zum nächsten. Unter Beibehaltung des gegenwärtigen Niveaus nimmt man an, daß das Geld gerade noch reichen wird, um bereits in Angriff genommene Bauprojekte, ein Kernkraftwerk, eine große Erdölraffinerie, einen Hafen und anderes, zu Ende zu führen. Aus bereits erwähnten Gründen ist es nicht möglich, die sowjetischen Lieferungen für diese Objekte anhand von Weltmarktpreisen zu beziffern.

Ich will hier nicht darüber richten, ob alle diese Bauvorhaben fortgesetzt werden müssen oder nicht. Dem Auge des Betrachters bieten sich nicht eben wenige fertige Objekte der sowjetisch-kubanischen Zusammenarbeit, die nur zur Hälfte oder noch weniger ausgelastet sind. Entfernte Verwandte der BAM findet man auch in Kuba. Ich kann hier nur auf den öffentlich und mehrfach von beiden Seiten bestätigten Aufruf verweisen, die Effektivität der Zusammenarbeit zu erhöhen.

Vitali Sobolew
NZ-Korrespondent
HAVANNA



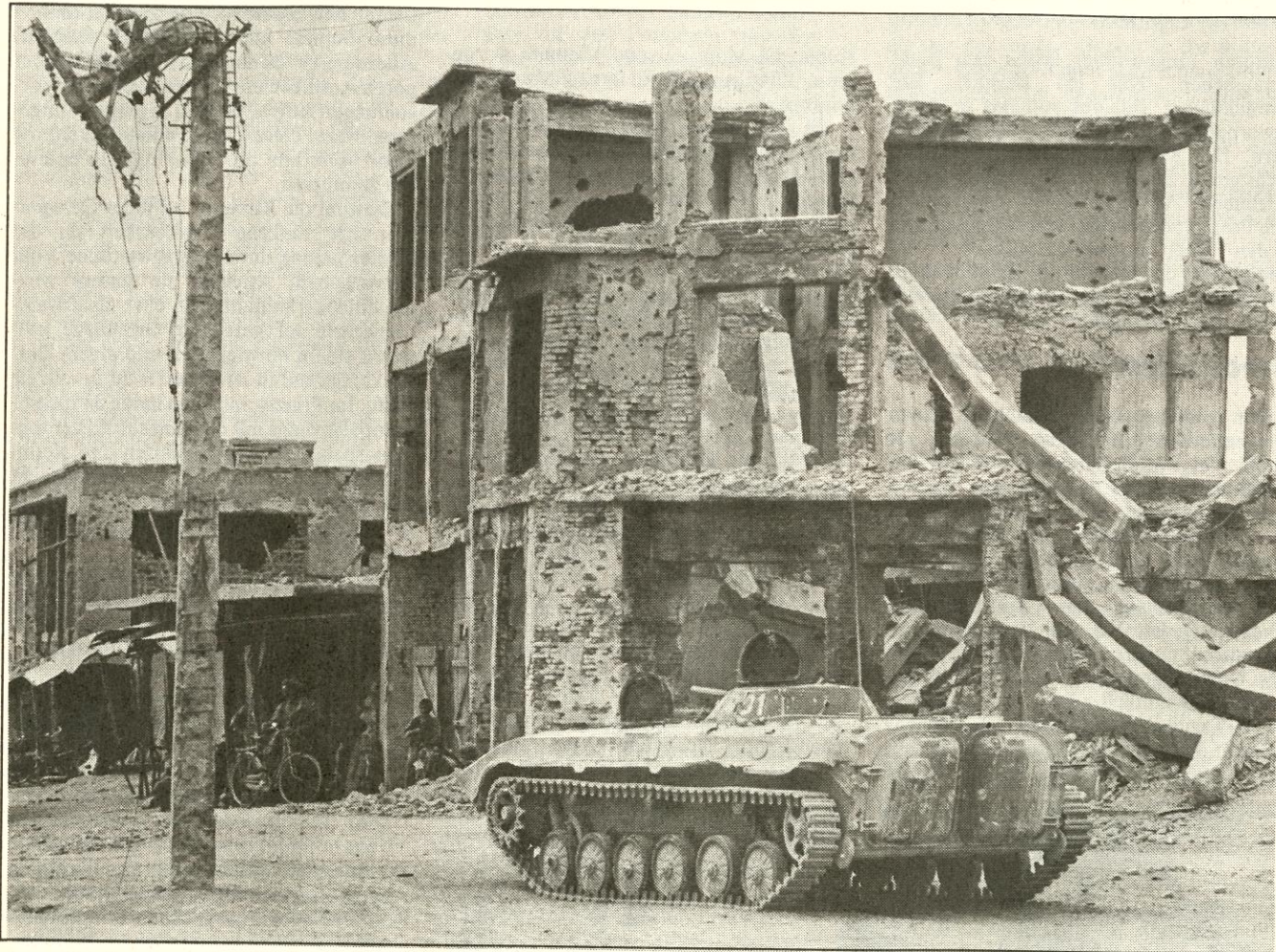
Fidel Castro: Jede größere Schwierigkeit, auf die die UdSSR stößt, muß sich notwendigerweise auf ihre Lieferungen für Kuba auswirken

Foto aus: "Cambio 16" (Spanien)

Aber der Krieg ist nicht zu Ende

Vor einem Jahr haben die sowjetischen Truppen Afghanistan verlassen, aber das Land ist immer noch ein Kriegsschauplatz.

Der US-Politologe Barnett Rubin und der sowjetische Historiker Nodari Simonija diskutieren darüber, wer und was einer Regelung im Wege steht.



„Iswestija“-Korrespondent A. Sekretarjow machte dieses Foto wenige Tage vor seinem Tod am 4. Mai 1988

Die Vergangenheit vergeht nicht

13 000 sowjetische Soldaten fielen in einem Krieg, den Ihre Regierung jetzt ungesetzlich und unmoralisch nennt. Dieser Krieg gilt für die Sowjetbürger als beendet. Aber nicht für das afghanische Volk.

Es ist natürlich, an die Leiden vor allem von Menschen zu denken, die einem nahe stehen. Man wird in der UdSSR jedoch nie verstehen, warum der Konflikt in Afghanistan bis heute dauert, wenn man nicht auch die Leiden seines Volkes versteht.

Für die Afghanen waren die vergangenen 10 Jahre ihr Großer Vaterländischer Krieg, um es in Ihren Begriffen auszu-

drücken. Dieses 15-Millionen-Volk hat über 1 250 000 Menschenleben geopfert. Das ist ein vielleicht sogar noch höherer Prozentsatz der Verluste als beim Sowjetvolk während seines Krieges gegen Hitler. Die Kriegesopfer sind meist einfache Bauern – Kinder, Frauen, alte Leute –, getötet von Bomben und Raketen, die von Maschinen abgeschossen werden, die diese Menschen früher nie gesehen haben, aber schon bald gewohnheitsmäßig „Düsenflugzeuge“ und „Helikopter“ nannten. Zu mehr als einem Drittel floh die Landesbevölkerung aus zerstörten Dörfern nach Pakistan und Iran, wo sie bis

jetzt in Flüchtlingslagern lebt. Millionen andere überfüllen die Elendsviertel von Kabul oder wandern durch die Dörfer. Sicher, die islamischen Partisanen (Mujaheddin) töteten ebenfalls Menschen. Aber trotz großer Unterstützung aus dem Ausland konnten sie der Stärke der Sowjetarmee, besonders ihrer Luftstreitkräfte, nichts gegenüberstellen.

Durch den Mut des afghanischen Volkes, die Bemühungen der UNO und die prinzipiellen Beschlüsse der neuen sowjetischen Führung haben die sowjetischen Truppen Afghanistan inzwischen verlassen. Die UdSSR-Regierung ruft jetzt zu einer politischen Lösung des afghanischen Problems nach einem 3-Punkte-Programm: Moratorium für Waffenlieferun-

gen von außen („negative Symmetrie“ zwischen den Vereinigten Staaten und der UdSSR); Feuereinstellung; Dialog zwischen der afghanischen Regierung und den „Oppositionsgruppen“.

Den Sowjetbürgern scheinen diese Bedingungen zweifellos annehmbar. Warum werden sie von der anderen Seite nicht akzeptiert? Nicht von den „kalten Kriegern“ im Pentagon, von den „islamischen Extremisten“ unter den Führern des afghanischen Widerstands und vom „pakistanischen Militärklüngel“, aber ebenso wenig von vielen anderen, darunter von gemäßigten Afghanen, Pakistani und Amerikanern, wie ich es bin, die aufrichtig glauben, daß die politische Lösung der Afghanistan-Frage überhaupt die einzige humane Alternative ist.

Diese verschiedenen Urteile sind auf weiße Flecken in der Geschichte zurückzuführen, die für das Sowjetvolk immer noch bleiben. Vor allem aber darauf, daß das heutige Regime in Kabul mit jener geschichtlichen Tatsache assoziiert wird, die man sowjetischerseits amtlich den „auf Bitte der afghanischen Regierung erfolgten Beschluß über die Entsendung sowjetischer Truppen nach Afghanistan“ nennt und den die meisten Menschen (auch die meisten Afghanen) als Invasion bezeichnen. Eine extra eingesetzte Kommission des Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR referierte über diesen gesetzwidrigen Beschluß, verschwieg jedoch, was die sowjetischen Truppen in Afghanistan unternahmen.

Es mag stimmen, daß Taraki und dann Amin als Regierungschefs die UdSSR wirklich um Hilfe baten, um die Volkshebung (die von ihrer grausamen Politik in hohem Maße provoziert wurde), zu bekämpfen. Als jedoch die Truppen eintrafen, bemächtigten sie sich zuerst der Regierung. Es waren sowjetische Soldaten, die Amin töteten. Babrak Karmal hielt seine erste Ansprache an die Afghanen im Wellenbereich des Kabuler Rundfunks, aber von Duschambe aus, während die sowjetischen Truppen den Sender in Kabul besetzten. Karmal und seine Umgebung, einschließlich Mohammad Najibullahs, wurden mit einem Flugzeug hinbefördert und vom sowjetischen Militär an die Macht gebracht.

Die neuen Führer verurteilten zwar öffentlich die Grausamkeiten der Regierung Amin, sahen jedoch nach wie vor alle, die sich einem Machtmonopol der DVPA widersetzen, als ihre Feinde an, benutzten die Hilfe der sowjetischen Armee maximal dazu, die Opposition zu vernichten, und wurden für die Afghanen zu einem Okkupationsregime.

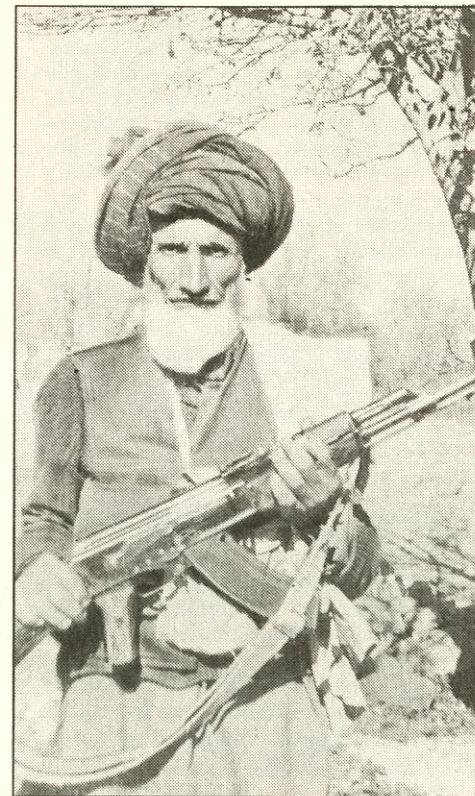
Auf einen nicht in Kabul, sondern in Moskau gefaßten Beschluß hin trat Najibullah später an Babrak Karmals Stelle. Er rief allerdings zur nationalen

Die UdSSR-Vorschläge zur Regelung wirken vernünftig. Warum akzeptiert sie die andere Seite nicht?

Aussöhnung auf, schlug die Teilung der Macht und sogar die Anerkennung der Wahlergebnisse vor. Warum sollte man in diesem Fall nicht die Vergangenheit vergangen sein lassen, nicht von diesen Vorschlägen ausgehen, um eine bessere Zukunft aufzubauen? Eine mögliche Antwort finden wir bei William Faulkner: „Die Vergangenheit stirbt nicht. Sie vergeht nicht einmal.“

Das erste Hindernis: Vielen Afghanen ist es unmöglich, mit einer Führung, die eine Zeitlang in Opposition zum Islam stand und von einem fremden Land an die Macht gebracht wurde, offen zusammenzuarbeiten oder eine Koalition zu bilden. Das zweite Hindernis: Najibullah stand sechs Jahre lang dem KHAD, dem afghanischen Geheimdienst, vor.

Hier ein weiterer weißer Flecken. Die sowjetische Presse berichtete über Amins Grausamkeiten, die mit ihrer wahllosen und massiven Brutalität an die blutigsten Machthaber der afghanischen Vergangenheit denken lassen. Aber die Sowjetbürger wissen nichts vom methodischen Terror



Khost. Kämpfer der „Selbstverteidigungskräfte“

des KHAD, der vom sowjetischen KGB beraten wurde. Der KHAD griff zu Methoden des großen Stalinschen Terrors: geheime Denunziationen, Informanten, „Geständnisse“, die durch Föllerungen erzwungen wurden, geheime Gerichte über Zehntausende und Schaugerichte über einige wenige Personen, geheimgehaltene Hinrichtungen und langjährige Haftstrafen. Selbst ein Sprecher der Regierung Najibullah gab zu, daß in den letzten 10 Jahren 15 000 Einwohner von Kabul (mindestens eine Person pro Familie) diese Gefängnisse durchgemacht haben. Deswegen werden die Afghanen Najibullah den Kurs auf die nationale Aussöhnung nie zutrauen.

Selbstverständlich wird die Tatsache, daß die DVPA und die Parteien der Mujaheddin keine militärische Unterstützung von außen mehr erhalten werden, die Antagonismen schwächen und einen Impuls zum Frieden geben. Die Einstellung der Waffenlieferungen ist eine unerläßliche Bedingung für eine friedliche Regelung. Deshalb kritisierte ich scharf meine Regierung, als sie nicht über die entsprechenden sowjetischen Vorschläge ernsthaft verhandeln wollte.

Wenn aber einige in Washington sie ablehnen und immer noch von einer Fortsetzung des kalten Kriegs träumen, sind die Zweifel anderer begründeter. Das State Department behauptet, daß die sowjetischen Vorschläge die Einstellung der Waffenlieferungen unbedingt an die Feuereinstellung in Afghanistan knüpfen. Aber die USA sind nicht in der Lage, die Mujaheddin zu kontrollieren. Gemeinsam mit Pakistan können sie höchstens aufhören, die Mujaheddin zu so schlecht durchdachten Schritten zu bewegen wie der Offensive auf Jalalabad. Mehr noch, die Einstellung der Kampfhandlungen in Afghanistan ist eine Garantie für die Sicherheit von Najibullahs Regime trotz dessen Schwäche. Solche Garantien widersprechen den Zielen eines Moratoriums für den Waffenhandel, das es ermöglichen soll, das wahre Kräfteverhältnis in Afghanistan unter der Bedingung einer minimalen Einmischung von außen zu ermitteln.

Schließlich lösen der heutige Stand der sowjetischen Unterstützung für Najibullahs Regime und das Geheimnis, mit dem diese Politik in der UdSSR selbst umgeben ist, Mißtrauen aus. Nach amerikanischen Schätzungen entsendet die UdSSR seit dem Abzug ihrer Truppen aus Afghanistan allmonatlich Waffen für 300 Mio US-Dollar an die Regierung in Kabul. Darunter sind SCUD-Raketen, die starke Sprengköpfe, aber eine geringe Treffgenauigkeit haben. Die sowjetische Presse kritisierte mit Recht den wiederholten Beschuß von Kabul mit Infanterieabwehrraketen, die die USA einigen Mujaheddin-Truppen liefern. Auch ich kritisierte diese

Beschüsse. Was wissen aber die Sowjetbürger davon, welche Zerstörungen SCUD-Raketen in afghanischen Dörfern verursachen? Sie vernichten sehr viele Menschen, hauptsächlich Zivilisten. Allein im letzten Jahr schoß das Regime in Kabul mehr solche Raketen ab, als in der ganzen Zeit des „Kriegs der Städte“ zwischen Iran und Irak eingesetzt wurden.

Wie die Sowjetregierung behauptet, besteht eine Lehre aus dem afghanischen Krieg darin, daß es gefährlich ist, die Außenpolitik ohne eine offene Beratung mit einem genau informierten Volk zu gestalten. Sowjetische Deputierte aber klagen, daß ihnen bis heute keine genauen Angaben über die Kosten oder Folgen der Unterstützung von Regierungen wie etwa der von Najibullah vorliegen. Ein erster Schritt zu jenem Vertrauen, das für die politische Lösung des afghanischen Problems notwendig ist, wäre eine offene Diskussion über die Afghanistan-Politik der UdSSR.

Ferner. Die führenden sowjetischen Staatsmänner müssen ihren vorläufigen Vorschlag realisieren, im Rahmen eines Abkommens über die „negative Symmetrie“ und die politische Beilegung des Konflikts die neuartigen Waffen aus Afghanistan abzuziehen. Eine solche Maßnahme würde die Positionen jener Leute in Washington untergraben, die behaupten, die sowjetischen Vorschläge seien nur dazu angetan, die militärische Konstellation zugunsten des Kabuler Regimes festzuschreiben, und die Positionen jener Amerikaner, Pakistani und Afghanen bestätigen, die sich für die Einstellung aller ausländischen Rüstungslieferungen für Afghanistan einsetzen.

Das Moratorium für die Lieferungen ist mit dem Beginn eines neuen politischen Prozesses zu verknüpfen, der das afghanische Volk befähigen soll, die Souveränität seiner Heimat wiederherzustellen. Die Forderung der USA, die UdSSR solle abermals in Kabul intervenieren, um Najibullahs Absetzung als Vorbedingung für beliebige Verhandlungen zu erreichen, war von Anfang an unrealistisch und wurde schließlich zurückgezogen. Jetzt wollen die Amerikaner nur Garantien dafür, daß Najibullah und seine Umgebung in einem bestimmten Stadium die Macht abtreten. Gleichzeitig damit sollen die USA und Pakistan ihre Unterstützung, für die Extremisten unter den Mujaheddin einstellen. Der längst fällige Beschluß der Amerikaner, die Waffenkäufe der islamischen Partei von Hekmatyar nicht mehr zu finanzieren, ist ein erster Schritt in diese Richtung.

Die Sowjetunion könnte dann ihre Forderung nach einer besonderen Rolle für die DVPA in der Übergangszeit zurücknehmen. Es gibt viele von der UNO und anderen stammende Varianten eines politischen Prozesses, an dessen Spitze relativ neutrale Politiker stehen sollen, zu denen, wenigstens im Anfangsstadium, nur

relativ wenig engagierte Politiker aus Kabul gehören sollen.

Im Unterschied zu den Vereinigten Staaten hat die UdSSR die Bemühungen des UNO-Generalsekretärs um die politische Lösung des afghanischen Problems wenigstens unterstützt. Ich bin überzeugt, daß auch die USA nicht weiter auf der Bevorzugung der von ihnen bisher unterstützten führenden Politiker beharren, vielmehr der UNO bei ihren Bemühungen helfen sollen, den Afghanen ihre Meinungsäußerung zu erleichtern. Millionen Afghanen leiden immer noch unter dem

Vorurteilsfrei in die Zukunft

Barnett Rubins Beitrag für die „Neue Zeit“ unterscheidet sich in der Behandlung einiger Probleme manchmal wesentlich von seinen früheren, für die Amerikaner bestimmten Artikeln.

Eine zentrale Frage ist für Rubin, warum der Krieg in Afghanistan weitergeht. Seine Antwort ist eindeutig: Die militärische Einmischung der UdSSR habe einem prosowjetischen Regime in den Sattel geholfen, mit dem die Afghanen weder offen zusammenarbeiten noch aufgrund eines Kompromisses die Macht teilen wollten. Aus demselben Grund seien die sowjetischen Vorschläge über die friedliche Regelung in Afghanistan selbst für gemäßigte Afghanen, Pakistani und Amerikaner unannehmbar.

Es liegt mir fern, die militärische Einmischung meines Landes in die inneren Angelegenheiten Afghanistans zu rechtfertigen. (Noch Mitte der 70er Jahre analysierte ich in meinen Arbeiten linksradikale Versuche des politischen Vorgehens und stand später kritisch zur Breshnewschen Afghanistan-Politik.) Auch glaube ich, daß eine offene Erörterung der heutigen Situation für alle nützlich wäre. Barnett Rubin strebt meiner Meinung nach aufrichtig eine politische Lösung der Frage an und erläutert ebenso aufrichtig die Hindernisse, die seines Erachtens dem im Wege stehen. Ich kann ihm jedoch nicht in allem folgen. Vor allem stimmt es nicht, daß sich die DVPA infolge des Einzugs der sowjetischen Truppen an der Macht behauptete. Rubin weiß sehr wohl, daß die Machtübernahme durch die DVPA in keiner Weise mit der „Hand Moskaus“ verbunden war, daß diese Partei von Anfang an ein Bestandteil der afghanischen sozialen und politischen Szene war. In seinem im August 1989 in „Christian Science Monitor“ veröffentlichten Artikel wies er selbst darauf hin, daß die DVPA nur der radikalste Teil einer breiteren „modernistischen Koalition“ war, zu der auch Anhänger der früheren Monarchie und der früheren Republik gehörten. Ebenso gut weiß Rubin, daß der Kampf verschiedener fundamentalistischer Oppositionsgruppen gegen den „Moder-

Konflikt zwischen USA und UdSSR, obwohl keiner von uns an seiner Verlängerung auch nur um eine Minute interessiert ist.

Lassen Sie uns dem kalten Krieg in Afghanistan ein Ende setzen.

Barnett Rubin

früher Professor an der Universität Yale, Autor vieler Publikationen und Bücher über Afghanistan, Pakistan, Indien und Sri Lanka, heute Mitarbeiter des U.S. Institute of Peace

NEW YORK

nismus“ schon unter Zahir Schah begann und unter Daud fortgesetzt wurde. Also wurde die soziale Strukturkrise in Afghanistan nicht durch die Einmischung der UdSSR ausgelöst. Im Gegenteil, die Entwicklung dieser Strukturkrise schuf erst die Möglichkeit für die fast anderthalb Jahre nach der Behauptung der DVPA an der Macht im Rahmen der „Breshnew-Doktrin“ vorgenommene Einmischung (was sie natürlich in keiner Weise rechtfertigt). Rubin gibt das zu, wenn auch in einem anderen Artikel („Foreign Affairs“ Heft 5/89). Gerade deshalb führte der Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan nicht zur Einstellung des dortigen Blutvergießens. Im Gegenteil, die bewaffnete Konfrontation ging in die Breite und in die Tiefe. In diesem Licht ist Rubins Vergleich des Afghanistan-Kriegs mit dem Großen Vaterländischen Krieg wissenschaftlich und politisch inkorrekt.

Nicht sehr überzeugend ist auch die Behauptung, die „Afghanen“ hätten keinen Wunsch, mit dem Regime in Kabul zu verhandeln. Wenn das stimmt, zeugt das eher von einer emotionalen als einer ernsthaften politischen Haltung. Najibullahs Regime ist für die Opposition ein realer Gegner, kein „Koloß auf tönernen Füßen“. Wie Rubin selbst (in „Foreign Affairs“) zugibt, ist die DVPA-Regierung geschlossener als die Opposition. Die Regierung kontrolliert die wichtigsten Städte und die meisten Provinzzentren, das Territorium mehrerer Provinzen, praktisch alle wichtigsten Straßen und hat freien Zutritt zu allen von den Trupps der örtlichen Selbstverteidigung kontrollierten Zonen. In einem ganzen Jahr gelang es der Opposition nicht, auch nur ein nennenswertes Gefecht zu gewinnen. Wer tatsächlich zu einer friedlichen politischen Lösung neigt, kann nicht unter solchen Bedingungen im Ernst eine einseitige Kapitulation des Kabuler Regimes erwarten. Die Forderung aber, die DVPA-Vertreter aus den Verhandlungen auszuklammern, ist gleichbedeutend mit der Erwartung einer solchen Kapitulation.

Die Politik der Vorbedingungen verewigt die Sackgasse

Wer heute wirklich keine Verhandlungen unter Teilnahme der DVPA heute wünscht, sind die „Unversöhnlichen“ von Peshawar. Kann man behaupten, daß ihre Stimmen den Willen des afghanischen Volks zum Ausdruck bringen? Hier ein Zeugnis von Rubin selbst („Christian Science Monitor“): „Es wird immer klarer, daß trotz der Rolle, die die Sieben von Peshawar beim Widerstand gespielt haben, weder die Mujaheddin noch das afghanische Volk sie wollen. Zwei Momente nach dem Abzug der sowjetischen Truppen bestätigen das: Die Mujaheddin wollen keine Offensive, die regierungstreuen Truppen keine Fahnenflucht. Die Mujaheddin wollen nicht kämpfen, weil sie nicht ihr Leben um der Politiker willen aufs Spiel setzen wollen, die für sie wenig repräsentativ und zudem korrupt sind.“ Es ist klar, daß solche Führer ohne eine feste soziale Basis auf Gefühle spekulieren und ihre Unversöhnlichkeit hervorkehren. Die Widersprüche zwischen dem, was Rubin schrieb, und dem, was er jetzt schreibt, springen ins Auge. Ich interpretiere sie zu seinen Gunsten: In der US-Presse erläutert Rubin die sowjetische Position, in der „Neuen Zeit“ die Position der USA.

Das Kabuler Regime ist keineswegs so total isoliert, wie Rubin das darstellt. Im Verlaufe des vorigen Jahres ergriff die Idee der nationalen Aussöhnung mühevoll und langsam (kein Wunder nach den 11 Jahren des blutigen Krieges) das Bewußtsein des afghanischen Volkes. Viele Feldkommandeure führen einen Dialog mit Kabul, und es stört sie nicht, daß Najibullah mehrere Jahre lang den KHAD leitete. Einige von ihnen

haben bereits Vereinbarungen mit dem Zentrum getroffen, andere sind auf die Seite der Regierung übergegangen. Von November 1989 bis Anfang Februar 1990 wurden zahlreiche Jirgahs der Paschtunen abgehalten, und diese Stämme sprachen sich unmißverständlich für die nationale Aussöhnung aus. Trotz alledem empfiehlt Rubin der Sowjetunion eindringlich, „ihre Forderung nach der Bevorzugung der DVPA und Najibullahs in der Übergangszeit“ zurückzunehmen. Dabei stellt die UdSSR eine solche Forderung gar nicht.

In Rubins Artikel wird den moralischen und humanitären Aspekten des afghanischen Problems viel Beachtung geschenkt. Im Prinzip ist das gut, aber wiederum einseitig, nur in Form der Verurteilung unseres Landes, dargestellt. Dabei haben wir unsere moralische und politische Schuld eingestanden und unseren Fehler, wenn auch mit Verspätung, korrigiert. Haben denn die USA, Pakistan und Saudi-Arabien nichts zu bereuen und nichts zu verbessern? Verbargen sich hinter dem reißerischen Slogan, man unterstütze die „Freiheitskämpfer“, denn nicht ganz bestimmte eigennützige Ziele? Auch darüber liegen Rubins Erwägungen vor. Wie er schrieb, bestand die gemeinsam mit den pakistanischen Militärs und

der Regierung Saudi-Arabiens ausgearbeitete US-Politik darin, auf pakistanischem Boden eine Amerika genehme „Übergangsregierung“ zu bilden und sie in Kabul gewaltsam an die Macht zu bringen („Washington Post“).

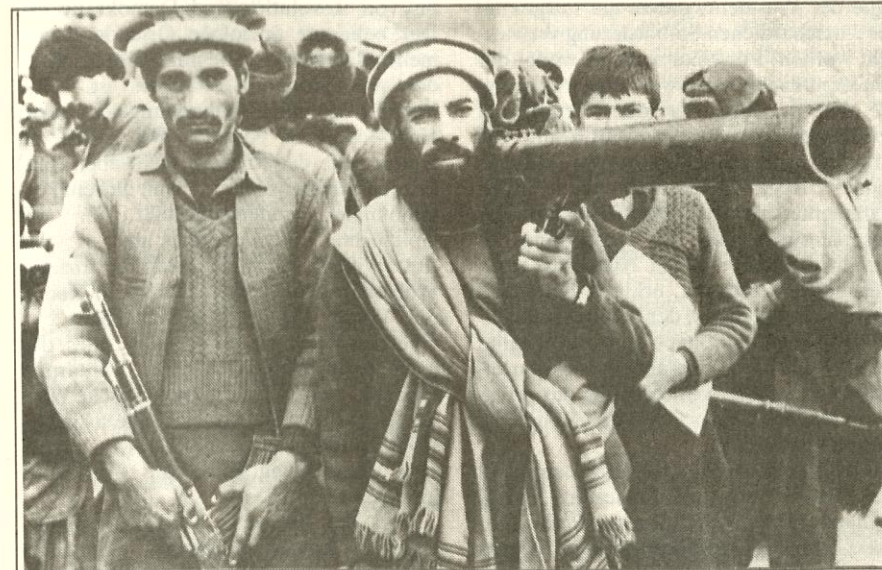
Rubin stellt fest, daß die US-Regierung die Waffenkäufe der islamischen Partei von Hekmatyar nicht mehr finanziert. Er nennt das „einen ersten Schritt“ zur Einstellung der Stützung der „Unversöhnlichen“, obwohl er sehr wohl weiß, daß die Opposition in Peshawar weiterhin Militärhilfe erhält, nur daß Hekmatyar jetzt nicht von den USA, sondern von Saudi-Arabien mit Waffen und Geld versorgt wird.

Die UdSSR hat eine realistische Konzeption für die Regelung des afghanischen Problems vorgeschlagen: gleichzeitige Einstellung der Waffenlieferungen an die einander bekriegenden Seiten, Feuereinstellung und Beginn einer politischen friedlichen Regelung, an der alle einander gegenüberstehenden und unmittelbar interessierten Seiten teilnehmen. Die UdSSR sprach sich für eine aktivere Rolle der UNO bei diesem Prozeß aus. Auch Präsident Najibullah äußerte sich wiederholt für eine friedliche Regelung und die Einberufung einer repräsentativen Jirgah, die freie Wahlen zur Bildung einer neuen Regierung einleiten könnte. Jedesmal versicherte er dabei, er würde sich jedem Ausgang solcher Wahlen widerspruchslos fügen. Nur noch die „Bleeder“, Menschen, die nach dem treffenden Ausdruck des US-Wissenschaftlers Selig Harrison wollen, die UdSSR möge in Afghanistan möglichst intensiv und lange bluten, glauben heute nicht an die Aufrichtigkeit der friedensdienlichen Bemühungen der UdSSR – beziehungsweise wollen sie nicht daran glauben. Rubin selbst schrieb schließlich im vorigen November: „Heute nützt die Behauptung, das Ziel der Sowjets in Afghanistan sei, dort das ‚Kommunisten-Regime‘ an der Macht zu halten, selbst den notorischsten Skeptikern wenig. Deshalb verdienen die sowjetischen Vorschläge über Verhandlungen sowohl zu militärischen als auch zu politischen Fragen viel mehr Aufmerksamkeit, als man ihnen bisher in Washington schenkte.“ Meines Erachtens stehen alle möglichen „Vorbedingungen“ dem Fortschritt nur im Wege.

Nodari Simonija

Professor,
stellvertretender Direktor des Instituts für
Weltwirtschaft und internationale
Beziehungen der AdW der UdSSR

Fotos: G. Arljewitsch



Dieser Trupp der oppositionellen Kräfte will am Krieg nicht mehr mitmachen

21 Parteien und 2 Kandidaten

Bei den allgemeinen Wahlen am 25. Februar wird die eigentliche Entscheidung zwischen Daniel Ortega (Sandinistische Front der Nationalen Befreiung, FSLN) und Violeta Barrios de Chamorro (Oppositionelle Nikaraguanische Union) fallen

Die Nikaraguaner spielen nur zu gern Demokratie. Und dieses Spiel wird aufmerksam von 300 Beobachtern der UNO und der Organisation amerikanischer Staaten (OAS) sowie von einer noch größeren Zahl von „Neugierigen“ aus aller Welt verfolgt.

Verfallende Hausmauern, die Ruinen von Häusern, die nach dem Erdbeben von 1972 nicht wiederaufgebaut werden sollten. Laternenpfähle und Mülleimer, auf denen die Namen der politischen Parteien prangen. Selbst an den Hügeln, die Managua umgeben, sah ich riesige, mit Steinen ausgelegte Abkürzungen. Landrover mit Beobachtern der UNO und der OAS rollen durch die breiten Straßen der Hauptstadt. Die öffentlichen Gebäude, die Hauptquartiere der Parteien, werden verstärkt bewacht.

Wird morgen alles besser?

Manifestationen, Meetings, Diskussionen... 21 Parteien, von denen sich 12 in der Oppositionellen Nikaraguanischen Union (UON) zusammengeschlossen haben, kämpfen um die Macht in dem Land mit seinen 3,6 Millionen Einwohnern. Zwei große Lager stehen sich gegenüber – die FSLN und das Oppositionsbündnis. Meinungspluralismus, freies Spiel der politischen Kräfte, doch mit einer scharfen lateinamerikanischen Soße, wenn nicht nur Argumente und Fakten, sondern auch Steine und Stöcke eingesetzt werden...

Jeden Tag werden die Nikaraguaner mit völlig widersprüchlichen Umfrageergebnissen überhäuft. Jede der Parteien pickt sich daraus das für sie am besten Geeignete heraus. Die Sandinisten ziehen den amerikanischen Dienst Greenberg Lake (51 Prozent der Befragten sind für den Kandidaten der FSLN, 24 Prozent für das UON) vor. Die Opposition aber fühlt sich besser bedient bei der costaricanischen Firma Victor Bourger (37 Prozent für Violeta Barrios de Chamorro, 30 Prozent für Daniel Ortega). Was die einfachen Nikaraguaner angeht, so glauben sie an das, an was sie glauben wollen...

Keine der handelnden Hauptpersonen verliert Zeit. Verstärkt werden die attraktiven Züge der Anwärter gepriesen. Daniel Ortega als „jemand wie du und ich“, der trotz seiner Müdigkeit und den Staatsgeschäften jeden Augenblick eine mitrei-

bende Salsa mit einer Schönheit hinlegen kann. Ein Sportler, der allmorgendlich durch die Stadt joggt – nicht von ungefähr wurde der Wahlkampf der Sandinisten von einem Massenmarathon unter der Devise „In Daniels Rhythmus“ eingeleitet...

Violeta Barrios de Chamorro, „Dona Violeta“, eine Hausfrau, die ständig wiederholt „Ich bin nicht Politikerin, ich bin ein Symbol“, hat sich mit dem charmannten Lächeln einer schönen Aristokratin gewappnet. Für sie arbeitet auch der Umstand, daß „Dona Violeta“ die Witwe des 1978 auf Somozas Anweisung ermordeten Pedro Joaquin Chamorro ist. „Nur mit dieser Frau an der Macht“, versichern ihre Anhänger, „werden Friede und Ruhe in jedes nikaraguanische Haus einziehen.“

Ich besuchte ein FSLN-Meeting, bei dem Daniel Ortega sprach. Vor dem Beginn der Kundgebung wurde durch einen Stadtteil von Managua, der für den Verkehr gesperrt werden mußte, demonstriert. Voran schritt ein Mann mit einer Trommel und lud alle zu dem Meeting ein.

Daniel Ortegas Rede – er stand unter einem Spruchband mit der FSLN-Losung „Morgen wird alles besser!“ – war leidenschaftlich wie immer. Die Politik der Sandinisten ist bekannt: Entwicklung einer gemischten Wirtschaft, Verringerung der Inflation und Steigerung des Exports. 1990, sagte der Präsident, müsse ein Programm der wirtschaftlichen Stabilisierung verwirklicht werden. Für Nicaragua sei weder der rein kapitalistische Entwicklungsweg geeignet noch derjenige, der den Verzicht auf Privateigentum vorsieht. Man könne die Inflation nicht schnell beseitigen, erklärte Daniel Ortega, da die darauf abzielenden Maßnahmen zu einer jähen Zunahme der Arbeitslosigkeit und zur Drosselung der Sozialprogramme führten. Nicaragua brauche keine Perestroika, erklärte der Präsident unter dem Beifall der Meetingsteilnehmer, die Regierung habe ja von Anfang an die Revolution an Kurs auf ein Mehrparteiensystem, auf die Anerkennung des privaten Wirtschaftssektors und der Religionsfreiheit genommen.

Der Chefredakteur des FSLN-Zentralorgans, der Zeitung „La Barricada“, Carlos Fernando Chamorro, Sohn von Pedro Joaquin Chamorro, charakterisierte mir gegenüber die Situation wie folgt: „Wir hatten bereits 1984 demokratische Wahlen, doch die Amerikaner erkannten deren Ergeb-

nisse nicht an. Ja, die Wahlen müssen wiederholt werden. Obwohl der Urnengang von den Provokationen der Contras gegen die rechtmäßige Regierung begleitet wird (sie würden sich keinen Tag ohne die Hilfe der Yankees halten!), erfolgt der Wahlkampf bei einem vollen Pluralismus der Meinungen – von ultrarechten bis hin zu ultralinken. Die jetzigen Wahlen sind ein gesamt nationales Referendum. Dabei geht es um das Schicksal der Revolution. Ich bin davon überzeugt, daß die Sandinisten nicht weniger als 70 Prozent der Stimmen erhalten werden.“

Das Gespräch kommt auf die Perestroika in der UdSSR. Carlos Fernando Chamorro sagt: „Perestroika ist ja schön und gut, doch man darf die dritte Welt nicht der Willkür des Schicksals überlassen, sie leidet auch so unter der ungerechten Wirtschaftsordnung. Ja, die Situation hat sich verändert, doch man darf Freunde nicht verraten, darf nicht amoralisch Prinzipien preisgeben. Sie werden die vielleicht im Kampf gegen den Westen noch brauchen!“

Nach Meinung des Chefredakteurs von „El Nuevo Diario“, der größten unabhängigen Zeitung Nicaraguas, Xavier Chamorro, eines Bruders von Pedro Joaquin Chamorro, haben die Amerikaner durch ihre Intervention in Panama den Sandinisten ein „Weihnachtsgeschenk“ gemacht. Xavier Chamorro ist davon überzeugt, daß die Anhänger der FSLN siegen werden, doch natürlich nicht mit einer solchen Mehrheit wie das Carlos Fernando prophezeit.

Das Gespräch über die Wahlen, das heute bei jeder Begegnung in Nicaragua obligatorisch ist, nimmt nicht selten den Charakter eines Disputs über das Verhältnis von Revolution und Demokratie an. Der bekannte Soziologe Orlando Nunez meint, daß Demokratie nur ein Bestandteil des revolutionären Prozesses ist. „Wir fürchten die Willensbekundung des Volkes nicht“, sagt O. Nunez. „Wir haben die Demokratie der Massen, nicht aber einer kleinen Schicht von Leuten mit dickem Portemonnaie wiederhergestellt. In der Geschichte Lateinamerikas gab es viele freie Wahlen, doch sie lösten die sozialen Probleme nicht, trugen nicht zum Kampf der Völker für die Unabhängigkeit bei. Überdies sehen wir am Beispiel Chiles, daß nach freien Wahlen bisweilen Militärputsche erfolgten. So sind demokratische Wahlen für uns kein Selbstzweck. Die sozialistischen Länder sind mehr an der wirtschaftlichen Entwicklung als an der Demokratie interessiert.“

Und der bekannte Wirtschaftswissenschaftler Xavier Gorostiaga, Anhänger eines, wie er sagt, „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“, ist folgender Meinung: Er zweifelt ebenfalls nicht an einem Sieg der

BOLETA ELECTORAL PARA PRESIDENTE Y VICEPRESIDENTE CONSEJO SUPREMO ELECTORAL REPUBLICA DE NICARAGUA									
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
UNO UNION NACIONAL Opositora	PSOC PARTIDO SOCIAL Opositora	PLIUN PARTIDO LIBERAL DE UNIDAD NACIONAL	PRT PARTIDO REVOLUCIONARIO DE LOS TRABAJADORES	FSLN FRENTE SANDINISTA DE LIBERACION NACIONAL	MAP-ML PARTIDO MARXISTA LENINISTA	PSC PARTIDO SOCIAL CRISTIANO	PUC PARTIDO UNIONISTA CENTRO AMERICANO	PCDN PARTIDO CONSERVADOR DEMOCRATA DE NICARAGUA	MUR MOVIMIENTO DE UNIDAD REVOLUCIONARIA
PRESIDENTE VIOLETA BARRIOS DE CHAMORRO	PRESIDENTE FERNANDO AGUIRRE ROCHA	PRESIDENTE RODOLFO ROBLEO HERRERA	PRESIDENTE BONIFACIO MARTIN MIRANDA BENGUECHEA	PRESIDENTE DANIEL ORTEGA SAAVEDRA	PRESIDENTE ISIDORO IGNACIO TELLEZ TORUÑO	PRESIDENTE ERICK RAMIREZ BENAVENTE	PRESIDENTE BLANCA ROJAS ECHAVERRY	PRESIDENTE EDUARDO MOLINA PALACIOS	PRESIDENTE MOSES HABSAN MORALES
VICEPRESIDENTE VIRGILIO GODOY REYES	VICEPRESIDENTE WILLIAM ESTRADA VELEZ	VICEPRESIDENTE LOMBARDO MARTINEZ CABEZAS	VICEPRESIDENTE JUAN CARLOS LEITON VALLE	VICEPRESIDENTE SERGIO RAMIREZ MERCADO	VICEPRESIDENTE CARLOS DOMINGO CUADRA CUADRA	VICEPRESIDENTE VIRNA CORDOBA DE TABOADA	VICEPRESIDENTE DANIEL URICUYO CASTRILLO	VICEPRESIDENTE HUGO TORRES CRUZ	VICEPRESIDENTE FRANCISCO SAMPER BLANCO

So sieht ein Wahlzettel aus

FSLN, doch er meint, die Sandinisten würden nur ganz knapp siegen. X. Gorostiaga ist der Meinung, auf die Wahlergebnisse würden sich die über große „Politisiertheit“ der nikaraguanischen Wirtschaft, die Leitung der Wirtschaft mit administrativen Methoden und die Instabilität des Regimes auswirken.

Am Eingang zur Redaktion der größten Oppositionszeitung „Prensa“ werden die Personalpapiere sorgfältig überprüft. Fährt man mit dem Auto am Gebäude vorbei, hupen die Anhänger der Sandinisten so laut wie nur möglich. Wenn sie am „Prensa“-Gebäude vorbeigehen, lärmern sie mit Raseln. Übrigens bleiben die Anhänger der Zeitung gegenüber diesem akustischen „Psychoterror“ auch nicht gleichgültig.

Die Chefredakteurin der Zeitung, Christina Chamorro, Tochter von Pedro Joaquin Chamorro, wickelt ein Gespräch mit einem sowjetischen Journalisten aus, wobei sie anbot, Fragen schriftlich einzureichen, was natürlich sogleich geschah. Doch eine Antwort gab es nicht.

Ein Assistent des Chefredakteurs informierte mich über das politische Programm des Oppositionsbündnisses. Eine Devise des Blocks lautet: „Die Waffen ins Museum!“ Bei einem Sieg der Allianz stehen Nicaragua große Erschütterungen bevor: eine Demontage des staatlichen Sektors, die Privatisierung der Betriebe, die Rückgabe der bei der Revolution beschlagnahmten Grundstücke an deren frühere Eigentümer...

Hauptgegner der Sandinisten bei den Wahlen ist wohl weniger das Oppositionsbündnis als vielmehr die wirtschaftlichen Probleme. Das Existenzminimum wird von Fachleuten auf 9 Mio Cordoba angesetzt, der Mindestlohn aber beträgt nur 2 Mio Cordoba (allerdings erhalten die Mitarbeiter staatlicher Einrichtungen und Betriebe dreimal täglich kostenlos Essen sowie andere soziale Vergünstigungen). Die Inflation beträgt 1700 Prozent. 79 Prozent der Bevölkerung kommen nur mit Mühe und Not über die Runden. 7 von 10 staatlichen Betrieben stehen kurz vor dem Bankrott. Die Massenauswanderung, die Zunahme der sozialen Apathie und der organisierten Kriminalität kennzeichnen die Gegenwart. Die Sandinisten mußten in dieser Lage den Staatshaushalt zusammenstreichen, Personal im staatlichen Sektor

abbauen und Marktmechanismen in die Wirtschaft einführen... Doch solange ein Kilo Fleisch den Lohn eines Arbeiters für fast vier Tage kostet, wird die Popularität der „revolutionären Ideen“ in den Massen unaufhaltsam nachlassen.

Davon, ob die Nikaraguaner glauben werden, daß „morgen alles besser wird“, wird letztlich auch der Ausgang der Wahlen im Februar abhängen.

Die Führung des Landes hat viel getan, damit die Wahlen in einer normalen Atmosphäre stattfinden. Politische Häftlinge wurden freigelassen, 4000 Mann des Reserveheeres demobilisiert und die Voraussetzungen für die Rückkehr der Führer der Contras und der rebellischen Anführer der Misquito-Indianer ins Land geschaffen.

Demokratie fordert Opfer!

Los Colinas ist ein gepflegtes Villenviertel. Eben hier befindet sich der Oberste Wahrat der Republik, der Garant für die demokratische Durchführung der Wahlen. Vor dem Ratsgebäude hängt ein riesiges Plakat: Eine weiße Taube mit einem Ölweig. Dazu die Unterschrift: „Nicaragua. Wahlen '90“. Der Generalsekretär des Rates, die Rechtsanwältin Marina Zelaya Velasquez, ist gerade erst aus Costa Rica zurückgekehrt, wo sie die Wahlvorbereitungen verfolgte. Der Rat hat fünf Mitglieder: zwei von der FSLN, zwei von der Opposition und ein Unabhängiger. Marina Zelaya klagt, sie sei schrecklich müde – es sei so schwer in einem Land, in dem die Menschen an Demokratie nicht gewöhnt sind. Nichtsdestoweniger liegen die Erfolge des Rates auf der Hand. 1 750 000 Wähler sind bereits registriert. Man war davon ausgegangen, es würden 1 970 000 Wähler werden, obwohl auch das nur eine Schätzung ist (die letzte Volkszählung wurde 1971 durchgeführt). Die Listen mit den 1 750 000 Wählern wurden an die Vertreter aller Parteien verteilt. „Teuer?“, fragt Marina Zelaya lächelnd. „Oh ja! Doch die Demokratie fordert Opfer!“

Alle Parteien haben die gleichen Rechte erhalten, um ihre Programme bekanntzumachen: Jeweils drei Minuten täglich im Fernsehen und viereinhalb Minuten im Rundfunk.

Die Auszählung der Stimmen wird direkt

in den Wahllokalen beginnen, gleich nachdem der letzte Wähler seinen Stimmzettel in die Urne geworfen hat. Kopien über die Akten zur Stimmauszählung sollen an die Beobachter der Parteien, der UNO und der OAS gehen.

Als ich mich dem Hauptquartier der UNO-Beobachter näherte, trat gerade der ehemalige US-Präsident Jimmy Carter, seine Rosalynn zärtlich um die Taille fassend, auf die Straße. Ein Wachposten war nicht zu sehen. Jimmy Carter drückte allen die Hand – auch mir. In das Hotel „Intercontinental“ kehrten der ehemalige US-Präsident mit Gattin in einem ganz gewöhnlichen Kleinbus zurück.

Im Hauptquartier wartete bereits Angelica Hunt auf mich, Mitarbeiterin der Mission, zuständig für die Pressearbeit. Natürlich würde es die Mission am liebsten sehen, erklärte Hunt, daß alle registrierten Wähler am 25. Februar an dem Urnengang teilnehmen. Die Mission wird in ihrer Arbeit die Erfahrungen bei demokratischen Wahlen in anderen Ländern nutzen. Die Mitglieder der Mission werden sich bemühen, selbst die entferntesten Wahlkreise zu besuchen.

Angelica Hunt konstatierte, daß die „Gewaltakte, die, wie behauptet wird, von den Contras begangen werden, den normalen Ablauf des Wahlprozesses stören sollen“. Die nikaraguanische Polizei „leistet einen wertvollen Beitrag“, um Gewalt zu verhindern. „Wir studieren eingehend alle Fälle von Gesetzesverletzungen und fixieren sie speziell. Die Mission unterhält korrekte Beziehungen zu allen Parteien, die am Wahlkampf teilnehmen“, sagte abschließend Angelica Hunt.

Das Schicksal sollte mich ein weiteres Mal mit dem ehemaligen US-Präsidenten zusammenführen, der den Rat der ehemaligen Staatschefs des amerikanischen Kontinents zur Beobachtung des Wahlprozesses in Nicaragua leitete. Dieses Treffen fand im „Intercontinental“ in Managua statt, wo Carter sich vor Pressevertretern zu den Ergebnissen seines bereits dritten Besuches in Nicaragua äußerte. Carter erklärte, er habe keinen einzigen Fall der Verletzung des demokratischen Wahlprozesses entdecken können. Er berichtete, er sei mit Führern der Contras zusammengetroffen und habe sie aufgerufen, sich nicht in den Wahlprozeß einzumischen – und sie hätten ihm das versprochen. Alle Parteien hätten ihm versichert, daß sie sich zur Demokratie bekennen und die bevorstehende Willensbekundung des Volkes respektieren. Der ehemalige US-Präsident betonte, die Sandinisten würden in Zukunft öffentliche Gebäude und den öffentlichen Nahverkehr nicht für ihren Wahlkampf nutzen.

Übrigens geben auch die anderen ausländischen Beobachter dem Verlauf des Wahlprozesses in der Republik eine positive Einschätzung. So erklärte OAS-Generalsekretär Joao Baena Soares, er hoffe auf einen „normalen Ablauf der Wahlen“.

Jakow Borowoi
NZ-Sonderkorrespondent
MANAGUA-MOSKAU

Drei Lehren aus Libanon

Es ist sonderbar: So dramatisch die Ereignisse in Libanon auch sind, sie finden beim Leser nur ein schwaches Interesse. Also gut, noch ein Bruderkrieg, noch mehr Blut. Was müssen die sich ewig und einen Tag in den Haaren liegen? Zwischen den einander gegenüberstehenden christlichen Gruppierungen wurde unter Vermittlung des Vatikans schon das achte Waffenstillstandsabkommen geschlossen und – gleich darauf gebrochen. Ungeheuer viele Menschen kommen um, ein ganzes Land erlebt eine Tragödie. Aber die Konsumenten der internationalen Nachrichten haben sich daran wie an die Wettervorhersage gewöhnt.

Wir gewöhnen uns daran, fremdem Kummer zuzusehen, solange unser eigenes Haus nicht betroffen ist. Dann wundern wir uns, wie gleichgültig doch die Welt unseren Leiden gegenüber sei.

Deshalb lohnt es vielleicht, uns die Lehren von Libanon durch den Kopf gehen zu lassen.

Die Konflikte auf religiöser Basis gab es dort schon vor gut 150 Jahren. Im Grunde waren es ausgewachsene Kriege. Sie sind ohne weiteres vom Zaun zu brechen. Jede Seite hält die andere für „ketzerisch“, der Haß verblindet alle gleich, bis sie vergessen, daß es nur **einen** Gott für alle gibt und daß keine Religion hassen lehrt und den Mord an unschuldigen Menschen vergibt. Für jede Religion ist es so, daß ein Gläubiger, der einen anderen Gläubigen tötet, vom Teufel geritten wird.

Peitschte der Imperialismus die Leidenschaften in Libanon vor 150 Jahren oder später an? Die Großmächte, auch das zaristische Rußland, versuchten, dem „heiligen Krieg“ zwischen Moslems und Christen ein Ende zu bereiten, und teilten das Land in Glaubenszonen, um die sich Bekriegenden auseinanderzuführen. Mit Erfolg? Ja, wenn! Dann brauchten wir uns jetzt nicht mit der libanesischen Tragödie auseinanderzusetzen. Es gab damals Zeiten einer relativen Stille, es gab eine Periode, da Libanon sogar als „Nahost-Schweiz“ galt. Aber auch in dem prosperierenden Beirut reiften die Trauben des Zorns, zuerst aus wirtschaftlichen, dann aus klassenmäßigen Gründen. Sobald es aber zu Unruhen kam, wurden die Fahnen des heiligen Krieges aus der Mottenkiste hervorgeholt. Wie sich erwies, waren nicht die despotischen Feudalherren an allem schuld, sondern Andersgläubige. Ich finde da eine erstaunliche Ähnlichkeit mit unserer heutigen Situation: Obskuranten und Chauvinisten nennen sich frech russische Patrioten, im Transkaukasus wird ein Gemetzel nach dem anderen veranstaltet.

Wir brauchen uns jedoch nicht erst in die Geschichte Libanons zu vertiefen, um Beispiele einer vermittelnden dritten Kraft zu finden. Sie sind, wie man so sagt, gleich bei der Hand. Die syrischen Truppen, die sich „interarabische Friedenskräfte in Libanon“ nennen, befinden sich seit langem in diesem Land. Sie zogen dort mitten in den religiösen Fehden ein, die 1975 eingesetzt hatten.

Leider änderte die Einmischung einer dritten

Kraft nichts. Tausende Menschen kamen und kommen um. Moslems bekriegen Christen. Angehörige desselben Glaubens bekriegen einander. Bei jedem Versuch Syriens, zu intervenieren, wurde es auch selbst in den Krieg gegen eine der Konfliktparteien einbezogen. Eine Aussöhnung rückte dadurch nicht in die Nähe.

Heute geht es in Libanon schon nicht nur um religiöse Konflikte. Ende Januar wurden die Kampfhandlungen zwischen den Schiiten wieder einmal eingestellt. Die Truppen der libanesischen Amal-Bewegung gingen gegen die Banditen der proiranischen Organisation fanatischer Extremisten „Hizbollah“ („Allah-Partei“ nennen sie sich in aller Bescheidenheit) vor. Wahrscheinlich lesen sie sogar im Koran und sehen dabei nicht, daß der Mord an Glaubensgenossen eine doppelte, in den Augen Allahs unverzeihliche Sünde ist. Es stört die Banditen, die aus Iran eingeschleust sind, nicht, daß Gewalt kein Argument ist. Statt ihren Glauben zu propagieren, machen sie einen Knüttel daraus.

Auch die Maroniten (christlich) stört es nicht, daß sie einander morden, um politischen Ambitionen ihrer Führer, General Michel Aouns oder Samir Jaajaa, des Chefs der militärpolitischen Organisation „Libanesischen Kräfte“, durchzusetzen.

Was lehrt uns Libanon also? Die erste Lehre ist meiner Meinung nach, daß sich ethnische Feindseligkeiten leichter beilegen lassen, solange sie keine religiöse Färbung angenommen haben. Die jetzige Runde des libanesischen Bürgerkriegs begann vor 15 Jahren als ein religiöser Konflikt, obwohl ihm soziale und wirtschaftliche Faktoren zugrunde lagen.

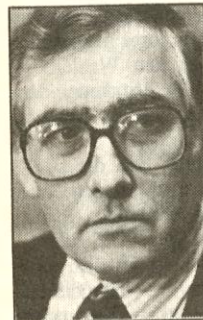
Die zweite Lehre aus Libanon: Wie sich herausstellt, kann ein Dritter einem Konflikt nicht immer Einhalt gebieten.

Die einfachen Libanesen hoffen, daß von außen eine starke Hand kommt und die Politikaster, die jedes Maß verloren haben, zurechtweist. Vor kurzem gelang es dem Institut de Mass (Beirut), eine Bevölkerungsumfrage durchzuführen: Welche Länder hätten die besten Möglichkeiten, Libanon zu helfen? Die USA und die UdSSR sammelten die meisten Stimmen (72 bzw. 42 Prozent). Wie wir sehen, wird Syrien nicht als Retter aus der Not angesehen.

Die dritte Lehre aus Libanon führt wohl die schrecklichste Folge der konfessionellen Feindschaft vor Augen: Man gewöhnt sich daran, zu morden. Aber da hört jede Religion auf. In Libanon gehört der Tod schon zur Lebensweise. Generationen lösen einander ab, und es wachsen Generationen von kleinen Jungen mit der Waffe in der Hand heran, denen es einfach in den Fingern juckt. Sie möchten am liebsten gleich losfeuern, man braucht ihnen nur ein Ziel zu zeigen oder, noch besser, einen Befehl zu erteilen.

Ich möchte keine Prognosen in bezug auf Libanon anstellen, davon gibt es ohnehin genug, der Bruderkrieg geht aber inzwischen weiter. Meines Erachtens ist aber die Zeit für alle gekommen, sich der Lehren aus der libanesischen Tragödie bewußt zu werden: Zeit für die libanesischen Politiker, für die libanesischen Kämpfer aus allen Parteien. Zeit auch für bestimmte Leute in unserem Land.

Nichts einfacher, als religiöse Konflikte anzufachen. Mit der Zeit wachsen sie sich aber zu Mord und Totschlag aus



Dmitri Sgerski

Partei gespalten, Trend zur Konföderation

Ist Schlimmes zu befürchten?

Die jugoslawische politische Bühne wirkt manchmal wie eine Gleichung mit mehreren Unbekannten, nur daß die Zahl der Unbekannten bei der Lösung der Aufgabe ständig zunimmt.

Die Unbekannte Nr. 1: Perspektiven des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens.

Als der 14. (außerordentliche) Parteitag des BdkJ seine Arbeit unterbrach und die Delegierten den Sitzungssaal verließen, glaubten viele, in der Zwischenzeit würden die „Parteidiplomaten“ es letzten Endes doch in den Griff kriegen und sich die Standpunkte der Seiten annähern. Aber die Pause zog sich in die Länge. Statt sich anzunähern, haben sich die Positionen, wie mir scheint, noch weiter voneinander entfernt.

Die Kommunisten Sloweniens erklärten auf ihrer Konferenz unumwunden, für sie sei der 14. Parteitag beendet. Der Bund der Kommunisten Sloweniens verselbstständigt sich, arbeitet sein eigenes Programm und Statut aus. Ihrer Meinung nach existiert der BdkJ in seiner früheren Form nicht mehr. Folglich würden die slowenischen Kommunisten nicht an seinen obersten Organen mitwirken und seien auch an keinerlei Verpflichtungen gebunden. Kurzum, keine einheitliche Organisation mehr, sondern ein „Bund der Bünde“.

Der Bund der Kommunisten Kroatiens bezieht eine ähnliche Position. Seine Mitglieder gaben zwar ihre Abkehr vom BdkJ nicht bekannt, aber in dessen oberstem Organ, dem Präsidium, sind keine kroatischen Kommunisten mehr vertreten.

In Serbien wird ebenfalls ein gegenteiliger Standpunkt vertreten: Der BdkJ könne auch ohne jene funktionieren, die an seiner Arbeit nicht teilzunehmen wünschen.

Unter diesen Umständen wirkt eine Erklärung des Präsidiums des ZK des BdkJ sehr optimi-

stisch: „Die Fortsetzung des 14. Parteitages kann nicht angezweifelt werden.“ Demnach wird im voraus angenommen, daß der BdkJ in „reduzierter Form“ wirken wird. Fragt sich nur, wie weit reduziert.

Alles spricht dafür, daß die endgültige Spaltung des BdkJ wohl nicht zu vermeiden ist. Es handelt sich um zumindest zwei Parteien. In diesem Fall wird die Trennlinie meiner Meinung nach nicht nur zwischen den Bündern der Kommunisten der einzelnen Republiken, sondern auch innerhalb dieser Organisationen verlaufen.

Die Unbekannte Nr. 2: Situation in Kosovo.

In den letzten Wochen hat sie sich merklich verschärft. Das schon an sich akute Problem Kosovo ist jetzt obendrein ein Zankapfel zwischen den jugoslawischen Republiken.

Die Woge der Demonstrationen in Kosovo, an denen Tausende teilnahmen, rief unterschiedliche, mitunter einander direkt entgegengesetzte Reaktionen aus. Was man in Serbien konterrevolutionäre Aktivitäten der albanischen Nationalisten nennt, ist für Slowenien und Kroatien der Kampf der Albaner um ihre politischen Rechte.

Der Vorsitzende des Präsidiums Jugos-



„Darf ich dich fragen, ob du Mitglied des Bundes der Kommunisten bist?“

„Ja... Nur weiß ich nicht genau, welchen Bundes.“

Zeichnung: I. Kusanic (Jugoslawien)

lawiens, Janez Drnovsek, setzte sich in einem großen Teil seiner Ansprache vor dem jugoslawischen Parlament mit dem Problem Kosovo auseinander. Das ist wohl begreiflich, denn darin spiegeln sich gegenwärtig alle Widersprüche und Konflikte des Landes.

Die Unbekannte Nr. 3: Zukunft der jugoslawischen Föderation.

Dieses Problem ist heute besonders aktuell, da das Parlament eine neue Verfassung des Landes erörtern und annehmen soll. Der Entwurf liegt schon vor. Man muß kein Prophet sein, um vorauszuweisen, worum es in den Diskussionen vor allem gehen wird: Bleibt Jugoslawien eine Föderation, oder wird es eine Konföderation? Slowenien sprach sich eindeutig für eine Konföderation aus. Die anderen Republiken setzen sich für eine Föderation ein, allerdings mit umfassenden Rechten für die einzelnen Republiken.

Da für die Annahme der Bundesverfassung die Zustimmung aller Republiken erforderlich ist, ist eine für alle annehmbare Lösung nicht so leicht zu finden. Allerdings nimmt die jugoslawische Föderation in letzter Zeit meiner Meinung nach zunehmend die Züge einer Konföderation an.

Die Unbekannte Nr. 4: das Schicksal der Wirtschaftsreform.

Vom jugoslawischen Premierminister Ante Markovic eingeleitet, schwebt sie jetzt in Gefahr, weil die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Serbien und Slowenien abgebrochen sind (NZ 51/89). Die Verluste der slowenischen Betriebe aus dem Boykott durch ihre serbischen Partner haben die Führung Sloweniens erklären lassen, sie wolle einen „Gegenschlag“ führen. Wenn es soweit kommt, ist die Wirtschaftsreform in Jugoslawien gescheitert. In einem Moment, da ein solcher Ausgang schon unvermeidlich schien, gelang es Markovic, seine Reform zu retten und die Vorsitzenden der Regierungen von Serbien und Slowenien am Verhandlungstisch zusammenzuführen. Es begann ein Dialog, der, wie ich glaube, der Anfang vom Ende der Wirtschaftsblockade ist.

Allem Anschein nach gibt es dann eine Unbekannte weniger. Ich würde jedoch nicht die Behauptung wagen, nun läge die Lösung für die übrigen Probleme in greifbarer Nähe. Schon deshalb nicht, weil die Wirtschaft jetzt wohl der einzige Bereich ist, wo die jugoslawischen Republiken noch einen gemeinsamen Nenner finden.

Gennadi Syssojew

NZ-Korrespondent

BELGRAD

Dogmen behindern

Was die Volksdeputierten bei der Formulierung von Gesetzen stört

Kurz vor Eröffnung der Tagung fand eine gemeinsame Sitzung von zwei Parlamentsausschüssen – für Fragen der Gesetzgebung, der Gesetzlichkeit und der Rechtsordnung sowie für Fragen der Wirtschaftsreform statt. Ein weiteres Mal quälten sich die Abgeordneten mit dem Text der Vorlage des Gesetzes über das Eigentum ab. Vor Beginn der Tagung sagte mir der Volksdeputierte Michail Bronstein, mit diesem Entwurf sei eine gewisse Klarheit geschaffen worden und Licht am Ende des Tunnels sei zu erkennen. Doch die Debatte zeigte, daß die Abgeordneten einen Ausweg aus dem Labyrinth noch nicht gefunden haben.

Die Präambel wurde verlesen – und lange Zeit kam man nicht weiter. Unzählige Bemerkungen und Vorschläge wurden gemacht – alles im Grunde zur Sache. Doch man hat den Eindruck, als habe es die leidenschaftliche Diskussion hierzu auf der vorhergehenden Tagung nicht gegeben, als seien in der Presse nicht zahlreiche Artikel über dieses Thema veröffentlicht worden. Alles begann von neuem: die Definierung des Charakters des Eigentums, was Objekt des Eigentums ist und wer Subjekt sein kann. Dann ging man zu grundsätzlichen Fragen über: Was ist eigentlich Sozialismus? Auf welchen Prinzipien soll unsere Union beruhen? Was fällt in die Kompetenz der Republiken? Kann man einen Staat der Arbeiter und Bauern als Ausbeuter von Arbeitern und Bauern ansehen?

Ich meine, die normale gesetzgeberische Tätigkeit unserer Abgeordneten wird dadurch gestört, daß unser Parlament in ideologischen Dogmen befangen ist. Und so hielten es die Autoren der Vorlage des Gesetzes über das Eigentum für erforderlich, in der Präambel die Treue zum sozialistischen Eigentum zu beschwören. Doch, sobald es darum ging, den Sinn dieses Begriffes zu klären, versackten sie in einem solchen theoretischen Sumpf, aus dem sie keinen Ausweg finden konnten. Selbst die Hinweise auf einen kanadischen Millionär, der zu dem Schluß gekommen sein soll, der Sozialismus sei die lichte Zukunft der ganzen Menschheit, halfen nicht weiter.

Die Abgeordneten, die den Sinn der Grundbegriffe nicht zu klären vermochten, versuchen nichtsdestoweniger mutig das Gebäude des Rechtsstaates zu errichten. Infolgedessen wird die Gesetzgebung zu einem sakralen Akt, bei dem der gesunde Menschenverstand, die Lebensumstände, die Mentalität der Menschen, die internationalen Erfahrungen unwichtig sind und es allein auf den Glauben ankommt. Vor allem auf den felsenfesten Glauben an die „Vorzüge des Sozialismus“, der, wie es heißt, viele Jahre entstellt, deformiert, falsch verstanden worden sei. Doch diesmal – in der Zeit der Perestroika – wird er uns erlauben, alle Probleme zu lösen.

„Ohne die Situation anheizen zu wollen, meine ich, daß es jetzt nicht um die Rettung des Sozialismus, des Kommunismus und irgendeines weiteren ‚...ismus‘ geht. Jetzt geht es buchstäblich darum, daß wir unser Volk, unsere Nation retten müssen“, sagte Akademiemitglied Stanislaw Schatalin auf dem Plenum des ZK der KPdSU. Vielleicht ist gerade das das Wichtigste für die Perestroika: das Volk zu retten, nicht aber ideologischen Dogmen Tribut zu zahlen? Letztlich betrachtet niemand den Kapitalismus als Ideal einer gerechten Gesellschaftsordnung und niemand hat für die Verteidigung seiner ideologischen Werte sein Leben geopfert – und trotzdem erstarkt und gedeiht er.

Bei einer kürzlichen Dienstreise sagte mir ein kluger Gesprächspartner: „Bevor wir jemandem zu essen geben, fragen wir ihn, zu welchem ideologischen Glauben er sich bekennt. Doch notwendig ist, daß er selbst darüber entscheidet, dank welcher Ideologie er Essen und Kleider, ein Dach über dem Kopf haben wird.“ Wenn wir nicht sehen, ob der reale Sozialismus reale Vorzüge hat, bleibt das eine: ihm zu dienen. Das taten geradezu fanatisch unsere Großväter und Väter. Doch werden etwa auch unsere Enkel mit sozusagen theologischen Methoden komplizierte ökonomische Probleme lösen wollen. Wird man etwa auch ihnen Angst machen mit der Höllebrut, als die sich in den Reden mancher Abgeordneter das Privateigentum präsentiert?

Unterdes haben die Apparatschiki aus dem Kult des Sozialismus nicht wenige Vorteile für sich selbst gezogen. Sie erklärten, wie der Sozialismus auszusehen habe, überhäufte uns mit statistischen Angaben, die zeigen sollen, wie gut es uns doch geht. Und sie strafte jene, die diesen Erklärungen und der „fortschrittlichsten Lehre der Menschheit“ nicht zustimmten. Doch heute ist für sie der Augenblick einer gewissen ideologischen Ohnmacht gekommen.

Liest man die Stenogramme politischer Foren, bemerkt man erstaunt: Alle sind mit ideologischen Streitfragen befaßt, niemand kümmert sich darum, die Bedingungen für ein normales Leben der Menschen zu schaffen.

Unser Land braucht wirklich die Perestroika – doch wie soll sie aussehen? Was ist umzugestalten? Was muß wie geändert werden? Bislang ist bei der Erörterung allein eines Gesetzes – des Gesetzes über das Eigentum – Klarheit in dieser Frage nicht zu erkennen. Und da bekommt man Angst um den Obersten Sowjet, um das Schicksal der Gesetze. Werden sie etwa nach wie vor an ideologischen Kriterien, nicht aber an den Interessen der Gesellschaft, den Hoffnungen der Menschen gemessen werden? Unser Land steckt in einem harten ideologischen Korsett, und bald schon wird sich die Gesellschaft nicht nur nicht mehr bewegen, wachsen, sich weiterentwickeln können, sie wird nicht einmal mehr atmen können.

Die Tagung ist zusammengetreten. Wir erwarten sehr viel von ihr.

Nikolai Andrejew

Die Zeit

„Nicht zu hören“ – mit diesen in Klammern gesetzten Worten wird der stenographische Bericht einer Ansprache Andrej Sacharows bei der Schließung des 1. Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR immer wieder unterbrochen. Wir drucken diese Ansprache anlässlich der dritten Tagung des Obersten Sowjets der UdSSR nach, denn heute ist klar: Vieles davon, wovor Sacharow warnte, ist eingetroffen. Wir wollen auf diese ehrliche und unvermindert aktuelle Analyse hören.

Andrej Sacharow

Sehr geehrte Volksdeputierte! Ich muß erklären, warum ich gegen die Billigung des Schlußdokuments des Kongresses gestimmt habe. Dieses Dokument enthält viele richtige und sehr wichtige Feststellungen, viele grundlegend neue fortschrittliche Ideen. Doch ich meine, daß der Kongreß die vor ihm stehende politische Hauptaufgabe, die in der Losung „Alle Macht den Sowjets!“ zum Ausdruck kommt, nicht realisiert hat. Der Kongreß weigerte sich fern, ein „Dekret über die Macht“ zu diskutieren.

Bis diese politische Aufgabe gelöst sein wird, ist die reale Lösung des Gesamtkomplexes der dringenden wirtschaftlichen, sozialen, nationalen und ökologischen Probleme im Grunde nicht möglich.

Der Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR wählte den Vorsitzenden des Obersten Sowjets der UdSSR bereits am ersten Tag ohne umfassende politische Diskussion und ohne eine, wenn auch nur symbolische, Alternative. Meiner Meinung nach machte der Kongreß einen schweren Fehler, als er seine Möglichkeiten, auf die Gestaltung der Politik des Landes Einfluß zu nehmen, stark beschneit, wodurch er dem gewählten Vorsitzenden einen schlechten Dienst erwies.

Der geltenden Verfassung zufolge besitzt der Vorsitzende des Obersten Sowjets der UdSSR eine absolute, im Grunde durch nichts eingeschränkte persönliche Macht. Die Konzentration einer solchen Macht bei einer Person ist überaus gefährlich, selbst wenn es sich

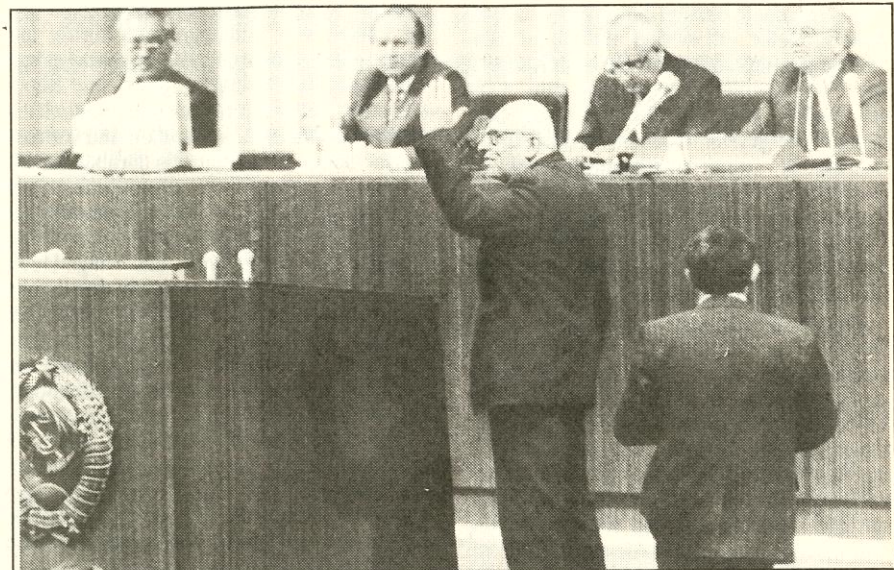
stellt die Frage nach der Macht

um den Initiator der Perestroika handelt. Insbesondere ist Druck hinter den Kulissen möglich. Doch wenn irgendwann einmal ein anderer über diese Fülle der Macht verfügen wird?

Wir begannen, unseren Staat vom Dach her zu bauen, was eindeutig nicht die beste Methode ist. Das gleiche wiederholte sich bei den Wahlen zum Obersten Sowjet. In den meisten Delegationen des Kongresses der Volksdeputierten erfolgte einfach eine Ernennung und dann formelle Bestätigung von Leuten, von denen viele auf die gesetzgeberische Tätigkeit nicht vorbereitet waren. Die Mitglieder des Obersten Sowjets müssen ihre frühere Arbeit „in der Regel“ aufgeben – eine bewußt verschwommen gehaltene Formulierung, die viele zufällige Leute im Obersten Sowjet erlaubt. Ein solcher Oberster Sowjet wird, wie zu befürchten ist, nur eine Tarnung für die reale Macht des Vorsitzenden des Obersten Sowjets sowie des Partei- und Staatsapparats sein.

In unserem Land vollziehen sich unter den Bedingungen der heraufziehenden wirtschaftlichen Katastrophe und der tragischen Verschärfung der zwischennationalen Beziehungen starke und gefährliche Prozesse, in denen unter anderem eine allgemeine Vertrauenskrise der Menschen zur Führung des Landes zum Ausdruck kommt. Wenn wir mit dem Strom schwimmen werden, wobei wir uns mit der Hoffnung auf allmähliche Veränderungen zum Besseren in einer fernen Zukunft einulnen, können die zunehmenden Spannungen unsere Gesellschaft sprengen, was die tragischsten Folgen haben würde.

Genossen Abgeordnete, auf Ihnen liegt jetzt – gerade jetzt! – eine enorme historische Verantwortung. Notwendig sind politische Entscheidungen, ohne die die Stärkung der Macht der Organe der Sowjets vor Ort und die Lösung der ökonomischen, sozialen, ökologischen und nationalen Probleme nicht möglich sind. Wenn der Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR die Macht nicht hier in seine Hände nehmen kann, gibt es nicht die geringste Hoffnung, daß dies den Sowjets in den Republiken, Gebieten, Rayons und Dörfern gelingen wird. Doch ohne starke Sowjets vor Ort ist eine Bodenreform, ist überhaupt keinerlei effektive Agrarpolitik, die sich von den sinnlosen Wiederbelebungsversuchen an den unrentablen Kolchosen unterscheidet, nicht möglich. Ohne einen starken Kongreß der Volksdeputierten und ohne starke unabhängige Sowjets sind die Überwindung des Diktats der Ministerien, die Erarbeitung und die Verwirklichung der Unternehmensgesetze, der Kampf gegen ökologischen Wahnsinn nicht möglich. Der Kongreß hat die demokratischen Prinzipien der Volksmacht zu verteidigen und damit die Unumkehrbarkeit der Perestroika und die harmonische Entwicklung des



Ich bitte ums Wort!

Landes. Ich appelliere erneut an den Kongreß der Volksdeputierten, das „Dekret über die Macht“ zu verabschieden.

Dekret über die Macht

Ausgehend von den Prinzipien der Volksmacht erklärt der Kongreß der Volksdeputierten:

1. Art. 6 der Verfassung der UdSSR wird aufgehoben.
2. Die Verabschiedung der Gesetze der UdSSR ist das ausschließliche Recht des Kongresses der Volksdeputierten der UdSSR. Auf dem Territorium einer Unionsrepublik erlangen die Gesetze der UdSSR Rechtskraft nach der Bestätigung durch das oberste Gesetzgebungsorgan der Unionsrepublik.
3. Der Oberste Sowjet ist das Arbeitsorgan des Kongresses der Volksdeputierten.
4. Die Kommissionen und Komitees für die Vorbereitung der Gesetze über den Staatshaushalt, der anderen Gesetze und für die ständige Kontrolle über die Tätigkeit der Staatsorgane, über die wirtschaftliche, soziale und ökologische Lage im Land werden vom Kongreß der Volksdeputierten und vom Obersten Sowjet auf paritätischer Grundlage gebildet und sind dem Kongreß rechenschaftspflichtig.
5. Wahl und Abberufung der obersten Funktionsträger der UdSSR, und zwar:
 - a. des Vorsitzenden des Obersten Sowjets der UdSSR;
 - b. des stellvertretenden Vorsitzenden des Obersten Sowjets der UdSSR;
 - c. des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR;
 - d. des Vorsitzenden und der Mitglieder des Komitees für Verfassungsaufsicht;

e. des Vorsitzenden des Obersten Gerichts der UdSSR;

- f. des Generalstaatsanwalts der UdSSR;
- g. des Hauptschiedsrichters der UdSSR;
- h. des Vorsitzenden der Zentralbank sowie:
- i. des Vorsitzenden des KGB der UdSSR;
- j. des Vorsitzenden des Staatskomitees für Fernsehen und Rundfunk;
- k. des Chefredakteurs der Zeitung „Iswestija“ – all das ist das ausschließliche Recht des Kongresses der Volksdeputierten.

Besagte Funktionsträger sind dem Kongreß rechenschaftspflichtig und unabhängig von Beschlüssen der KPdSU.

6. Die Kandidaten für das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden des Obersten Sowjets und des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR werden vom Vorsitzenden des Obersten Sowjets der UdSSR und alternativ von den Volksdeputierten vorgeschlagen. Das Recht, Kandidaten für die übrigen genannten Ämter zu benennen, steht den Volksdeputierten zu.

7. Die Funktionen des KGB beschränken sich auf den Schutz der internationalen Sicherheit der UdSSR.

Eine Anmerkung. In Zukunft ist es erforderlich, die direkte Wahl des Vorsitzenden des Obersten Sowjets der UdSSR und seines Stellvertreters auf alternativer Grundlage durch alle Bürger unseres Landes vorzusehen.

Ich bitte die Deputierten, den Text des Dekrets aufmerksam zu prüfen und es auf einer außerordentlichen Sitzung des Kongresses der Volksdeputierten zur Abstimmung zu bringen. Ich bitte darum, einen Redaktionsausschuß aus Personen, die die Grundgedanken des Dekrets unterstützen, zu bilden. Ich appelliere an die Bürger der UdSSR, das

Dekret individuell und kollektiv zu unterstützen, ähnlich wie sie das bei dem Versuch taten, mich zu kompromittieren und die Aufmerksamkeit von der Frage der Verantwortung für den Afghanistan-Krieg abzulenken.

Ich möchte denjenigen entgegenen, die mit der Unmöglichkeit Angst machen wollen, Gesetze von 2000 Menschen erörtern zu lassen. Die Kommissionen und Komitees werden die Formulierungen erarbeiten, auf den Tagungen des Obersten Sowjets werden sie diese in erster und zweiter Lesung erörtern und alle Stenogramme werden dem Kongreß der Volksdeputierten zugänglich sein. Falls erforderlich, wird die Diskussion auf dem Kongreß fortgesetzt. Doch was wirklich unannehmbar ist – wenn wir Abgeordnete, die wir ein Mandat von den Wählern haben, unsere Rechte und unsere Verantwortung einem Fünftel von uns, faktisch dem Partei- und Staatsapparat sowie dem Vorsitzenden des Obersten Sowjets übergeben.

Weiter. Schon seit langem gibt es die Gefahr eines militärischen Angriffs auf die UdSSR nicht mehr. Wir haben die größte Armee der Welt – größer als die USA und China zusammengenommen. Ich schlage vor, einen Ausschuß zu bilden, um eine Lösung für die Verringerung der Dienstzeit in der Armee zu erarbeiten (um etwas die Hälfte für Soldaten und Unteroffiziere, bei der entsprechenden Verringerung aller Waffenarten, doch bei einer spürbar schwächeren Verringerung des Offizierskorps) mit der Perspektive des Übergangs zu einer Berufsarmee. Eine solche Lösung wäre von enormer internationaler Bedeutung für die Festigung des Vertrauens und die Abrüstung, einschließlich eines vollständigen Verbots der Nuklearwaffen, sowie von enormer ökonomischer und sozialer Tragweite. Eine konkrete Bemerkung: Bis zum Beginn dieses Studienjahres sind alle Studenten, die vor einem Jahr zur Armee eingezogen wurden, zu demobilisieren.

Die nationalen Probleme. Wir ererbten vom Stalinismus eine nationale Verfassungsstruktur, die von imperialen Denken und von einer imperialen Politik des „Teile und herrsche“ geprägt ist. Opfer dieses Erbes sind die kleinen Unionsrepubliken und die kleinen nationalen Gebilde, die nach dem Prinzip der administrativen Unterordnung zu Unionsrepubliken gehören. Sie waren jahrzehntelang nationaler Unterdrückung ausgesetzt. Jetzt sind diese Probleme dramatisch an die Oberfläche gelangt. Doch nicht weniger litten auch die großen Völker, darunter das russische Volk, dem die Hauptlast der imperialen Ambitionen sowie der Folgen des Abenteuerismus und des Dogmatismus in der Außen- und Innenpolitik aufgebürdet wurden. In der jetzigen angespannten zwischennationalen Situation sind dringende Maßnahmen erforderlich. Ich schlage den Übergang zu einem föderativen (horizontalen) System der verfassungsmäßigen Ordnung vor. Dieses System sieht vor, allen bestehenden national-territorialen Gebilden, unabhängig von deren Größe und von deren jetzigem Status, die gleichen politischen, juristischen und ökonomischen Rechte unter Beibehaltung der jetzigen Grenzen zu geben (mit der Zeit werden Konkretisierungen der Grenzen der Gebilde und des

Bestandes der Föderation möglich und wohl erforderlich sein, was zu einem wichtigen Inhalt der Arbeit des Nationalitätensohwjets werden muß). Das wird eine Union gleichberechtigter Republiken sein, vereint durch einen Unionsvertrag, mit einer freiwilligen Beschränkung der Souveränität jeder Republik im geringstmöglichen Umfang (in Fragen der Verteidigung, der Außenpolitik und einiger anderer). Die Unterschiede in der Größe und der Einwohnerzahl der Republiken und im Fehlen von Außengrenzen dürfen uns dabei nicht verwirren. Die Menschen verschiedener Nationalitäten, die in einer Republik leben, müssen juristisch und praktisch die gleichen politischen, kulturellen und sozialen Rechte haben. Die Kontrolle darüber hat der Nationalitätensohwjet zu übernehmen. Ein wichtiges Problem der Nationalitätenpolitik ist das Schicksal der gewaltsam deportierten Völker. Die Krimtataren, die Wolga-Deutschen, die Turk-Mescheten, die Inguschen und andere müssen die Möglichkeit erhalten, an ihre Heimatorte zurückzukehren. Die Arbeit des Ausschusses des Präsidiums des Obersten Sowjets zum Problem der Krimtataren war ganz offensichtlich unbefriedigend.

Mit den nationalen Problemen sind auch religiöse Fragen verbunden. Jegliche Einschränkungen der Gewissensfreiheit sind unzulässig. Völlig unzulässig ist es, daß die ukrainische katholische Kirche bislang keinen offiziellen Status erhalten hat.

Eine überaus wichtige politische Frage ist die Bestätigung der Rolle der Organe der Sowjets und ihrer Unabhängigkeit. Die Wahl dieser Organe muß auf allen Ebenen auf wirklich demokratische Weise erfolgen. Das

Wahlgesezt ist zu konkretisieren, um die Erfahrungen bei den Wahlen der Volksdeputierten der UdSSR zu berücksichtigen. Die Einrichtung der Wahlkreisversammlungen muß beseitigt werden, und alle Kandidaten müssen gleiche Möglichkeiten für den Zugang zu den Medien erhalten.

Der Kongreß der Volksdeputierten muß meiner Meinung nach einen Erlaß mit den rechtsstaatlichen Prinzipien verabschieden. Zu diesen Prinzipien gehören: die Rede- und Informationsfreiheit, die Möglichkeit, daß Bürger und gesellschaftliche Organisationen gegen Handlungen und Entscheidungen aller Machtorgane und Funktionsträger einen unabhängigen Prozeß anstrengen; die Demokratisierung der Gerichts- und der Untersuchungsprozedur (die Zulassung eines Anwalts von Beginn der Untersuchung an; Geschworenengerichte; die Untersuchung muß der Staatsanwaltschaft entzogen werden: Ihre einzige Aufgabe besteht darin, über die Einhaltung des Gesetzes zu wachen). Ich rufe dazu auf, die Gesetze über Meetings und Demonstrationen, über den Einsatz der Truppen des Innenministeriums zu revidieren und den Erlaß vom 8. April nicht zu bestätigen.

Der Kongreß der Volksdeputierten kann nicht auf einmal das ganze Land ernähren. Er kann nicht auf einen Schlag die nationalen Probleme lösen. Er kann nicht über Nacht das Haushaltsdefizit beseitigen. Er kann uns nicht unverzüglich saubere Luft, sauberes Wasser und die Wälder zurückgeben. Doch er muß die politischen Garantien für die Lösung dieser Probleme schaffen. Eben das erwartet das Land von uns! Alle Macht den Sowjets!

MEINUNG
DIE PERSÖNLICHE



ANATOLI DENISSOW,
Professor,
Volksdeputierter
der UdSSR

Wir können unsere Vorliebe für soziale Demagogie absolut nicht überwinden. Ein nicht dummer Kommunist sagte einmal, allein die Eigentumsformen (Privat- oder Staatseigentum, Markt und Geld) ebenso wie die Formen der Macht (Parlamentarismus oder Rätemacht) würden noch keinen Kapitalismus oder Sozialismus schaffen. Sie sind Instrumente, eine Maschine, und das Wichtigste ist hier, wer diese Maschine steuert – die Bourgeoisie oder das Proletariat. Es war Lenin, der das sagte.

Sozialismus bedeutet soziale Gerechtigkeit. Man muß die Mittel zur Erreichung der sozialen Gerechtigkeit einsetzen, die im betreffenden Augenblick, in der betreffenden Zeit, am betreffenden Ort erforderlich sind. Und man sollte nicht auf irgendwelche Allheilmittel hoffen – am Privateigentum führt für uns kein Weg vorbei. Und wir müssen darauf vorbereitet sein, daß mit ihm zusammen auch die Ausbeutung, zudem bisweilen in der brutalsten Form, zutage treten wird. Doch man muß eingestehen, daß die Ausbeutung der Werktätigen durch den Staat unsere ganze Geschichte begleitete, so sehr wir uns davon auch abwandten, so sehr wir davor auch die Augen verschlossen. Ich meine, daß alle Eigentumsformen genutzt werden müssen, um für soziale Gerechtigkeit zu sorgen, bedeuten ja soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Demokratie das Recht der Werktätigen, den Platz und die Formen des Einsatzes ihrer Arbeitskraft, ihrer Fähigkeiten und ihres Verstandes selbst zu wählen.

Der Sozialismus wird nicht durch die Eigentumsformen, sondern durch deren Pluralismus bestimmt. Sie sind unterschiedlich effektiv, und man muß die effektivsten nutzen.

Und ein weiterer Umstand. Wir verwechseln in den Diskussionen darüber, wem Grund und Boden gehören soll, meiner Meinung nach Souveränität und Eigentum. In den USA z. B. sind drei Viertel des Territoriums in privater Hand, doch das beeinträchtigt die Souveränität der Vereinigten Staaten über dieses Territorium keineswegs.

„BÜRGERAKTION“

Es gibt eine neue Bewegung, die sich die Unterstützung der demokratischen Reformen in der UdSSR zum Ziel gesetzt hat. Zu ihren Initiatoren gehören die „Moskauer Tribüne“, „Memorial“, die Moskauer Wählerversammlung und andere demokratische Organisationen

Die Krise, die unser gesellschaftliches System befallen hat, nimmt einen immer gefährlicheren Charakter an. Die Zahl der Spannungsherde in der Wirtschaft, im sozialen Bereich und in den zwischenationalen Beziehungen, die schon zu Gewaltausbrüchen und Blutvergießen geführt haben, wird immer größer.

Das vergangene Jahr war nicht fruchtlos. Trotz der ersten Schritte auf dem Weg der Demokratisierung der Legislative und der Erfolge unserer Außenpolitik, trotz der hohen Wertschätzung für die fundamentalen Veränderungen in den Ländern Osteuropas müssen wir uns die Frage stellen: Warum bleiben wir jetzt zurück? Warum waren wir auf das, was das vergangene Jahr brachte und was zweifellos dieses für uns bereithält, nicht vorbereitet?

Die Antwort liegt auf der Hand. Mit schonungsloser Offenheit wird die Unfähigkeit der politischen Leitungsstrukturen aufgezeigt, grundlegende Veränderungen zu verwirklichen und das Abgleiten des Landes in den Abgrund zu verhindern. Die Anstrengungen einer Reihe von Volksdeputierten der UdSSR, die stürmisch anwachsenden Bewegungen und informellen Organisationen werden praktisch vom unveränderten Mechanismus der Fassung und Durchsetzung politischer Beschlüsse und von reaktionären Eigentumsverhältnissen gelähmt.

Die Kräfte, die die grundlegenden allgemeins menschlichen Werte ablehnen, haben zum Sammeln geblasen. Es bildet sich ein Block aus Neostalinsten, Schwarzhundertern, korrupten Bürokraten und immer dreister werdenden Kriminellen. Wir halten die aus der Mitte des Volkes kommende Forderung nach sozialer Gerechtigkeit und Ordnung für vollauf berechtigt. Darauf setzen allerdings auch Kräfte, die eine Rückkehr zur Diktatur und zu Gleichheit in Armut anstreben.

Wir machen uns besonders große Sorgen um das Schicksal Rußlands. Im Namen des russischen Volkes, im Namen Rußlands melden sich selbstsüchtige, unehrliche Leute zu Wort, die die Zukunft des Landes von den erfolgreichen Wegen der Weltzivilisation abschirmen wollen und Zwist zwischen dem russischen und anderen Völkern säen. Diese Leute wollen nicht die Tatsache anerkennen, daß Rußland nur dann ein wirklich souveräner und blühender Staat sein kann, wenn es dem Streben aller Völker der UdSSR nach nationaler Identität und Zusammenarbeit entgegenkommt.

Der Durchbruch Rußlands in eine bessere Zukunft ist real. So, wie nach dem zweiten Weltkrieg Deutschland und Japan sich wieder hocharbeiteten, wie es sich jetzt in den Ländern Asiens wiederholt, so kann es auch ein russisches Wirtschaftswunder geben.

Gleichzeitig bleibt aber immer weniger Zeit, um die Entwicklung der Ereignisse nach chinesischem oder rumänischem Muster aufzuhalten. Keiner weiß, wann es zu spät sein wird. Deshalb müssen sich jetzt alle demokratischen Kräfte zusammenschließen, die bereit sind zu Aktionen in einer einheitlichen Bürgerbewegung. Die Bürger sind für ihre Zukunft selbst verantwortlich und müssen sie selbst gestalten.

Die Deklaration unterzeichneten Volksdeputierte der UdSSR, Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kultur und Religion

Sergej Awerinzew, Juri Afanassjew, Leonid Batkin, Sergej Beloserszew, Larissa Bogoras, Soltan Dsarassow, Pjotr Falk, Jewdokija Gajer, Gleb Jakunin, Wladimir Kirillow, Sergej Kowaljow, Jekaterina Maximowa, Arkadi Muraschow, Bulat Okudshawa, Eldar Rjasanow, Andrej Sebenzow, Wassili Seljunin, Wladimir Smirnow, Anatoli Sobtschak, Sergej Stankewitsch, Rodion Stschedrin, Juri Stschekotschichin, Stepan Sulakschin, Wladimir Tichonow, Wladimir Wassiljew, Michail Wolkenstein

Die Unterzeichner dieser Deklaration verkünden die Gründung der

Initiative „BÜRGERAKTION“

Wir rufen alle Gegner des Totalitarismus zur Mitarbeit an dieser Bewegung auf: Bürger und Verbände, Volksfronten und Parteien, Wählerklubs und -vereinigungen, Arbeiter- und Streikkomitees. Durch Solidarität im Kampf für eine zivilisierte Gesellschaft von Staatsbürgern sind wir in der Lage, gemeinsam eine fatale reaktionäre Wende im Schicksal der Völker zu verhindern, eine friedliche Überwindung der Krise und ein normales, würdiges Leben für alle zu gewährleisten.

Die „BÜRGERAKTION“ strebt an:

1. Abschluß eines neuen Unionsvertrages, der eine freie Vereinigung souveräner Staaten und Völker begründet.
2. Unterbindung aller Monopole, vor allem des staatlichen, auf das Eigentum an Produktionsmitteln; Übergang zur modernen Marktwirtschaft, die sich auf den Wettbewerb verschiedener Eigentumsformen und ein wirksames System der sozialen Sicherheit gründet.
3. Übergabe des Bodens zur erblichen Nutzung bzw. seine Überführung ins Eigentum jener, die ihn bestellen wollen.
4. Trennung der KPdSU und der Parteideologie von Staat und Wirtschaft; Schaffung eines Mehrparteiensystems und rechtliche Gleichstellung der KPdSU mit allen anderen politischen Organisationen.
5. Gewährleistung vielfältiger Formen des geistigen und gesellschaftlichen Lebens.
6. Demokratische Reform der Armee.
7. Entbindung des KGB von der Funktion einer politischen Geheimpolizei.

Die der „BÜRGERAKTION“ angehörenden Bürger und Organisationen

- entwickeln und realisieren Bürgerinitiativen, die auf die Verwirklichung der Ziele der Bewegung gerichtet sind;
- betiligen sich gemeinsam an den Wahlen zu Machtorganen und unterstützen tatkräftig alle Verfechter radikaler Reformen;
- organisieren den Widerstand gegen reaktionäre Aktionen und Beschlüsse in Form von Unterschriftensammlungen, Kundgebungen, Aufmärschen, Demonstrationen und im äußersten Fall durch die Organisation von politischen Streiks, Aktionen des bürgerlichen Ungehorsams und anderer gewaltfreier Maßnahmen.

Die der „BÜRGERAKTION“ angehörenden Organisationen behalten ihre Unabhängigkeit und Selbständigkeit. Die Tätigkeit der Bewegung wird von Koordinierungszentren geleitet, die aus Bürgern und Vertretern der Organisationen gebildet werden, die der Bewegung angehören. Das Entwicklungsprogramm der Bewegung und ihrer Organisationsstruktur wird bei der konstituierenden Konferenz präzisiert.

Bürger, Gruppen und Bürgerverbände!

Schließt euch der „BÜRGERAKTION“ an!

Umstände eines Beschlusses

Vor und nach der Tragödie von Tbilissi. Geschichte in Zitaten

„Am 7. April fand im ZK der KPdSU unter Führung des Sekretärs des ZK und Mitglieds des Politbüros des ZK der KPdSU Genossen Ligatschow eine Beratung einiger Sekretäre des ZK, von Mitgliedern des Politbüros unter Teilnahme des Verteidigungsministers, des Vorsitzenden des KGB, des stellvertretenden Innenministers und einer Reihe verantwortlicher Mitarbeiter des ZK der Partei statt, auf der der Beschluß erwogen wird, daß der Republik geholfen werden muß und Einheiten der Truppen des Innenministeriums und der Sowjetarmee zu entsenden sind, um Objekte zu schützen und mögliche Unruhen zu verhindern... Folglich trafen bereits am 7. April die ersten Einheiten der Truppen des Innenministeriums, der Sowjetarmee und Sondereinheiten der Miliz in Tbilissi ein. Der Führung der Republik wurde mitgeteilt, daß entsprechend der entstandenen Lage zu handeln ist...“

(Aus dem Bericht des Ausschusses zur Untersuchung der Ereignisse vom 9. April 1989 in Tbilissi an den zweiten Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR)

Was wir aus der unerwarteten Diskussion auf dem Plenum des ZK erfuhren

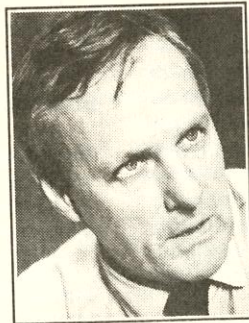
J. Ligatschow. ... Kürzlich teilte die Zeitschrift „Ogonjok“ vieldeutig mit, eine Gruppe von Mitgliedern des Politbüros, von Sekretären des ZK unter Leitung von Ligatschow, habe hinter dem Rücken des Generalsekretärs des ZK und des Vorsitzenden des Ministerrats auf einer Beratung im ZK der KPdSU am 7. April v. J. Fragen behandelt, die mit der Lage in Georgien zusammenhängen, und einen entsprechenden Beschluß gefaßt.

Es ist doch klar, daß derartige Fragen nicht von einer Gruppe allein entschieden werden. Viele Genossen wissen, daß an diesem Tag, ich betone, an eben diesem Tag, d. h. am 7. April, das Politbüro in voller Besetzung unter Teilnahme von Michail Gorbatschow, Nikolai Ryshkow sowie der Genossen Alexander Jakowlew und Eduard Schewardnadse, die gerade von einer Auslandsreise zurückgekehrt waren, einstimmig, ich betone einstimmig, die politischen Empfehlungen zur Entwicklung der Ereignisse in Tbilissi billigte.

Da fragt sich, warum Argwohn geschürt wird, was die Anspielungen auf ein Komplott sollen. Ich sagte und sage noch einmal: Nur um die Aufmerksamkeit der Gesellschaft von der größten Gefahr für die Perestroika, von der Zersetzungsarbeit, mit der sich im Lande, in der Partei, wie ich zu

„Geehrter Anatoli Alexandrowitsch! Dieser Tage machte ich mich mit den Schlußfolgerungen des Ausschusses des Obersten Sowjets der Georgischen SSR zur Untersuchung der Ereignisse vom 9. April 1989 in Tbilissi bekannt, veröffentlicht in der Republikzeitung „Kommunist“... Ich muß der Behauptung des georgischen Ausschusses in eben jener Zeitung, daß die Ereignisse vom 9. April für die Führung des Landes, darunter für Ligatschow, kein Geheimnis gewesen seien, entschieden widersprechen. Die Führung des Landes erfuhr von den tragischen Ereignissen erst, nachdem sie geschehen waren. Was mich angeht, so kann ich sagen, daß ich davon durch eine Meldung im Fernsehen erfuhr...“

(Aus einem Brief Jegor Ligatschows an den Ausschußvorsitzenden Anatoli Sobtschak, verlesen auf dem zweiten Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR)



Anatoli Sobtschak:

Sein Name fiel auf dem Plenum nicht, doch gerade sein Interview für „Ogonjok“ soll, wie Jegor Ligatschow sagte, das „Wesen der Frage verzerrt“ haben

behaupten wage, politische Demagogen und Intriganten befassen, abzulenken...

E. Schewardnadse. Einige Worte der Erläuterung im Zusammenhang mit den Ausführungen von Jegor Ligatschow.

Ich weiß nicht, warum es nach der parlamentarischen, der offiziellen und der kriminalistischen Untersuchung der Ereignisse in Tbilissi, besonders nachdem diese Frage auf dem Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR behandelt wurde, notwendig

„...Diese Gruppe, die sich in Moskau versammelt hatte, besaß nicht das Recht, eine solche Entscheidung zu treffen. Dieses Recht besaß kein Parteiorgan, nicht das Politbüro, ja nicht einmal ein Parteitag. Sie hätten nur einen politischen Beschluß fassen können, der in den Entscheidungen von Staatsorganen hätte Gestalt annehmen müssen. Die Beratung unter Ligatschows Führung, auf der der verhängnisvolle Beschluß gefaßt wurde, der Republik mit Truppen zu helfen, repräsentierte nicht einmal das Politbüro, sondern nur eine Gruppe von Leuten (wenn auch von verantwortlichen Mitarbeitern), die sich zudem ohne den Präsidenten des Landes versammelt hatte, der sich zu jener Zeit in England aufhielt, und ohne den Regierungschef, obwohl Nikolai Ryshkow in Moskau war. Verstehen Sie, was da vor sich geht? Eben das ist das Gefährlichste!“

(Aus einem Interview des Ausschußvorsitzenden, des Volksdeputierten der UdSSR Anatoli Sobtschak, für die Zeitschrift „Ogonjok“)

wurde, diese Diskussion wiederaufzunehmen.

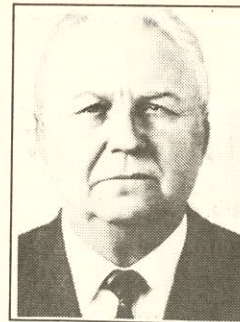
Um ein weiteres Mal zu versuchen, die Wahrheit wiederherzustellen, möchte ich sagen, daß es keinerlei Sitzung des Politbüros gegeben hat, es gab nur ein gewöhnliches Treffen auf dem Flughafen. Neben anderen Fragen wurde über die alarmierenden Telegramme aus Tbilissi berichtet, wurde gesagt, daß den Bitten der georgischen Genossen entsprochen wurde, die erforderliche Hilfe bei der Aufrechterhaltung der Ordnung zu leisten und unter anderem jene Einheiten der Truppen des Innenministeriums zurückzuschicken, die auf dem Territorium Georgiens stationiert und seinerzeit nach Armenien verlegt waren.

Kategorisch wurde gesagt, wurde die kategorische Forderung des Generalsekretärs und des Politbüros erklärt, die Frage politisch, durch einen politischen Dialog zu lösen. Solche Anweisungen, solche Empfehlungen wurden erteilt. Das ist alles, was auf dem Flughafen geschah.

M. Gorbatschow. Nein, nicht alles. Wir beauftragten noch Genossen Schewardnadse, trotz aller Reisen usw. und noch jemanden...

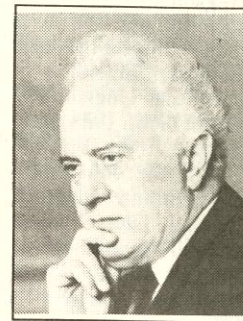
Stimmen. Rasumowski...

M. Gorbatschow. Rasumowski, nach Tbilissi zu fliegen.



Jegor Ligatschow:

„... Am 7. April verabschiedete das Politbüro in voller Besetzung einstimmig die politischen Empfehlungen zur Entwicklung der Ereignisse in Tbilissi“



Eduard Schewardnadse:

„Es gab keinerlei Sitzung des Politbüros, es gab nur ein gewöhnliches Treffen auf dem Flughafen...“

E. Schewardnadse. Ja, das war so, ein solches Gespräch hat stattgefunden, die georgischen Genossen sagten, eine solche Reise sei nicht erforderlich. Das ist die ganze Wahrheit.

J. Ligatschow. Eduard Amwrossimowitsch, da ist doch gar kein Widerspruch zwischen uns...

E. Schewardnadse. Nein, ich sage ja auch nicht, daß es Widersprüche gibt.

J. Ligatschow. Hören Sie, was hätte ich denn tun sollen, wenn eine in einer Auflage von 4 Millionen erscheinende Zeitschrift das Wesen der Fragen entstellt? Ich kann ja letztlich auch meine Auffassung darlegen. Und das, wo ihr alle schweigt, werde Genossen.

M. Gorbatschow. Ich meine, daß wir hier den ersten Teil beenden und weiter vorangehen sollten.

E. Schewardnadse. Ich meine, eine so empfindliche Reaktion ist hier nicht am Platz. Erstens habe ich nicht geschwiegen: Ich gab dem Ausschuß des Obersten Sowjets der UdSSR Erläuterungen und sagte alles, was notwendig war. Zweitens diskutiere ich hier nicht mit euch, sondern stelle mir die Frage, warum es überhaupt notwendig war, diese Diskussion nach dem Kongreß der Volksdeputierten wieder aufzunehmen.

J. Ligatschow. Ich habe sie nicht begonnen.

E. Schewardnadse. Ich werfe Ihnen das auch nicht vor...

(Aus dem Bericht über das Februar-Plenum des ZK der KPdSU)

NZ-STANDPUNKT

Die obersten Informellen des Landes

Der spontane Schlagabtausch beim Plenum des ZK der KPdSU warf ein Licht darauf, wie eine Entscheidung zu einer überaus akuten Situation, die letztlich zu einem Blutbad führte, getroffen wurde. Es wäre naiv zu fragen, warum diese Entscheidung so getroffen wurde. So war es üblich. Wenn ein spezieller Verfassungsartikel eine Partei für regierend erklärt, dürfen die Parteiorgane alles entscheiden. Wie? Nach eigenem Gutdünken. Eine gesetzlich festgelegte Prozedur oder ein Reglement gibt es nicht. Ist zumindest eine offizielle Sitzung mit dem erforderlichen Quorum notwendig? Wie sich herausstellte, nein. Von Rechenschaftslegung ist nicht einmal die Rede: Man teilt nur das mit, was man für notwendig erachtet. Selbst ZK-Plenen können geschlossene Parteiversammlungen sein. Das Land hat nicht das Recht zu wissen, wie man es regieren wird, das ist nicht seine Sache, das ist das Vorrecht der Herrschenden, und schließlich hat das Land sie nicht gewählt.

Keinerlei Form wird bei der Lösung lebenswichtiger Fragen gewahrt. Das kann auf einer Sonderberatung mit nach einer Liste eingeladenen geschehen. Oder bei einem flüchtigen Meinungsaustausch. Oder nach einem Bericht auf dem Flughafen... Wessen Entscheidung ist das in diesem Fall: die desjenigen, der Bericht erstattet, die Form des Berichts wählt und im Grunde über bereits getroffene Maßnahmen informiert, oder die aller, die so oder so dabei waren, aller, die sich da trafen? Die Verantwortung ist ebenfalls unklar. Die Beratung am 7. April im ZK, bei der die Entscheidung, Truppen nach Tbilissi zu entsenden, gefaßt wurde, ist ja kein reguläres Organ der Staatsmacht mit einer bestimmten Verantwortung. Jeder ihrer Teilnehmer hat seine ständigen Verpflichtungen – man kam nur zusammen und ging dann auseinander. Die Reaktion auf den eigenen Beschluß hat die Beratung nicht im Griff, den Gang der Ereignisse verfolgt sie nicht weiter, selbst derjenige, der den Vorsitz führte, erfährt von der weiteren Entwicklung erst aus dem Fernsehen.

Der Beschluß, Truppen nach Afghanistan zu entsenden, wurde, wie sich herausstellte, von den vier ranghöchsten Mitgliedern des Politbüros in informeller Atmosphäre gefaßt... Für gewöhnlich werden Leute, die nicht, wie es ihre berufliche Pflicht verlangt, sondern auf eigene Initiative handeln, als Informelle bezeichnet. Die Logik des Apparats geht davon aus, daß eben das Verantwortunglosigkeit bedeute und daß alle Probleme daher rührten. Doch hier sind nun wirklich die obersten Informellen des Landes! Sie faßten Beschlüsse, ohne sich an Formalitäten zu halten und ohne jegliche Verantwortung zu tragen. Die Entscheidung der Vier galt automatisch als Beschluß des Politbüros, d. h. des ZK, d. h. der Partei, d. h. des Volkes. „Der Staat – das sind wir!“

A. Sobtschak, der anzweifelte, ob die Beratung im ZK einen Beschluß des Staates treffen könne, sagte in seinem Interview für „Ogonjok“, daß er später als Entscheidung des entsprechenden staatlichen Organs hätte abgefaßt werden müssen. Das reicht ganz offensichtlich nicht. Es geht ja nicht darum, wie man einer willkürlichen Entscheidung nachträglich den Anschein der Gesetzmäßigkeit geben kann. Im Fall Afghanistan suchten der gesamte Staatsapparat, die gesamte Propaganda unseres Landes, ohne die heiligen Begriffe „internationalistischer Auftrag“ und „Befehl der Heimat“ zu schonen, ganze 9 Jahre lang die Entscheidung der Vier zu rechtfertigen. Am Wesen der Sache änderte das nichts.

Entscheidend ist der Inhalt, und nötig ist eine Form, die diesem Inhalt entspricht und ihn nicht verdrängt. Notwendig ist eine verfassungsmäßige, gesetzlich reglementierte Ordnung, bei der klar ist, welche Entscheidungen in die Kompetenz welcher der drei Gewalten fallen: der Legislative, der Exekutive oder der Judikative. Und ebenso wichtig ist, wie diese Gewalten einander kontrollieren und was die Garantien dafür sind, daß lebenswichtige Entscheidungen nicht hinter dem Rücken der Gesellschaft getroffen werden.

Der in der Plattform verkündete Verzicht der KPdSU auf Art. 6 der Verfassung ist ein Markstein. Ein Schritt wurde getan von der Partei als Aushängeschild für eine informelle und deshalb willkürliche und verantwortungslose Macht hin zu einer Partei als einer politischen Organisation, wie sie es sein muß. Und das ist ein historischer Schritt von einem, wie es scheint, „Partei-staat“, von einem im Grunde autoritären konspirativen Staat, voller Geheimnisse vor dem eigenen Volk, hin zu einem Rechtsstaat, d. h. einem demokratischen Staat, einem Staat, der vor dem Volk für sein Handeln Rechenschaft ablegt.

Alexander Pumpjanski

Hohles Geld

Mechanismus und Wurzeln der Inflation

Dr. oec. habil.

Anatoli Matlin

Das wichtigste Rezept zur Bekämpfung der Inflation, das unsere Wirtschaftswissenschaft anzubieten hat, besteht im Übergang zur Marktwirtschaft und „freien“ Preisbildung. Gemeint ist damit die „Ingangsetzung des Marktmechanismus“, von dem die Wirtschaftswissenschaftler in letzter Zeit so viel reden.

Das sieht so aus, als müßte man nur einen Knopf drücken, und unser „Mechanismus“ setzt sich in Bewegung... ganz ohne Federn, Batterien und Akkumulatoren. Vorerst kann man jedoch getrost abwarten, da uns ja versprochen wurde, daß der Markt von selbst all unsere Probleme löst. Früher waren es die Koryphäen, nun ist es die unsichtbare Hand des Marktes... Damit entsteht der Eindruck völliger Wirklichkeitsfremdheit unserer Wirtschaftswissenschaft und vieler Leiter unterschiedlichster Ebenen. Das wahre Leben eines einfachen Sowjetbürgers, der bereit ist, Hunderte von Kilometern auf der Suche nach Wurst, Seife und anderen Teilen seines „notwendigen Produktes“ zu überwinden, sieht ganz anders aus.

Wir sind alle Kinder unserer Zeit, erzogen im Kult der Macht. Wir sehen das Offensichtliche nicht, glauben dafür das Unglaubliche.

Das Offensichtliche sind die leeren Ladentische in den Geschäften. Da aber (laut Statistik) immer mehr Waren produziert werden, läßt sich die entstandene Situation am besten mit „überhöhten“ und „nichterarbeiteten“ Geldeinnahmen der Bevölkerung erklären. Fragt man aber einen beliebigen Werktätigen, ob er tatsächlich Geld bekommt, das er nicht erarbeitet hat, bekommt man zweifellos eine abschlägige Antwort. Und jeder behält recht, da es sich um etwas Offensichtliches handelt, was tatsächlich unglaublich ist.

Betrachten wir die Tatsachen. 1985 betrug die Geldakkumulation in der Volkswirtschaft 54,3 % der Summe des produzierten Nationaleinkommens. 1988 wuchs dieser Anteil auf 59,1 %. Dementsprechend sank der Lohnfonds der in der materiellen Produktion Beschäftigten (vor dem Abzug der Steuern) von 45,7 % auf 40,9 %, d. h. die Norm des Mehrwertes wuchs von 119,1 % 1985 auf 144,5 % 1988! Diese Angaben zeugen eher davon, daß die Werktätigen einen beträchtlichen Teil des

von ihnen erarbeiteten Geldes nicht bekommen, und nicht vom Gegenteil.

Das Offensichtliche, das unsere Wirtschaftswissenschaftler nicht sehen wollen, besteht darin, daß jeder Rubel, der an die Bevölkerung bezahlt wird, einen immer größeren Arbeitsaufwand erfordert. Der Gehalt an Arbeit dieses Rubels wird nicht geringer, sondern steigt. Es zeugt nicht gerade von guten Manieren, diese Erscheinung als Inflation zu bezeichnen.

Mit welchem Prozeß wird diesmal die Wirtschaftswissenschaft konfrontiert? Der Staat zahlt in Wirklichkeit den Arbeitslohn in Papiergeld aus, das eigentlich nur Schuldscheine darstellt. Und der Staat sieht lediglich ein Problem, nämlich daß die Leute für diese Schuldscheine arbeiten. Er ist keineswegs daran interessiert, überflüssiges Geld aus dem Umlauf „abzupumpen“, auch wenn das von einigen Volksdeputierten lauthals gefordert wird.

Das ist seitens eines Staates, der sich sozialistisch nennt, unmoralisch. Hat doch schon Lenin geschrieben, daß „...die erhöhte Emission von Papiergeld die schlimmste Form einer Zwangsanleihe ist, daß sie die Lage vor allem gerade der Arbeiter, des ärmsten Teils der Bevölkerung verschlechtert...“ Diejenigen, die für Schuldscheine arbeiten, sind daran interessiert, daß der Staat seine Schulden bezahlt.

Teilweise erfolgt das durch den Verkauf von Waren und Dienstleistungen.

Bei uns wird jedoch die elementare Forderung eines beliebigen Wirtschaftssystems mißachtet, nämlich daß das Nationaleinkommen zunächst jenen zugute kommt, die es erarbeiten (notwendiges Produkt), und erst der Rest (Mehrprodukt) für andere Ziele verwendet wird. Bei uns ist es genau umgekehrt. Zuerst wird der Umfang für die Produktionsmittel und den Investitionsbau festgelegt, das Übrige wird der Produktion von Konsumgütern zugeführt.

Man möchte das Unglaubliche glauben, aber das klappt nicht. 1988 subventionierte der Staatshaushalt die Preisdifferenz bei Fleisch und Fleischprodukten mit 21,7 Md. Rubel, bei Milch und Milchprodukten mit 15,8 Md. Rubel. Diese Summe von 37,5 Md. Rubel stellt das 2,7fache des Gesamtwertes aller Grundfonds der fleisch- und milchverarbeitenden Industrie (Stand Anfang 1989) dar. Diese Subventionen gibt es seit 1965, aber in all den Jahren ist keinem der einfache Gedanke in den Sinn gekommen, daß es ökonomisch und politisch zweckmäßiger wäre, die Investitionsressourcen von der Schwerindustrie in die Lebensmittelindustrie umzuleiten.

Man kommt leicht dahinter, daß der Grund für die Inflation in der unrationalen Struktur der Wirtschaft besteht. Schon Adam Smith war der bestehende Unterschied zwischen Arbeitern, die Konsumgüter

produzieren, und solchen, die Produktionsmittel herstellen, bekannt. Die Erstgenannten produzieren ihr Einkommen und die Ware, die sie zur Abdeckung ihres Einkommens sowie zur Befriedigung der Nachfrage aller übrigen Mitglieder der Gesellschaft benötigen. Die Zweitgenannten produzieren ihr Einkommen, ihre Ware dagegen verursacht materielle Kosten oder vergrößert den Umfang der akkumulierten materiellen Werte.

In unserem Land wird der überwiegende Teil des Lohnfonds (unter Berücksichtigung des höheren Niveaus des Durchschnittslohns in der Schwerindustrie und beim Investitionsbau) für Ziele verwendet, die nicht unmittelbar mit der Produktion von Konsumgütern im Zusammenhang stehen. Der Umfang der Bautätigkeit wächst sogar noch schneller als der Produktionsumfang, der wiederum schneller wächst als der Umfang der hergestellten Waren und Dienstleistungen. Dadurch nähert sich der „Warenhunger“ (wie das bei uns seit den 30er Jahren genannt wird), also der Warenmangel, seiner „kritischen Masse“, d. h. einem Umfang, bei dem die geldmäßige Entlohnung der Arbeit ineffektiv und damit sinnlos wird.

Anfang 1989 beliefen sich die Reserven an Waren und anderen materiellen Beständen in der Volkswirtschaft auf 478 Md. Rubel, was den persönlichen Jahresverbrauch der Bevölkerung um 22 % übertrifft und das 2,5- bis 3fache des Produktionsbedarfs beträgt. Allein 1988 betrug der Zuwachs der materiellen Umlaufmittel und -reserven 63,9 Md. Rubel, was den gesamten Jahreszuwachs des Nationaleinkommens um das Doppelte übertraf. Wir haben also für die Warenlager gearbeitet! Der Jahresumfang der Investitionen übertraf die Inbetriebnahme von Grundfonds, d. h. der Umfang unvollendeter Baustellen hat um 25,7 Md. Rubel (nach den Preisen von 1973!) zugenommen. Das Staatliche Komitee für Statistik der UdSSR bezifferte die Verluste und unproduktiven Kosten 1988 mit über 50 Md. Rubel, allerdings „ohne Berücksichtigung der Verluste, die der Volkswirtschaft durch die Havarie des Kernkraftwerkes in Tschernobyl, die Erdbeben in der Armenischen und Tadshikischen SSR, den ausgetrockneten Karabogaz-Gol sowie andere Havarien und nicht durchdachte Beschlüsse entstanden sind“.

Also wurden in der „jenseitigen“ Wirtschaft für mindestens 140 Md. Rubel sinnlose und unnütze Erzeugnisse produziert. Das aber ist mehr als ein Fünftel des gesamten produzierten Nationaleinkommens! Hierfür wurden mindestens 25 bis 30 Md. Rubel Lohngehälter bezahlt.

Die Schlußfolgerung, die sich aus den angeführten Daten ziehen läßt, ist eindeutig: Beim Vorhandensein eines Defizits an Konsumgütern und einer „jenseitigen“ Wirtschaft ist eine typische Überproduktionskrise zu beobachten. Ohne die Überwindung dieser Krise und die Umleitung

der Ressourcen, in erster Linie der Arbeitskräfte, zur Produktion von Konsumgütern ist ein Ausgleich des Binnenmarktes nicht zu erreichen.

Damit sind wir zu den Quellen, zu den eigentlichen Gründen des Warenmangels vorgedrungen, aber noch nicht zu den Wurzeln der Inflation, weil noch die unverständlichen Bestrebungen übrigbleiben, diese offensichtlichen Dinge zu vertuschen. Es geht dabei weniger um den subjektiven Wunsch, „Haltet den Dieb!“ zu schreien und „Etwas“ für die Zahlung von „nicht erarbeiteten“ Geldern an die Werktätigen verantwortlich zu machen. Die praktischen Empfehlungen widersprechen allen weltweiten Erfahrungen bei der Überwindung von Wirtschaftskrisen: Die Erhöhung von Preisen und die Verstärkung von Steuerlasten können die Krise nur verschärfen. Mehr noch, die Wirtschaftskrise ufer auf diesem Weg unweigerlich in eine soziale und politische aus.

Damit wird eine natürliche Frage aufgeworfen: Kann man eine solche Entwicklung der Ereignisse als zufällig, als Ergebnis der Handlungen inkompetenter Personen betrachten? Oder gibt es Gründe, daß die Leitung der Wirtschaft der Inkompetenz bedarf?

Wenn man folgerichtig den Standpunkt bezieht, daß wir dringend die Landwirtschaft und jene Industriezweige, die Konsumgüter produzieren, sowie den Dienstleistungsbereich entwickeln müssen, dann kommt man früher oder später unweigerlich zu dem Schluß, daß Veränderungen im Wirtschaftsmechanismus hier nicht ausreichend sind. Gebrauch werden außerdem zusätzliche materielle, finanzielle und Arbeitskräfte-ressourcen.

Wo soll man sie aber hernehmen, wenn alle Ressourcen bereits in die Volkswirtschaft investiert wurden? Offensichtlich geht das nur durch eine Überleitung dieser Ressourcen aus der Schwerindustrie und dem Bauwesen. Sobald die Rede darauf kommt, heißt es sofort, wir dürften nicht „die wirtschaftliche Entwicklung des Landes bremsen“. Als ob die wirtschaftliche Entwicklung des Landes und die Entwicklung der extraktiven Industrie ein und dasselbe wären!

Die tiefste Wurzel der Inflation besteht gerade darin, daß die Grundlage der ganzen „ökonomischen Ideologie“ des Machtapparates in der Vorstellung von Industriegiganten als Basis der wirtschaftlichen Entwicklung und von der dort beschäftigten Arbeiterklasse als politische Basis des Staates besteht. Deshalb wird das administrative Kommandosystem niemals eine Änderung der Wirtschaftsstruktur zulassen. Deshalb ist es jetzt noch zu früh, auf einen vernünftigen Ausweg aus der gegenwärtigen Lage zu hoffen. Der zweite Kongreß der Volksdeputierten hat gezeigt, daß die hierfür erforderlichen politischen Voraussetzungen noch nicht herangereift sind.



VERKAUßSSALON DER GENOSSENSCHAFT „KLASSIKER“

* * *

Gegenwartsmalerei.

Hyperrealismus.

Neoromantismus.

Surrealismus.

Neo-

Expressionismus.

Neo-

Impressionismus.

Neoklassizismus.

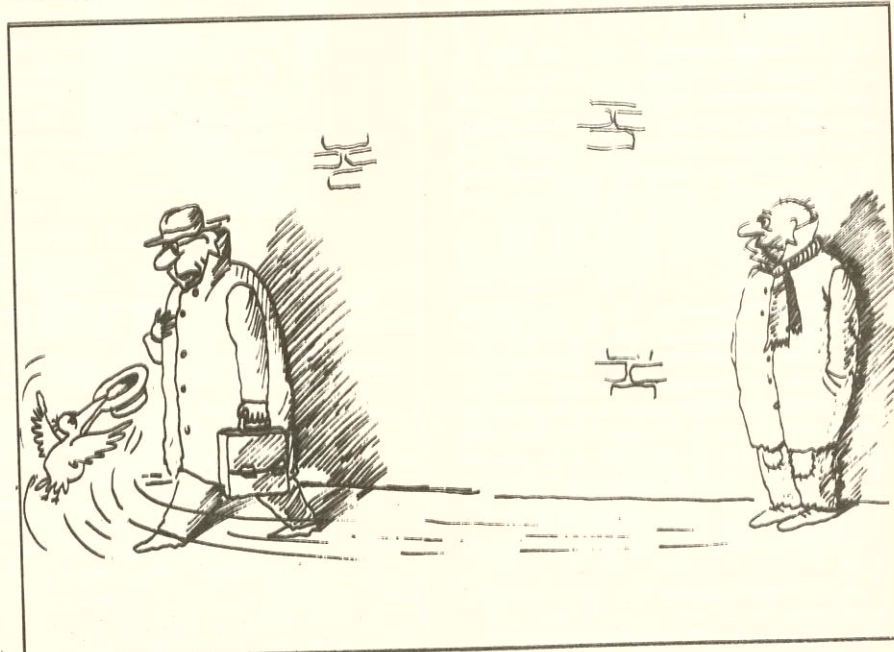
Traditioneller

Realismus.

* * *

Verkauf gegen
frei konvertierbare
Währung.

UdSSR, Moskau,
Ul. Gorkogo 3,
Hotel „Intourist“,
Parterre.
Telefon: 203 13 45



Zeichnung: Viktor Bogorad

Warum reisen wir aus?

Es ist schon etwas Alltägliches geworden, daß jeden Tag Hunderte, ja Tausende von Menschen mein Land, unser Land verlassen.

Wer sind sie? Verräter, Abtrünnige, Feiglinge? Diese Wertungen sind inzwischen überholt. Juden, Deutsche, Armenier? Aber in den Warteschlangen vor den Botschaften hört man immer häufiger das Eingeständnis: „Ich bin ein Halbblut.“ Ärzte, Physiker, Spekulanten? Nein, es sind nicht nur Intellektuelle und Mitarbeiter des Handels, sondern auch Kraftfahrer, Bauarbeiter und Bauern. Eine genaue Statistik ist nicht bekannt, jedoch wächst die Liste der Berufe, Nationalitäten und Altersgruppen in den Registrierbüchern.

Wir verschließen gewöhnlich vor allem, was uns nicht paßt, die Augen. Wenn uns an uns selbst etwas nicht gefällt, dann ist das bestimmt etwas Schlechtes, etwas Übles. Und der Teufel nahm die verschiedenste Gestalt an: „Muttermale des Kapitalismus“, „Umtriebe der Imperialisten“, „Feindliche Propaganda“ usw. Das traditionelle stumpfe Mißtrauen gegenüber Andersstämmigen in Kombination mit Klassenhaß benebelte die Gesellschaft mit Ideen der Ausschließlichkeit, und wir verloren das Gefühl der Zugehörigkeit zur Welt. Wir vergaßen Dostojewskis Worte: „Ein richtiger Russe, ein vollwertiger Russe sein, bedeutet, ein Bruder aller Menschen, ein **Allmensch**, wenn man so will, sein.“ Wir verschlossen uns vor der Welt der Menschen, indem wir ewige Freundschaft mit den „progressiven Kräften der Menschheit“ schworen, deren Liste allerdings mit unverantwortlicher Leichtigkeit alle fünf bis sechs Jahre aus irgendwelchen Gründen geändert wurde.

Eifrig suchten wir auch nach fremden Elementen unter uns selbst. Soziale Herkunft, verwandtschaftliche Beziehungen, Nationalität, Konfession – all das wurde in Frage gestellt und erprobt, um einen Menschen als unloyal einzustufen.

Wir sind in den 70 Jahren unserer Geschichte anders geworden, und es wäre zwecklos zu streiten, was dabei die größere Rolle gespielt hat. Das Paradoxon der „entwickelten sozialistischen Gesellschaft als Etappe, da der Sozialismus sich auf seiner eigenen Grundlage entwickelt“, bestand darin, daß diese Formel tatsächlich die objektive Realität widerspiegelte. Mitte der 70er Jahre war bereits offensichtlich, daß die in den Jahren der Sowjetmacht eingepfropfte Exklusivität uns von der übrigen Welt unterscheidet.

Das Scheitern in den 80er Jahren war ein Schock für unsere Gesellschaft. Frühere My-

then brachen zusammen, und uns überlief ein Schauer, als wir einen ehrlichen Blick in den Spiegel warfen. Diese Ernüchterung ließ aber wieder den Menschen in uns erwachen. Wir entdeckten für uns wieder die Welt, und uns wurde die Verbundenheit mit ihr erneut bewußt. Wir sind solche wie alle, und uns alle auf der Erde quälen dieselben Probleme. Jeder von uns denkt früher oder später über dieselbe einfache und ewige Frage nach, warum er lebt und worin der Sinn des Lebens besteht.

Deshalb ist wahrscheinlich die anfängliche Frage „Wer sind die, die wegfahren?“ nicht richtig formuliert. Wäre es nicht an der Zeit zu fragen: „**Warum** fahren wir fort?“

In den Warteschlangen vor den Botschaften in Moskau werden Tausende von Gründen genannt, die die Leute veranlaßt haben, ihre Ausreise zu beantragen. Soziologische Untersuchungen werden entweder nicht durchgeführt oder ihre Resultate sind unbekannt. Die prinzipielle Antwort wird jedoch bei niemandem Zweifel auslösen: Wir reisen aus, weil wir in diesem Land nicht menschenwürdig leben können. Die konkreten Gründe sind sehr verschieden: von Morddrohungen bis hin zu Unzufriedenheit mit den eigenen materiellen Verhältnissen.

Wir reisen aus, weil wir es satt haben, wer weiß was zu bauen, um dann das Gebaute wieder umzubauen. Wir wollen einfach leben und arbeiten, arbeiten und leben.

Ich habe den Ausreisenden nichts vorzuwerfen. Aber mir tut es dennoch weh, daß ein Teil von mir wegfährt, der für sich in meinem, in unserem Land keinen Platz für sich gefunden hat. Zurück bleiben nicht die Schlechtesten, keinesfalls, auch keine Schlafmützen. Es bleiben jene, die noch glauben. Die einen glauben, daß es bei uns besser wird, andere meinen, „dort“ sei es auch nicht besser. Wieder andere glauben an ihre eigene Kraft und ihren Erfolg in diesem Land.

In meiner Wohnung stehen keine gepackten Koffer, auf meinem Schreibtisch liegen keine Fragebögen aus einer Botschaft. Abends dagegen, wenn die Dämmerung über Moskau hereinbricht, schleicht sich eine düstere Unruhe in mein Zimmer. Wo sind meine emigrierten Freunde? Wo sind die vielen anderen, deren Namen ich nicht kenne? Sie sind nicht gestorben und auch nicht verschwunden. Sie sind nach wie vor ein Teil der Menschheit, sie sind nach wie vor ein Teil von mir, sie sind Menschen wie ich. Aber warum sind wir dann nicht zusammen?

Diejenigen, die emigrieren, sind ein Teil von mir, der in meinem Land keinen Platz für sich gefunden hat



Michail Koshokin

Ohne Achtung für eine fremde Kultur, für die Persönlichkeit wird aus einer Bevölkerung kein Volk. In Kanada versteht man das

Gemeinde der Gemeinden

Der junge Musikant hielt eine große Bandura in den Händen. Zärtlich berührte er die Saiten, deren Musik Solshenizyn seinerzeit treffend als „gläserne und traurige Bandura-Klänge“ geschildert hatte.

Passanten, die sich in dieser Geschäftsstraße von Ottawa befanden, blieben vor dem Musikanten stehen, hörten sich eine traurige Weise an, lasen die Worte auf einem Stück Pappe: „Ich spiele Bandura, ein traditionelles ukrainisches Instrument. Sie hat 55 Saiten. Vom Erspielten lebe ich. Danke.“ Man las aufmerksam, einige, die schon eine Münze in den Teller geworfen hatten, griffen, nachdem sie das gelesen hatten, noch einmal in die Tasche. Der Respekt vor einer fremden Kultur ist in Kanada weit verbreitet.

Das empfand ich auch bei einem Gespräch mit dem Vorsitzenden der islamischen Gemeinde Azhar Ali Khan. Hochgewachsen, hager, mit einem etwas länglichen braunen Gesicht, strahlte er Sanftmut und innere Wärme aus.

Die erste Frage, die man in Amerika zu hören bekomme, sagt er mir, sei, wie einem die Vereinigten Staaten gefielen. In Kanada hingegen aber frage man einen danach, wer man sei, woher man komme, wie es im eigenen Land zugehe. Khan weiß, wovon er spricht. Er stammt aus Pakistan, ging in die USA, um an der Universität Michigan zu studieren; kehrte wieder heim und war bei der

Anfang s. NZ 2,4/90



Ein Kindergarten als Gemeinde der Gemeinden in Miniatur

Presse tätig. Als er jedoch sah, daß seine Zeitung immer mehr von der Regierung kontrolliert wurde, entschloß er sich zur Emigration. Er zog jedoch Kanada vor, weil er, wie er sagt, nicht im Riesenkessel Amerika in einen lauten amerikanischen Hurrapatrioten umgeformt werden wollte. Sein Wunsch war, nicht in einer Großmacht zu leben, die jeden Einwohner nach ihrem Ebenbild modelliert, sondern in einem Land, das eine tolerante Atmosphäre der Koexistenz von vielen Kulturen hat und in dem man die Kinder entsprechend eigenen Vorstellungen erziehen kann.

Khan ist nun seit einem Vierteljahrhundert in Kanada. Er hatte in Pakistan geheiratet, aber die Kinder wurden hier geboren. Ich frage ihn, ob sich die Kinder als Pakistani oder Kanadier fühlten.

„Sicherlich als Kanadier“, bekomme ich zur Antwort. „Allerdings Moslems. Übrigens assoziieren sich Menschen wie ich, die zum ständigen Wohnen hergekommen sind, mehr mit Kanada als mit ihrer einstigen Heimat.“

Seine Gemeinde, setzt mein Gesprächspartner fort, unterscheide sich von anderen dadurch, daß ihr Menschen aus vielen Ländern angehören: aus Jugoslawien und Albanien, der Türkei und Großbritannien, Frankreich, den USA, Libanon, Syrien, Indien und Pakistan, aus Südafrika, Trinidad und Tobago. Viele von den Libanesen und Syriern seien um die Jahrhundertwende hergekommen, oft als Krämer, als Besitzer von Obst- und Gemüseläden. Dagegen seien die Einwanderer aus Großbritannien oder Pakistan meist gebildete Leute, haben oft einen erlernten Beruf. Kurz, zur kanadischen islamischen Gemeinde gehörten verschiedene Menschen, jeder könne jedoch mit ihrer Unterstützung rechnen. Auch die Kanadier selbst seien bemüht gewesen, das Sich-Einleben zu erleichtern: Schließlich sei Kanada ein Land von Immigranten.

Ich frage weiter, ob die Bundesregierung die Gemeinden, auch die der Moslems, in irgendeiner Weise beeinflusse.

„Im Grunde nicht. Das heißt, nicht direkt“, antwortet Khan. „Aber sowohl die Bundesregierung als auch die Regierungen der Provinzen halten sich an eine multikulturelle Politik. Sie zielt darauf ab, den Kanadiern verschiedener Herkunft das Bewahren ihres geistigen Erbes und die gegenseitige Bereicherung um geistige Werte zu ermöglichen. Selbstredend beteiligen sich auch die Mitglieder unserer Gemeinde daran. Die Behörden aber sind bemüht, jede Aufdringlichkeit zu vermeiden, erst recht, wenn es sich um das private Leben der Menschen handelt.“

Was unternehmen die Regierungorgane in diesem Bereich konkret? Subventionen, Beihilfen? Wie geht namentlich das Ministerium für nationale Kulturen vor?

„In Kanada ist die Kirche vom Staat getrennt,

deshalb subventioniert die Regierung religiöse Vorhaben nicht. Dagegen bewilligen die Behörden sowohl auf Bundes- als auch auf Provinzebene Gelder, die der Entwicklung der Kultur, der gegenseitigen geistigen Bereicherung und dem Sprachunterricht dienen. Beispiele? Der Austausch von Jugendlichen zwischen Ottawa und Vancouver an der Pazifikküste, verschiedene gesamtstaatliche Konferenzen und andere Aktionen mit dem Ziel, sich Werte der anderen Völkerschaften zu eigen zu machen. Ein weiteres Beispiel. Nehmen wir an, Sie haben beschlossen, eine Schule mit dem Unterricht in Hindi oder Arabisch

bzw. einen Lehrstuhl für diese Sprachen an einer Hochschule zu eröffnen. In diesem Fall streckt Ihnen die Regierung das sogenannte Seed money („Saatgeld“) für die Anfangsinvestitionen vor. Wenn Sie Bücher, besonders religiöse Bücher, herauszugeben beabsichtigen, müssen Sie in erster Linie mit der Unterstützung der Gemeinde rechnen, obwohl die Regierung manchmal auch in diesem Fall hilft. Wenn Sie eine Konferenz einberufen, bezahlen die Bundesbehörden den Herflug eines Redners aus jeder kanadischen Stadt, weil das den Zielen der multikulturellen Politik entspricht und zur gegenseitigen Bereicherung der Gemeinden konkret beiträgt.

Ob ich Herrn Khan richtig verstehe? Er bekomme also niemals zu spüren, daß er nicht in Kanada geboren wurde?

„Im Gegenteil, ich empfinde das auf Schritt und Tritt“, antwortet er. „Erstens ist das Klima ungewohnt. Zweitens gibt es hier doch rassistische Stimmungen. Gegenwärtig entbrennt ein Streit z. B. über das Recht in der Polizei angestellter Sikhs, ihren traditionellen Turban zu tragen. Natürlich paßt diese Kopfbedeckung wenig zur Polizeiform, aber ein Sikh muß ihn ständig tragen.“

Tatsächlich wurden im Zuge dieser recht heftigen Diskussion manchmal auch rassistisch angehauchte Argumente ins Feld geführt, obwohl ein Gesetz die Propaganda von Rassenhaß verbietet. Ich frage meinen Gesprächspartner nach seiner Meinung darüber, ob solche Stimmungen in Kanada im Vergleich zu anderen Ländern, die er bereist hat, mehr oder weniger verbreitet seien.

„Hier, in einem Land der Einwanderer, das zudem nie Kolonien besaß, sind sie natürlich seltener, aber doch präsent. Rassismus tritt manchmal bei der Einstellung von Menschen mit dunkler Hautfarbe oder

von Immigranten aus Asien, bei dienstlicher Beförderung und in anderen Situationen zutage. So waren viele Klubs vor einigen Jahrzehnten für Juden geschlossen. Aber alles in allem hat der Kurs auf gegenseitige Toleranz bewirkt, daß der Rassismus hier weniger als in jedem anderen mir bekannten Land zu spüren ist. In einigen arabischen Staaten gelten Arbeiter aus asiatischen Ländern als Menschen zweiter Sorte. In Israel bestehen merkliche Spannungen zwischen Juden, die aus Osteuropa kommen, und solchen aus Jemen oder Marokko. In Indien sind die Beziehungen zwischen Hindus und Sikhs wegen religiö-

tige Verständigung und Achtung. Warum sollte das schlecht sein?“

Mir lag es fern, diese Meinung zu bestreiten. Noch weniger wollte ich den freundlichen Mann mit meiner Nachricht betrüben, daß sich die Beziehungen zwischen den einzelnen Nationalitäten in unserem Land bei weitem nicht immer in der erwünschten Richtung entwickeln. Wer weiß, vielleicht sind sie morgen oder wenigstens übermorgen besser? Schließlich fehlt es auch in dem in dieser Hinsicht relativ gut stehenden Kanada nicht an Reibungen. Das bekommen nicht nur Farbige, sondern manchmal auch hundertprozentige Angelsachsen zu spüren. Der namhafte Verleger Clark Davie erzählte mir von einer Situation, in die er einmal geriet:

„In Montreal waren meine Frau und ich einmal bei einem Großgrundbesitzer und zugleich generösen Mäzen zum Essen eingeladen. Etwa 20 Menschen waren dabei, wir saßen an drei verschiedenen Tischen. Gegen Ende des Abends sagte unser Gastgeber meiner Frau, die neben ihm saß, völlig ernst und in gekränktem Ton: „Im Verlauf des ganzen Abends haben Sie kein einziges Wort auf französisch gesagt.“ Das spielte sich übrigens in Quebec ab, das

Gespräch während des Essens war mehr oder minder zweisprachig. Nun aber erlaubte sich der Gastgeber, der in Art und Aussehen eher wie ein Englischsprechender wirkte, noch einige scharfe Worte. Da ich an einem anderen Tisch saß, konnte ich meiner Frau nicht zu Hilfe kommen. Zum Glück verstand es jemand, die peinliche Situation durch einen Scherz zu entschärfen. Selbstverständlich werden wir nie mehr eine Einladung von diesem Mann annehmen, obwohl wir seit langem Geschäftsbeziehungen zu ihm unterhalten. Ich kann mich daran erinnern, daß an jenem Abend viel vom Sprachproblem in Kanada gesprochen wurde, offenbar hatte ihn das aus dem Gleichgewicht gebracht. Da reagierte er sich an meiner armen Frau ab, die nicht französisch spricht.“

Als ich nach dieser Unterhaltung mit Clark Davie durch die Diensträume ging, fiel mir auf, daß ein Bote, der irgendwelche Papiere den Angestellten brachte, das war, was man gemeinhin debil nennt. Er mochte die Downsche Krankheit oder eine andere Form der psychophysischen Störung haben. Ich erkannte diesen Menschen wieder: In meinem Haus in Moskau lebt auch so einer. Der leere Gesichtsausdruck und das, wie

uns scheint, unberechenbare Verhalten lassen die Eltern ihre Kinder vor so einem Kranken hüten und auch sonst Gefahren wittern, sobald er seinen Ausgang verläßt. Offenbar macht diese Krankheit Menschen selbst auf verschiedenen Kontinenten einander ähnlich.

Diesmal fiel mir etwas anderes auf. Die Anwesenden beachteten den Boten nicht weiter. Wie ich erfuhr, beschäftigt der Verlag vier solche Kranke und zahlt ihnen die Hälfte ihres Gehalts. Für die andere Hälfte kommt die Regierung auf. Man sagte mir später, daß Firmen und Betriebe in Kanada gewöhnlich eine feste Zahl von Stellen für Invaliden haben, darunter auch für solche wie den erwähnten Boten. Wäre es nicht möglich, daß das normale, wohlwollende Verhalten zu diesen Menschen der Krankheit ein paar Chancen nimmt oder sogar Einhalt gebietet?

Daran dachte ich, als ich mir sagen ließ, daß in Kanada viel unternommen wird, um auch Schwachsinnige, geistig Zurückgebliebene oder Oligophrene zu sozialisieren. In einigen Schulen lernt in den Grundklassen unter den gesunden auch so ein vom Schicksal heimgesuchtes Kind.

Computerstunde in einer Schule in Ottawa. Von anderen Mädchen umgeben, saß eine Schülerin mit einem gleichsam verwischten Gesicht vor dem Display. Ihre ungelungen Finger bewegten sich langsam von Taste zu Taste. Aber der Schwarm der Freundinnen um sie erklärte ihr um die Wette, wie man diese Elektronik handhabt. Keine Spur von Gereiztheit und Ungeduld, ja nicht einmal das Von-Oben-Herab eines Köpfchens gegenüber einem Tölpel, eines Aufgeweckten gegenüber einem geistig Zurückgebliebenen. Und das unter siebent- bis achtjährigen Kindern! Ich sah, wie sich die kleinen Lehrerinnen freuten, wenn sie ihre schwierige Schülerin wenigstens um

einen kleinen Schritt voranbringen konnten. Diese ihrerseits gab sich dankbar die größte Mühe und eignete sich etwas an, was für sie ungeheuer kompliziert war, aber auch sie freute sich, wenn sie ihren so sorgsam Klassenkameradinnen folgen konnte.

Woher rühren die Kraft und Zielstrebigkeit der Mädchen? Das war mir ein Rätsel, bis eine von ihnen mir sagte: „Ich bin so glücklich, daß ich ihr helfen kann.“ Sie ist glücklich. Wer aber hatte ihr beigebracht, daß man glücklich ist, wenn man einem anderen seine Leiden erleichtert? Die Mutter? Der Vater? Die Kirche? Oder die ganze umgebende Atmosphäre?

In einem anderen Klassenraum war gerade Sportstunde. Auch unter den kleinen Basketballern gab es einen, von dessen Gesicht man sich am liebsten abgewandt hätte: ein beinahe sinnleerer Blick der kleinen rötlichen, lidlosen Augen, ein Gesicht wie ein Fladen, eckige abstehende Ohren, ein ständig offener Mund. Seine Bewegungen waren erschwert und schlecht koordiniert. Aber immer wieder warfen die Partner ihm den Ball so zu, daß er ihn leicht fangen konnte. Sie suchten ihrem unglücklichen Altersgenossen gleichsam zu suggerieren: Auch er könne alles ebenso gut wie die anderen. Zuerst habe er den Ball nicht gefangen, jetzt aber sei es ihm dreimal hintereinander gelungen. So richtete er sich, ähnlich wie das kleine Mädchen vor dem Display, innerlich auf und entdeckte neue Möglichkeiten in sich.

Auf meine unumwundene Frage: „Magst du ihn?“ antwortete ein Kamerad des kleinen Krüppels ebenso direkt:

„Ja.“

„Warum?“

„Weil er mir als Mensch imponiert.“

Erstaunlich! Der Junge sagte ja nicht etwa, daß sein Kamerad ein ganzer Kerl

oder ein guter Kumpel sei. Nein, der imponiert ihm als Mensch. Folglich hat dieser kleine Pädagoge durch die unheimliche, eher abschreckende Hülle hindurch im kleinen Leidenden eine Persönlichkeit erkannt. Ist das jenes Geheimnis, das verblüffend viel Barmherzigkeit gegenüber einer „Gemeinde“ üben läßt, die vom Schicksal wohl am schwersten heimgesucht wurde? Eine Gemeinde der Gemeinden, wie Kanada manchmal genannt wird, setzt voraus, daß alle Bevölkerungsgruppen zur großen Familie gehören.

Ein Ehepaar aus Kanada erzählte mir folgende kleine Geschichte aus ihrem Familienleben. Ihr Sohn stand kurz vor seinem achten Geburtstag. Wen ladet man ein? So etwas wird hier im voraus durchdacht. Unter seinen Klassenkameraden gab es einen kleinen Neger. Ein Junge wie jeder andere auch, nur daß es ihm partout nicht gelang, seine Schnürsenkel ordentlich zu binden. Andere Jungen zogen ihn deshalb sogar auf. Das künftige Geburtstagskind zählte seine potentiellen Gäste auf und kam schließlich zu seinem dunkelhäutigen Freund: „Ich möchte noch Johnny einladen.“ „Was für einen Johnny?“ fragte der Vater nicht ohne Hintergedanken. „Du mußt ihn kennen“, suchte der Sohn sich verständlich zu machen, „das ist der, wo niemals seine Schnürsenkel richtig zukriegt.“ Der Vater nickte zustimmend, im stillen feierte er einen Sieg, denn sein Sohn sagte nicht etwa: „Na, der Schwarze eben“, sondern hatte eine andere Eigenschaft ausgesondert, die den schwarzen Jungen für ihn weit mehr von den anderen Altersgenossen abhob. Also wird sein Sohn nicht zu einem Rassisten aufwachsen, nicht zu einem, der alle, die ihm nicht ähnlich sind, unangenehm und verdächtig findet.

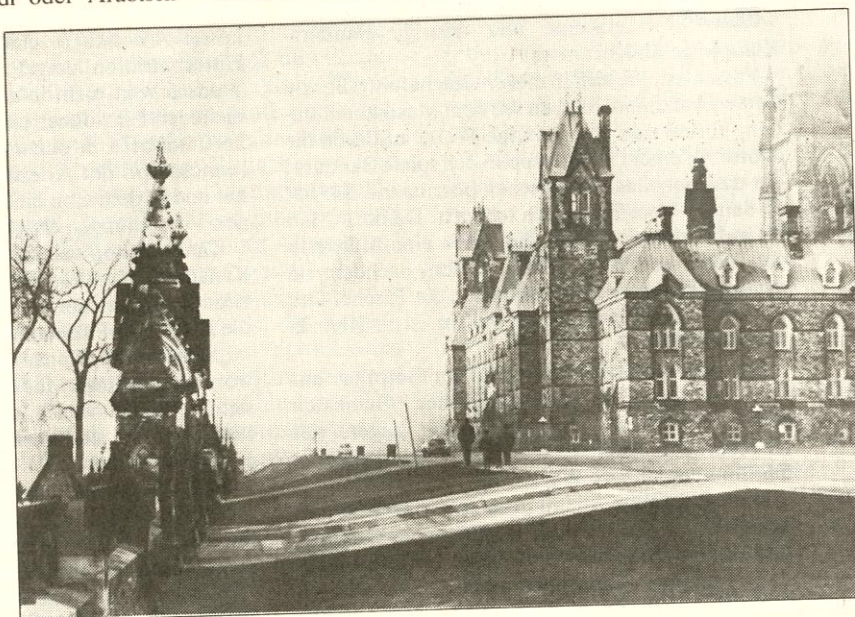
Ich mußte wieder daran denken, als ich vor kurzem im sowjetischen Fernsehen eine Schule in Nagorny Karabach sah. Ein unscheinbares Haus, wie man es überall antrifft. Innen aber sah es verheerend aus. Durch eine verschlossene und obendrein mit Brettern zugenagelte Tür geteilt, hatte das Haus zwei Eingänge: einen für die armenischen und einen für die aserbaidshaischen Kinder. Kommunizierende Röhren, die durchtrennt sind. Die undurchdringliche Holzwand wirkte wie eine Staatsgrenze.

Früher lernten und lebten die Schüler gemeinsam. Heute befehlen sich die Armenier und die Aserbaidshaner. Das ist unser Heute. Unser Morgen sind aber die Kinder von heute. Die undurchdringliche Wand zwischen ihnen kann morgen noch mehr Entfremdung hervorbringen.

Müssen wir immer erst auf die Nase fallen, ehe wir gewitzt sind? Können wir nicht um uns blicken und von Nachbarn auf unserem Planeten gute Erfahrungen übernehmen?

Wladimir Shitomirski
OTTAWA – MOSKAU

Fotos des Verfassers



Das kanadische Parlament, die Legislative des Landes



An einem freien Tag veranstalten Studenten einen improvisierten Flohmarkt direkt an den Uni-Mauern

Der provokante Deputierte

Episoden aus dem Leben des russischen Parlamentariers, Gewerkschaftsfunktionärs und Agenten der Geheimen Staatspolizei Roman Malinowski, der zu sagen pflegte, nur Arbeiter könnten konsequent die Interessen des Proletariats vertreten, und um der „Klasseninteressen“ willen die demokratische Bewegung zu spalten trachtete

Im Januar 1914 kam ein von der bolschewistischen Partei beauftragter Emissär nach Paris. Unter anderem besuchte er auch den im revolutionären Milieu gut bekannten russischen Emigranten Wladimir Burzew. Dieser war auf Verhinderung von Provokationen und die Enttarnung von in russische Oppositionsparteien eingeschleusten Agenten der Geheimen Staatspolizei Ochrana „spezialisiert“. Sein aufsehenerregendster Fall war die Enttarnung des berüchtigten Agent provocateur Asef, eines führenden Funktionärs der Sozialrevolutionäre.

Burzew teilte dem Emissär mit, daß er von der Existenz eines Geheimagenten in der Führung der bolschewistischen Partei wisse, und schlug ihm seine Mitwirkung bei dessen Enttarnung vor. Wider Erwarten nahm die Partei die Suche nach dem Verräter nicht auf. Burzews Informationen wurden ignoriert.

Der Mann, den Burzew verdächtigte, war eine Vertrauensperson mit verantwortlichen Funktionen in der bolschewistischen Partei. Er hieß Jakow Shitomirski. Später wurden seine Kontakte zur Geheimpolizei unwiderlegbar nachgewiesen.

Der Mann, dem Burzew seine Informationen anbot, war Mitglied des ZK der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands, Vorsitzender der bolschewistischen Duma-Fraktion, hieß Roman Malinowski und war ebenfalls Ochrana-Agent.

Stolz der Partei

Auch die sichtbaren Seiten im Leben Malinowskis bis 1910 sind erstaunlich, weil sie dem klassischen Grundsatz, nach dem ein Bolschewik ein unbestechlicher Mensch mit reinem Gewissen und sauberen Händen zu sein hatte, so gar nicht entsprachen. Er hatte allein vier Vorstrafen wegen krimineller Delikte, drei davon Einbruchsdiebstähle. Warum war die Führung der Sozialdemokratischen Partei dann an dieser keineswegs lupenreinen Persönlichkeit so interessiert? Und zwar so, daß Malinowski angeboten wurde, in die SDAPR einzutreten, um in nächster Zeit ins ZK kooptiert zu werden? Für eine Partei, deren ganze Führung immer aus Berufsrevolutionären bestand, war dieses Angebot höchst ungewöhnlich.

Vermutlich war es Malinowskis gesellschaftliche Stellung, die ihn für die Führung der Bolschewiki so interessant machte. Nach seinem Dienst während des russisch-japanischen Krieges im Garderegiment Ismailowo wurde er Arbeiter in einer Petersburger Fabrik. Hier zeigte sich plötzlich, daß Malinowski für die Rolle eines Gewerkschaftsführers wie geschaffen war. Ein hervorragender Redner und befähigter Organisator der Arbeiterbewegung... Kurzum, wenig später avancierte er zum Rayonsekretär des Metallarbeiter-

verbands und danach zum Sekretär seines gesamt-russischen Vorstands. Somit hatte die sozialdemokratische Führung einen der bekanntesten Gewerkschafter Rußlands in die Partei aufgenommen, einen Mann, der sich unter Industriearbeitern Ansehen erworben hatte und erheblichen Einfluß auf sie ausüben konnte.

Im April 1910 wurde Malinowski offiziell angeboten, in die SDAPR einzutreten, und am 5. Juli lieferte er der Ochrana bereits erste Informationen über die Sozialdemokraten. Ein so schneller Verrat war nichts Außergewöhnliches in seinem Werdegang. Er war schon vor dem Armeedienst ein Denunziant. Im Ismailowo-Regiment setzte er diese wenig ehrenvolle Tätigkeit fort, und zwar nicht wegen des schnöden Mammons, sondern um von seinen Vorgesetzten Vergünstigungen für sich herauszuschlagen. Kein Wunder also, daß schon der erste Versuch der Ochrana, einen neugeborenen Führer der Moskauer Organisation der SDAPR anzuwerben, von Erfolg gekrönt war. Zu

seinem vollen Einverständnis trug bei, daß man ihm diesmal vorschlug, bezahlter Agent mit einem Sold von 100 Rubel monatlich bei einer Sonderzulage für jede einzelne Operation zu werden.

„Er verfügte über herausragende Fähigkeiten, große Kühnheit und Redetalent, das seine Zuhörer in den Bann schlug“, äußerte sich der ehemalige Chef des Polizeidepartements Stepan Belezki über Malinowski. „Angesichts dieser Begabungen wurde

Malinowski unter der erfahrenen Anleitung der Sicherheitschefs Sawersin, Martynow und Rittmeister Iwanow zu einer großen Figur in der Moskauer sozialdemokratischen Parteiorganisation aufgebaut. Er war ihr Stolz, und das war für die Moskauer Ochrana und das Polizeidepartement von großer Wichtigkeit.“ Auch die Polizei durfte stolz sein auf ihren Agenten. Von 1910 bis 1911 half er, mehrere Parteizellen in Moskau zu zerschlagen und die Gründung einer solchen Zelle in Tula zu vereiteln.

Das war noch nicht die Haupttätigkeit des Agenten Malinowski. Die Ochrana war vor allem an Informationen über die Lage in der SDAPR-Führung und an ihren Plänen für die nächste Zukunft interessiert. Bis 1912 lieferte Malinowski seinen Auftraggebern 57 Dienstberichte, sprich Denunziationen über die Tätigkeit der Sozialdemokraten. Eben dieser Verdienste wegen steigerte sich sein Sold innerhalb von zwei Jahren auf 700 Rubel im Monat und lag damit 200 Rubel über dem Gehalt eines Gouverneurs. Die Sprengung von Parteizellen, seine Mitarbeit bei der Verhaftung von Revolutionären im Untergrund und ähnliches wurden jeweils mit 20 bis 25 Rubeln zusätzlich abgerechnet.

Wie man in die Staatsduma gelangt

So richtig stolz wurde die Ochrana auf ihren Agenten erst, als er ihr mitteilte, daß die Führung

der SDAPR ihm vorgeschlagen hatte, als Vertreter der Arbeiterschaft für die 4. Staatsduma zu kandidieren. Um die für die Wahlen erforderlichen 6 Monate Zugehörigkeit zu dieser Klasse vorweisen zu können, wurde Malinowski Fabrikarbeiter in Moskau. Hier kam er jedoch mit seinen Klassengenossen nicht so recht zurande. Entlassung drohte. Um die erforderliche Zeit trotzdem nachweisen zu können und um sich zu retten, bestach der Staatsduma-Delegierte in spe den Rechnungsführer, und der ließ ihn für die restliche Zeit seinen Urlaub nehmen.

Erwähnenswert ist, daß es bei der Polizei durchaus ernsthafte Bedenken gab, ob Malinowski überhaupt das Recht hätte, Anspruch auf den Sessel eines Parlamentariers zu erheben. Nach dem Gesetz hätte er aufgrund seiner Vorstrafen niemals Duma-Mitglied werden dürfen. Man zweifelte auch, ob man überhaupt das Recht hatte, einen Agenten als Parlamentarier zu unterhalten. Die Frage wurde auf der Ebene des Innenministers entschieden. Die Gewissenhaftigkeit wurde für eine Weile suspendiert, und Malinowski erhielt grünes Licht. Die Wahlen verliefen glatt, und bald darauf hatte die Polizei ihren Mann in der sozialdemokratischen Fraktion der Staatsduma.

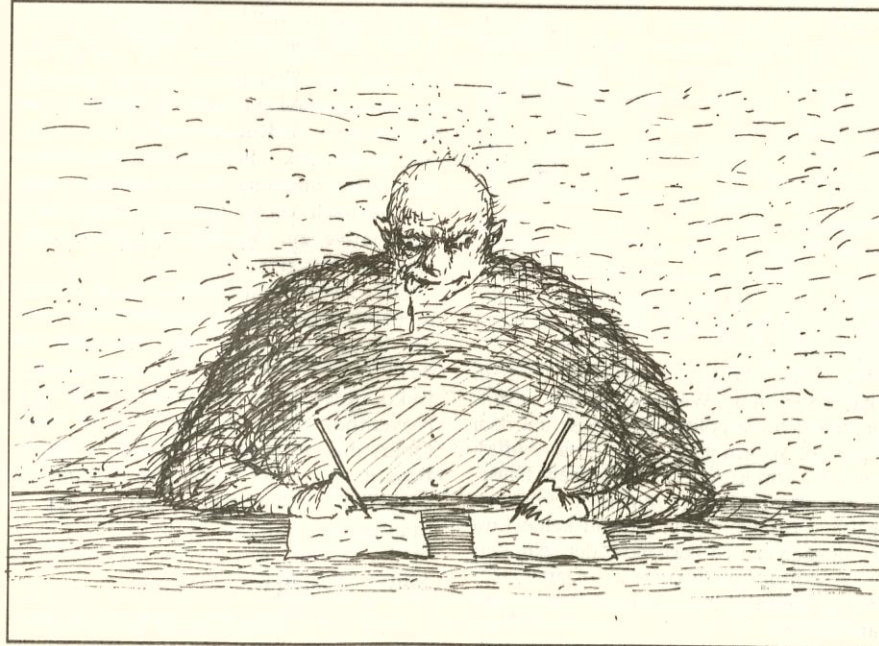
Als Parlamentarier war Malinowski brillant. Seine Umgebung wertete sein Talent hoch genug, um ihn immerhin als „russischen Bebel“ zu bezeichnen. Repräsentanten der menschowistischen Strömung in der Sozialdemokratie hegten allerdings auch andere Auffassungen über ihn. „Er machte den Eindruck eines hochgradig ruhmstüchtigen Menschen von krankhaftem Ehrgeiz“, sollte wenige Jahre später Nikolai Tschcheidse, einer der führenden Menschewiki, über ihn aussagen. „Er schien mir einer von den Kar-

rieristen zu sein, die um ihrer Karriere willen vor keinem Mittel zurückschrecken.“ Der Gerechtigkeit halber sei hier bemerkt, daß diese Auffassung erst zur Sprache kam, als Malinowski bereits als Agent provocateur entlarvt worden war. Doch auch diese Einschränkung hindert uns nicht, Tschcheidses Meinung für zutreffend zu halten.

Später, bereits nach der Oktoberrevolution, behauptete Stepan Belezki vor dem Revolutionstribunal, daß Malinowski der Ochrana keinerlei Informationen über die Staatsduma geliefert hätte, und daß auch die Polizei selbst ihm sein Verhalten als Parlamentarier weder insgesamt noch teilweise vorgeschrieben hätte. Über die Lage in der sozialdemokratischen Fraktion wisse er, Belezki, weitaus besser Bescheid als sein Agent. Inwiefern die zweite Behauptung zutrifft, kann man nur raten, die erste trifft jedenfalls nicht zu. Anhand von Dokumenten läßt sich eindeutig nachweisen, daß Malinowski das Polizeidepartement mit der Taktik der Sozialdemokraten in der Duma, den Texten seiner nächsten Parlamentsreden, mit Instruktionen der Parteiführung, unter anderem auch Lenins, sowie mit dem Archiv der Parlamentsfraktion der SDAPR bekannt gemacht hat.

Offene Fragen

Eine andere Frage ist, ob Malinowski der einzige hochrangige Informant aus dem Lager der Opposition war. Im Frühjahr 1917 behauptete Burzew: „Ich kenne noch zwei. Sie spielen eine sehr wichtige Rolle. Als Mitglieder der Gesellschaft unterliegen sie strengster Konspiration. Ihre Enttarnung würde noch mehr Staub aufwirbeln als die Malinowskis. Wer waren diese beiden, und welcher Oppositionspartei gehörten sie an?



Zeichnung: Igor Schejin

Roman Malinowski spielte eine besondere Rolle bei der endgültigen Zerschlagung der russischen Sozialdemokratie. Bis Januar 1912 gab es innerhalb der formell einheitlichen SDAPR bekanntlich die bolschewistische und die menschowistische Fraktion. Dann kam es zur berühmten 6. Gesamtrussischen SDAPR-Konferenz in Prag. Wenn man den Parteilehrbüchern glauben darf, bestand ihr wesentliches historisches Verdienst im Parteiausschluß der Menschewiki, die sich für die Liquidierung der illegalen Parteiorganisationen aussprachen. Auch der Konferenzdelegierte Roman Malinowski leistete einen gewichtigen Beitrag zu dieser Aktion. Nicht nur er allein übrigens. Daran waren noch andere Polizeiagenten beteiligt.

In der Staatsduma trat die sozialdemokratische Fraktion immer noch in geschlossener Front auf. Malinowski aber, in Prag Mitglied des ZK der bolschewistischen SDAPR geworden (nach der Spaltung behielten beide Parteien ihren alten Namen bei), blieb nicht untätig...

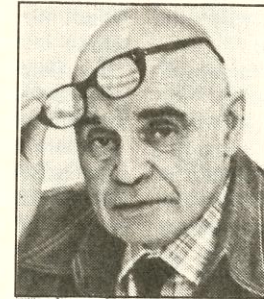
Im Frühjahr 1917 erklärte Burzew vor der Außerordentlichen Untersuchungskommission der Provisorischen Regierung: „Ich halte ihn für einen Agenten und Provokateur, nicht was Attentate oder aktive Handlungen angeht, sondern dahingehend, daß er in der sozialdemokratischen Duma-Fraktion Zwietracht gesät hat.“ Stimmt das?

Wenden wir uns noch einmal den Erinnerungen von Nikolai Tschcheidse zu: „Es ist schwer zu sagen, ob Malinowski, der sich der bolschewistischen Strömung zurechnete, die Spaltung beabsichtigte...“ Es sei aber bezeichnend, fährt der führende Menschewik fort, daß Malinowski stets betonte, der bolschewistische Teil der sozialdemokratischen Fraktion repräsentiere Arbeiter und der menschowistische Teil kleinbürgerliche Elemente, die sich nicht anmaßen dürften, Klasseninteressen wahrzunehmen. Daraus leitete Malinowski Tschcheidse zufolge ab: „Der einzige Vertreter, der die Interessen der Arbeiterklasse in der Staatsduma am konsequentesten wahrnimmt, ist die bolschewistische Gruppe.“ Die Initiative zu der allmählich folgenden Spaltung der sozialdemokratischen Fraktion, unterstreicht Tschcheidse, sei von Malinowski ausgegangen.

Das Innenministerium wird hellhörig

Während der Krakauer Konferenz der Bolschewiki 1913 wurde das weitere Schicksal der sozialdemokratischen Fraktion endgültig besiegelt. Erinnerungen von Zeitgenossen zufolge habe Malinowski nach seiner Rückkehr aus Krakau nach Petersburg einige Zeit durch Abwesenheit gegläntzt, so daß die führende Rolle bei der Ausgrenzung der Menschewiki in der Duma Grigori Petrowski zufiel. Den Posten des Vorsitzenden der daraufhin gegründeten selbständigen Fraktion der Bolschewiki erhielt jedoch Roman Malinowski.

Notwehr



Nicht immer ist die Miliz zur Stelle, so daß wir uns schon auf uns selbst verlassen müssen. Auf welcher Seite ist das Gesetz?

hatte, lag auch keine Bedrohung mehr vor. Ergo war es unrechtmäßig, die Waffe selbst anzuwenden.

Richter sind auch nur Menschen. Ein Tod, selbst der Tod eines Schuldigen, ist schwer zu „verzeihen“. Um solche Fälle entspinnt sich manchmal die „öffentliche Meinung“, die das Urteil zwar nicht beeinflussen darf, es dann aber doch tut. Der unzurechnungsfähige Ehemann und Trunkenbold, der von der Hand seiner eigenen Frau fiel, galt am Arbeitsplatz als hervorragender Produktionsarbeiter und sozial engagierter Mann, war Veteran des Großen Vaterländischen Krieges und mit vielen Orden ausgezeichnet. Außerdem war die Öffentlichkeit bei dieser tragischen Szene nicht zugegen.

Viel später wurden die an der Untersuchung Beteiligten gefragt, ob es wirklich nicht möglich gewesen sei, die Lage gleich richtig einzuschätzen und die Frau freizusprechen. Es sei doch klar gewesen, daß sie eine Gefahr für ihr Leben abgewendet habe.

„Wir mußten die schwerwiegenden Folgen in Betracht ziehen“, lautete die Antwort.

Ich erinnere mich an einen anderen Fall, an dessen Untersuchung ich als Journalist beteiligt war. Wieder hatte ein Betrunkener Nachbarn angepöbelt und belästigt. Ein Ehepaar stand daneben. Der Mann gab dem Betrunkenen den Rat: „Geh dich erstmal ausschlafen.“ Der holte aus und schlug,

unflätig schimpfend, der Frau auf die Wange. Der Ehemann schlug augenblicklich zurück. Der Betrunkene stürzte, schlug mit dem Kopf gegen die Bordsteinkante und war sofort tot. Das Gericht erkannte auf schuldig. Das Urteil wurde aufgehoben. Wieder ein Urteil. Und wieder wurde es aufgehoben. Wenn ich mich nicht irre, ist der Fall vier oder fünf Mal aufgerollt worden. Damals sagte der Richter mir: Auf der einen Waagschale liegt eine Ohrfeige, zugegeben, sie wurde einer Frau verabreicht, und auf der anderen Waagschale liegt eine Leiche. Sehr schwer zu entscheiden.

Das Recht auf Notwehr, heißt es im Gesetz, entsteht aus einem **verbrecherischen** Anschlag. Aus einer Handlung also, die im Strafgesetzbuch vorgesehen ist? Wenn diese Handlung aber nicht unters Strafgesetzbuch fällt? Diese Ohrfeige zum Beispiel. Ein Kavaliärsdelikt, das nur eine Ordnungsstrafe nach sich zieht? Wo ist aber in den Augen des Angegriffenen die Grenze zwischen einem geringfügigen und einem anstößigen Randalierdelikt?

In letzter Zeit nimmt die Kriminalität, besonders die Straßensriminalität, weiter zu. Räuberische Überfälle, Vergewaltigungen und grober Unfug terrorisieren die Bevölkerung. Die Miliz ist längst nicht immer da, wo sie gebraucht wird. Unter solchen Bedingungen bleibt den Bürgern nichts anderes übrig, als auf sich selbst zu vertrauen. Das Gesetz ist auf ihrer Seite. Weniger vertrauenswürdig ist da schon die Praxis seiner Anwendung. Jeder Bürger muß sicher sein: Eine gerechtfertigte Verteidigung gegen Angriffe auf sein Leben, seine Gesundheit und sein Eigentum wird vor Gesetz und Gericht Rechtfertigung finden. Unabhängig von den Folgen und unabhängig von den Zielen, die der Angreifer verfolgt hat, denn derjenige, der sich verteidigt, muß sie nicht kennen.

Man kann sich nicht immer vorsorglich mit seinem Rechtsanwalt beraten, bevor man Selbstverteidigung übt. Wir müssen aber sicher sein, daß die Rechtsprechung uns nicht verrät.

Juri Feofanow

Materialien gegen einige führende Bolschewiki in der Hinterhand hatte. Das Verhalten dieses Mannes vor Gericht deutet aber auf das Gegenteil hin. Nicht der geringste Versuch einer Erpressung. Außerdem wäre es grenzenlos töricht gewesen, mit einem solchen Ziel ins bolschewistische Rußland zurückzukommen.

Schließlich zum „doppelten Spiel“, wie Dziak es bezeichnet. Im Prinzip ist die Möglichkeit nicht zu leugnen, daß eine sich in der Illegalität befindende Partei auch zu einer solchen Taktik greift. Es wäre auch nur natürlich, daß sie versucht, die Spuren von moralisch nicht ganz einwandfreien politischen Operationen zu verwischen, sobald sie an die Macht gelangt ist. Hätte es aber für die SDAPR Sinn gehabt, einen so tumben Verschwörer zu benutzen (die Ochrana ertappte ihn schon bei seinem ersten Auftrag, den er von der Moskauer Parteiorganisation erhielt), während ihr erprobte und mit allen Hunden gehetzte illegale Kämpfer zur Verfügung standen? Alles, was uns über die Arbeit Malinowskis für die Ochrana bekannt ist, versetzt uns in die Lage, die Version eines doppelten Spiels von Seiten der Bolschewiki eindeutig zurückweisen zu können. Die Partei hätte einen schlechten Tausch gemacht. Die aufgeflogenen Parteizellen und Druckereien in Moskau sowie an die Ochrana verraten Geheime der SDAPR wären die armseeligen Neuigkeiten nicht wert gewesen, die Malinowski zufällig bei der Polizei hätte aufsnappen können.

Aus den kargen Informationen, die uns über Malinowskis Leben im Ausland vor seiner Rückkehr in die Heimat vorliegen, geht hervor, daß er dort nicht gerade in Saus und Braus gelebt hat. Wir wissen, daß nach dem Sieg der Revolution viele einst aktive Bolschewiki, die sich dann aus der praktischen Arbeit zurückgezogen hatten, aus dem Ausland nach Rußland zurückgekommen sind, und daß niemand ihnen Passivität vorgeworfen hat. Malinowski konnte hoffen, daß auch ihm verziehen wird.

Trifft also Krylenkos Version über die psychologischen Motive für Malinowskis Rückkehr nach Rußland zu? Keineswegs. Nur Malinowski allein kannte alle Motive seiner Entscheidung. Es stimmt aber auch, daß es noch keine irgendwie begründete Alternative zur Version der psychologischen Motive gibt.

Diesem seltsamen, aber doch wieder nicht so ungewöhnlichen Schicksal setzte die Kugel ein Ende. Die „Nachrichten des Gesamtrussischen Zentralen Exekutivkomitees der Sowjets“ vom 15. November 1918 melden: „Das vom Obersten Revolutionstribunal wegen Provokation zum Tod durch Erschießen verurteilte ehemalige Mitglied der 4. Staatsduma Roman Malinowski wurde in der Nacht zum 7. November dieses Jahres erschossen.“

Andrej Wlassenko,
Wladimir Rasuwajew

Die Tätigkeit der bolschewistischen Abgeordneten in der Duma nach der Spaltung versetzte Beobachter alsbald in Erstaunen. Als die konstitutionellen Demokraten den 7-Stunden-Tag für Post- und Telegraphendienst vorschlugen, stimmten die Bolschewiki dagegen. Auf entgeisterte Fragen antworteten sie, daß ihr Programm nur die Forderung nach einem 8-Stunden-Tag enthalte.

Auch den Bolschewiki kam Malinowski verdächtig vor. Nikolai Bucharin wies auf das merkwürdige Benehmen des „russischen Bebel“ sowie überraschend aufgeflogene Parteizellen hin. Er versuchte, Lenin zu warnen. Der aber glaubte an Malinowski und ließ Bucharin, zu dem er damals in recht gespannten Beziehungen stand, mit seinen Argumenten abblitzen.

Indes kam die Information darüber, daß die Moskauer Polizei ein Mitglied der Staatsduma, ja sogar den Fraktionsführer einer Oppositionspartei als Agenten auf ihrer Honorarliste führe, einigen Pedanten unter den leitenden Mitarbeitern des Innenministeriums zu Ohren. In den Mauern dieser Behörde kam es zu einem vor Außenstehenden sorgfältig geheimgehaltenen Skandal. Das Ergebnis: Man beschloß, auf Malinowskis Dienste zu verzichten. Der Agent erhielt mehrere tausend Rubel „Abfindung“ und wurde entlassen. Gleichzeitig nahm man ihm das Versprechen ab, sich weiterer Teilnahme an der Arbeit der Duma zu enthalten. Im Mai 1914 floh Malinowski ins Ausland. Bald darauf waren in der Opposition Gerüchte über seinen Verrat in Umlauf. Die Führung der Bolschewiki wies jede Beschuldigung energisch zurück. Diese bestätigten sich jedoch nach der Februar-Revolution voll und ganz, als Polizeiarchive geöffnet wurden und hochrangige Beamte vor der Untersuchungskommission aussagten.

Doppeltes Spiel?

Im Herbst 1918 kehrte Malinowski ins revolutionäre Petrograd zurück. Von selbst. Es gab weder irgendwelche Machenschaften der Tscheka noch Versprechungen oder ein falsches Spiel von Seiten der Regierung. Alles war denkbar alltäglich und banal. Die merkwürdige Lebensgeschichte dieses Mannes entfaltete sich weiterhin nach ihren eigenen Gesetzen.

Die offizielle Mitteilung der Russischen Telegraphenagentur vom 24. Oktober: „Gestern wurde der Provokateur und Abgeordnete der 4. Staatsduma Roman Malinowski im Smolny verhaftet. Er behauptet, 4 Tage in Petrograd gewesen zu sein und seine Inhaftierung erwirkt haben zu wollen, aber niemand habe einen Roman Malinowski gekannt. Verhaftet wurde Malinowski im Smolny vom Sekretär des Petrograder Komitees Gessen, nachdem er diesen gefragt hatte, wohin er denn nun gehen und was er mit sich anfangen solle.“ Vom Smolny wurde Malinowski zur Leningrader Tscheka gebracht und von dort zur Gesamtrussischen Tscheka nach Moskau überführt.

Womit hatte der ehemalige Polizeiagent gerechnet? Er wußte doch, daß er schon längst als Provokateur und Informant enttarnt wor-

den war, und konnte sich wahrscheinlich denken, daß es für ihn keine Gnade geben würde. Diese Frage bewegte auch die Untersuchungsleiter. Staatsanwalt Krylenko nannte sie gar die Hauptfrage der Untersuchung. „Schließlich muß nicht vor dem Revolutionstribunal des Gesamtrussischen Zentralen Exekutivkomitees nachgewiesen werden, daß Provokation ein Verbrechen ist und der Angeklagte bestraft werden muß“, sagte er während des Prozesses. „Wesentlich ist dagegen die Frage: Wenn er um seine Verbrechen gewußt hat, wenn er auch um ihre einzig mögliche Ahndung gewußt hat, die im revolutionären Rußland, das den ganzen Schrecken des Bürgerkriegs erlebt, für solche Straftaten vorgesehen ist, warum und aufgrund welcher psychologischen Motive hat der Provokateur Roman Malinowski sich der revolutionären Regierung freiwillig gestellt? Was hat er sich davon versprochen?“

Die Frage des Staatsanwalts war rhetorischer Natur, denn der Standpunkt der Anklage war bereits mit den Worten „psychologische Motive“ zum Ausdruck gebracht. Der amerikanische Historiker John J. Dziak ist da anderer Meinung. Als Malinowski nach Rußland zurückging, schreibt er in seinem Buch „Tscheken. Eine Geschichte des KGB“, habe er dringend um seine Verhaftung und eine Begegnung mit Lenin ersucht. Der erste Wunsch wurde ihm erfüllt, der zweite nicht. Warum? Allein deshalb, weil Lenin ihn zuvor gegen Burzews Beschuldigungen und Bucharins Verdächtigungen in Schutz genommen und nun begriffen habe, daß er sich getäuscht hatte? Oder hat Lenin die Wahrheit schon vorher gewußt und sein Starrsinn war nur Maskerade für ein durchtriebenes Spiel der Bolschewiki mit der Polizei?

Der Widerspruch zwischen beiden Standpunkten ist beträchtlich. Wenn Krylenko recht hat, muß man den Schlüssel zur Lösung des Rätsels, warum Malinowski nach Rußland zurückgekommen war, einzig und allein in den charakterlichen Besonderheiten dieses Ochrana-Agenten suchen. Sonst nirgendwo. Wenn dagegen die logischen Schlußfolgerungen von Dziak stimmen, müßte das Hauptaugenmerk weniger auf die Besonderheiten des „russischen Bebel“, sondern auf die der bolschewistischen Partei gelenkt werden. Der amerikanische Forscher nimmt an, daß Malinowskis Kenntnisse gewisser, nicht für die Öffentlichkeit bestimmter Seiten in der Tätigkeit der Bolschewiki für den Provokateur eine Art Schutzbrief dargestellt haben, mit dessen Hilfe er nicht nur sein Leben retten wollte, sondern auch hoffte, in die Politik zurückkehren zu können.

Vor allem Dziaks Auffassung verdient genaueste Prüfung. Wenn sie nämlich zutrifft, könnten sich die politischen Kreise auf dem Wasser zu Wogen aufblähen. Diese Auffassung aber erweist sich bei genauerem Hinsehen als völlig unfundiert. Man kann es psychologisch verstehen, wenn jemand keine Lust hat, demjenigen zu begegnen, der sein Vertrauen so brutal mißbraucht hat. Darauf aber eine so weitreichende Version aufzubauen wäre verfehlt.

Dziak vermutet, daß Malinowski zurückgekommen sei, weil er kompromittierende

Präsentiert von
Dr. jur. habil.

Valeri Sorkin

Man kann sicher sein, daß der Name Jawaharlal Nehru in unserem Land jedem Schüler bekannt ist. Übrigens ist auch folgendes Paradoxon bekannt: Über bekannte Leute weiß man am wenigsten. Nehru, der große Politiker und Staatsmann Indiens, beteiligte sich seit seiner Jugend aktiv am nationalen Befreiungskampf seines Volkes, war zusammen mit Gandhi Gründer des Indischen Nationalkongresses. Nehru spielte eine große Rolle bei der Konsolidierung der patriotischen Kräfte des Landes am Vorabend und nach seiner Befreiung. Er wurde zum ersten Regierungschef Indiens, als das Land die Unabhängigkeit erhielt. Und bis zu seinem Tod blieb er in diesem Amt, verfolgte eine aktive Außenpolitik.

Jawaharlal Nehru, der ständig einen Kurs auf internationale Entspannung, einen Kurs zur politischen Lösung der Konflikte, gegen

nationale und koloniale Unterdrückung, für Gleichberechtigung und die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Staaten verfolgte, errang hohes Ansehen in Indien und in der ganzen Welt.

Zusammen mit Tschou En Lai verkündete Nehru 1954 die berühmten „Prinzipien des Pansha Shila“ – die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz. Diese Formel, die die gegenseitige Respektierung der Souveränität und der territorialen Integrität, die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder, Nichtangriff, Gleichberechtigung, gegenseitigen Vorteil und schließlich friedliche Koexistenz, d. h. die Aufrechterhaltung friedlicher und gutnachbarlicher Beziehungen zwischen den Völkern und Staaten, umfaßt, half in den Jahren des kalten Krieges, die allgemeinen menschlichen Werte der internationalen Politik in gewissem Sinn wiederherzustellen. In jenen Jahren eben unterstützte Nehru die internationale Bewegung der Wissenschaftler gegen die

Nuklearkriegsgefahr. Und wenige Jahre später wurde er zu einem Mitbegründer der Bewegung der Nichtpaktgebundenen.

Natürlich ist Nehru vor allem als Politiker bekannt. Doch in seinem umfassenden literarischen Erbe zeigt er sich uns nicht nur als bedeutender Schriftsteller, sondern auch als Philosoph und außergewöhnlicher politischer Denker. Nehru, in dem sich die Weisheit des Ostens und der Rationalismus des Westens verbanden, wurde zu einer lebendigen Widerlegung von Kiplings Maxime, „Ost ist Ost und West ist West, und nie werden sie zueinander finden...“ Nehru vermochte es, diese scheinbare Unvereinbarkeit zu überwinden. Er konnte in der Politik auf östliche Weise ruhig und auf westliche Weise pragmatisch sein. Und das gleiche gilt für seine Philosophie: verstärkte Kontemplation und nüchterner Rationalismus, gespeist von den gleichen Quellen. Und doch war das in den Traditionen der indischen Philosophie wurzelnde Motiv der

Politische
Gedanken

des 20.
Jahrhunderts

Gewaltlosigkeit bestimmen – des Elementes seines politischen Denkens. Unterdes erlaubte es der in den Jahren der Suche und des Kampfes erzogene kritische Geist Nehru nicht, die Ideen seines Lehrers Gandhi einfach zu übernehmen. Er analysiert sie, stellt sie in den realen Kontext des politischen Kampfes. Und anders als bei Gandhi, bei dem das nur beabsichtigt war, sagt sich Nehru ganz von der Haltung, dem Bösen nicht Widerstand zu leisten, los.

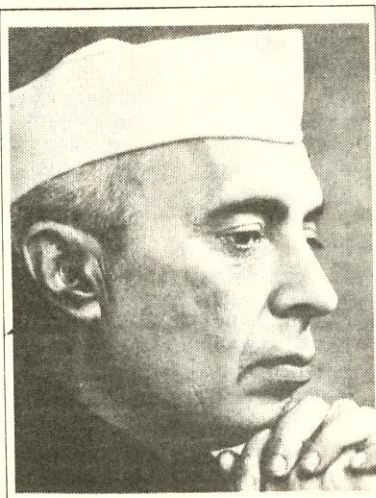
Wir wollen Fragmente aus Nehrus autobiographischem Werk und seine Gedanken zur Gewaltlosigkeit in der Politik vorstellen.

Doktrin der Gewaltlosigkeit

Jawaharlal Nehru (1889 – 1964)

Mit seiner Lehre der Gewaltlosigkeit hat Gandhi (Nehru nennt Gandhi in seinem Buch stets Gandhi und verwendet damit die in Indien übliche Respektformel. D. Red.) Indien nachhaltig geprägt. Seitdem hat sie den indischen Gedankenhorizont dominiert. Millionen von Menschen haben ständig über diese Doktrin gesprochen, ohne sich in ihr Wesen hineinzudenken, und sie dennoch gebilligt. Einige haben sie zunächst bekämpft und sie erst später ganz oder mit Vorbehalten übernommen, andere wiederum haben sie offen verhöhnt. In unserem politischen und sozialen Leben spielte sie eine enorme Rolle und hat in der ganzen Welt Aufmerksamkeit gefunden.

Die Lehre selbst ist beinahe so alt wie die Menschheit, aber Gandhi war wohl der erste, der sie in ihrer politischen und sozialen Dimension angewendet hat. Davor war sie eine individuelle und damit im wesentlichen religiöse Ange-



legenheit. Gemeint war die Zügelung des Individuums, sein Versuch, völlige Leidenschaftslosigkeit zu erreichen und sich so über weltliche Konflikte zu erheben und persönliche Freiheit und Erlösung zu finden. Dahinter stand nicht die Idee, sich mit größeren gesellschaftlichen Problemen zu beschäftigen oder soziale Zustände zu verändern, es sei denn nur sehr indirekt und auf ganz lange Sicht. Die bestehende soziale Ordnung mit all ihrer Ungleichheit und Ungerechtigkeit wurde fast völlig akzeptiert. Gandhi versuchte, dieses Ideal einzelner zu einem sozialen Ideal vieler zu machen. Er schickte sich an, politische wie soziale Verhältnisse zu ändern, wobei er mit diesem Ziel vor Augen die gewaltlose Methode weiter und ganz anders aufgefaßt wissen wollte.

Die Idee harmonisierte mit indischem Denken und wurde begeistert, wenn auch oberflächlich, aufgenommen. Nur wenige waren sich ihrer weitreichenden Folgen bewußt, und die retteten sich

in Glauben und Aktion. Sobald aber die Aktionen weniger zügig vorangingen, entstanden zahllose Fragen, und es war außerordentlich schwer, darauf Antworten zu finden. Diese Fragen betrafen nicht unmittelbar den Kurs, der in der Politik verfolgt werden mußte. Sie betrafen vielmehr die ganze Philosophie hinter der Idee des gewaltlosen Widerstands. Dennoch kann man, wie ich meine, mit Sicherheit behaupten, daß die gewaltfreie Methode für uns in Indien von unermäßigem Wert war. Sie hat entschieden dazu beigetragen, die „Gärung in der Gesellschaft“, auf die Gandhi sich bezieht, auszulösen, obwohl diese Gärung zweifellos tieferliegenden Ursachen und Zuständen geschuldet war. Sie hat zur Beschleunigung eines Prozesses in den Massen geführt, wie er revolutionären Veränderungen vorausgeht.

Das spricht offensichtlich für sie, bringt uns aber nicht weiter. Die wesentlichen Fragen bleiben unbeantwortet. Leider hilft Gandhi uns auch nicht besonders, das Problem zu lösen. Er legt Wert auf die Feststellung, daß die Mittel wichtiger sind als das Ziel, daß Einsicht besser ist als Zwang, so daß sich bei ihm die Tendenz durchsetzt, Gewaltlosigkeit mit Wahrheit und umfassender Güte gleichzusetzen. Was einige seiner Gefolgsleute angeht, hat das bei ihnen unweigerlich zu einem Gefühl der eigenen Unfehlbarkeit beigetragen.

Diejenigen von uns aber, die durch diesen Glauben nicht beglückt werden, sind mit einer Unmenge von Zweifeln konfrontiert. Diese Zweifel beziehen sich weniger auf die unmittelbare Notdurft, sondern mehr auf das intellektuelle Anliegen, eine fundierte Philosophie der Tat zu haben, die sowohl vom individuellen Standpunkt moralisch als auch sozial effektiv ist. Ich gestehe, daß diese Zweifel auch mich nicht in Ruhe lassen, und ich sehe keine befriedigende Lösung dieses Problems. Ich kann absolut keine Gewalt ausstehen, trotzdem bin ich selbst voller Gewalt und versuche oft, bewußt oder unbewußt, andere gewaltsam zu bekehren.

Die wirkliche Frage aber ist, ob nationale oder soziale Gruppen dieses individuelle Credo der Gewaltlosigkeit, welches fordert, daß die Menschheit insgesamt solche Gipfel der Liebe und Güte erreicht, in ausreichendem Maße in sich aufnehmen können. Es stimmt doch, daß das einzig wirklich wünschbare letzte Ideal darin besteht, die Menschheit auf dieses Niveau zu heben und Haß, Häßlichkeit und Eigennutz abzuschaffen. Dürfen wir, um dieses Ideal zu erreichen, direkt dafür aktiv werden, indem wir diese Tugenden predigen, ohne uns um die hemmenden Faktoren zu kümmern, die ihre Realisierung unmöglich machen und jede gegenläufige Tendenz nur ermutigen? Oder müssen wir nicht zuerst diese hemmenden Faktoren beseitigen und ein passenderes und günstigeres Umfeld schaffen, in dem Liebe, Schönheit und Güte gedeihen können? Oder lassen sich beide Prozesse miteinander verbinden?

Ist aber die Linie zwischen Gewalt und Gewaltlosigkeit, zwischen Zwang und Einsicht so offensichtlich? Oft genug ist die moralische Gewalt ein weitaus schrecklicherer Zwangsfaktor als physische Gewalt. Kann man Gewaltlosigkeit überhaupt mit Wahrheit gleichsetzen? Auf die uralte Frage, was Wahrheit ist, sind schon tausend Antworten gegeben worden. Dennoch bleibt die Frage offen. Was auch immer Wahrheit sein mag, sie kann ganz gewiß nicht völlig mit Gewaltlosigkeit identifiziert werden.

Gewalt an sich kann, obwohl sie schlecht ist, nicht als durch und durch unmoralisch angesehen werden. Es gibt Schattierungen und Zwischenstufen, und oft mag sie etwas noch Schlimmerem vorzuziehen sein. Es stimmt, daß Gewalt gewöhnlich mit böser Absicht zusammengedacht wird, aber rein theoretisch muß das längst nicht immer so sein. Offensichtlich kann Gewalt, zum Beispiel die eines Chirurgen, durchaus auf edle Absichten zurückgehen, so daß etwas, das darauf beruht, nie in seinem Wesen unmoralisch sein kann. Letztendlich ist das letzte Kriterium für Ethik und Moral der gute Wille oder die böse Absicht. Deshalb ist Gewalt zwar sehr oft moralisch nicht zu rechtfertigen und von diesem Standpunkt gesehen gefährlich, aber das muß nicht immer so sein.

Das ganze Leben ist voller Konflikte und Gewalt, und es

scheint wahr zu sein, daß Gewalt neue Gewalt hervorbringt und deshalb für ihre Überwindung ungeeignet ist. Trotzdem würde es, wenn man ihr ganz und gar abschwörte, zu einer völlig negativen Weltsicht ohne jeden Bezugspunkt zum Leben führen. Gewalt ist das Lebenselixier des modernen Staates und seines sozialen Systems. Der Nationalstaat selbst existiert durch offensive und defensive Gewalt.

Sicherlich ist Gandhis Gewaltlosigkeit keine rein negative Angelegenheit. Sie ist keine Widerstandslosigkeit. Sie ist gewaltloser Widerstand, etwas ganz anderes also, eine positive und dynamische Form der Aktion. Sie ist nichts für solche, die den Status quo unterwürfig akzeptieren. Ihr Sinn und Zweck war, „Gärung in der Gesellschaft“ auszulösen und somit bestehende Zustände zu verändern. Was für eine Motivation, Menschen zu überzeugen, auch immer dahinter stand, in der Praxis war sie eine mächtige Waffe auch des Zwangs, obwohl dieser Zwang in einer höchst zivilisierten Art und Weise stattfand, bei der Härten weitgehend vermieden wurden. Es ist interessant, daß Gandhi in seinen früheren Schriften tatsächlich von „erzwingen“ gesprochen hat.

Gewalt und Macht ziehen immer Menschen von nicht besonders hohem moralischen Niveau an

Regierungen basieren unweigerlich auf Gewalt, nicht nur auf der offenen Gewalt der Streitkräfte, sondern auf weitaus gefährlicherer und subtiler eingesetzter Gewalt, wie sie Spione, Informanten oder Agents provocateurs ausüben, oder wie sie über Lügenpropaganda, Erziehung, die Medien, religiöse und andere Formen der Einschüchterung, wirtschaftliche Not und Hunger praktiziert wird. Zwischen zwei Regierungen kann man sicher sein, daß jede Form von Falschheit und Verrat seine Rechtfertigung findet, wenn sie nicht entdeckt werden, selbst in Friedenszeiten und erst recht in Kriegszeiten.

Heutzutage ist Frieden ein Intervall zwischen zwei Kriegen, die Vorbereitung auf einen neuen Krieg und in gewisser Hinsicht die Fortsetzung des Konflikts auf ökonomischem und anderen Gebieten. Es findet ein ständiges Tauschen zwischen Siegern und Besiegten, zwischen imperialistischen Mächten und Ländern, die sich in ihrer Abhängigkeit befinden, zwischen privilegierten und ausgebeuteten Klassen statt. Deshalb dauert die Kriegs Atmosphäre mit allen ihren Begleiterscheinungen wie Gewalt und Lüge auch in sogenannten Friedenszeiten an, so daß sowohl Militärs als auch Zivilbeamte gedrillt werden, dieser Situation gerecht zu werden.

Selbst wenn Gewalt nach außen gemäßigt wurde, hat sie doch subtilere und gefährlichere Formen angenommen. Weder die Zunahme der Vernunft noch die religiöse Weltanschauung oder die Moral haben diese Tendenz zur Gewalt zügeln können. Die Individuen sind fortgeschritten und in der menschlichen Wertskala aufgestiegen, so daß es heute wahrscheinlich sehr viel mehr hochrangige Individuen, sicherlich keine höchstrangigen, gibt als in irgendeiner früheren geschichtlichen Epoche; die Gesellschaft als Ganzes ist fortgeschritten und hat einige schwache Versuche unternommen, primitive und barbarische Instinkte zu bannen. Insgesamt aber sind Gruppen und Gemeinschaften immer noch nicht viel weiter. Indem das Individuum zivilisiert wurde, hat es viele von seinen primitiven Leidenschaften und Lasten an die Gemeinschaft übertragen, so daß, weil Gewalt immer die moralisch Zweitklassigen anzieht, die führenden Figuren dieser Gemeinschaften selten ihre besten Männer und Frauen sind.

Selbst wenn wir einmal annehmen, daß die schlimmsten Formen der Gewalt allmählich vom Staat aufgegeben werden, ist es unmöglich, die Tatsache zu übersehen, daß Regierung und soziales Leben einen gewissen Zwang erforderlich machen. Das soziale Leben braucht eine gewisse Form von Regierung, und diejenigen, denen die Macht anvertraut ist, müssen egoistische Tendenzen bei Individuen oder in Gruppen, welche der Gesellschaft schaden würden, unterdrücken und verhindern. Normalerweise gehen sie dabei weiter als notwendig, weil Macht korrumpiert und degeneriert.

Wie sehr diese Regierenden die Freiheit auch immer lieben und den Zwang hassen mögen, sie müssen gegenüber unbotmäßigen Individuen Zwang ausüben, bis die Zeit kommt, da jedes menschl-

che Wesen in diesem Staat perfekt, völlig uneigennützig und dem Gemeinwohl zutiefst ergeben ist. Die Regierenden dieses Staates müssen auch gegen Gruppen von außen Zwang ausüben, die räuberische Überfälle verüben, das heißt, sie werden sich verteidigen müssen, indem sie Gewalt mit Gewalt beantworten. Diese Notwendigkeit wird erst entfallen, wenn es nur noch einen einzigen Weltstaat gibt.

Wenn also Gewalt und Zwang sowohl für die Verteidigung nach außen als auch für den inneren Zusammenhalt notwendig sind, wo soll man dann die Grenze ziehen? Reinhold Neibuhr (R. Neibuhr, 1892 – 1971, amerikanischer Theologe, bekannt auch durch seine politisch-philosophischen Arbeiten. **D. Red.**) weist nach, daß, sobald die Moral der Politik dieses verhängnisvolle Zugeständnis gemacht hat und Zwang als notwendiges Werkzeug für sozialen Zusammenhalt akzeptiert wird, es nicht möglich ist, genau zwischen gewaltlosen und gewaltsamen Zwangsmaßnahmen, beziehungsweise zwischen dem von Regierungen ausgeübten Zwang und dem von Revolutionären zu unterscheiden.

Freilich sollte der Staat gegenüber seinen Nachbarn und anderen Staaten sich absolut friedlicher und freundschaftlicher Politik bedienen, dennoch wäre es absurd, die Möglichkeit eines Angriffs zu leugnen. Der Staat muß auch einige Gesetze mit Zwangscharakter erlassen, die bestimmten Klassen und Gruppen ihre Rechte und Privilegien nehmen und ihre Handlungsfreiheit einschränken. In gewisser Hinsicht sind alle Gesetze Zwangsmaßnahmen. Im Grunde bedeutet Demokratie den Zwang der Minderheit durch die Mehrheit.

Wenn Individuen und Gruppen erlaubt wird, Ethik nach ihren eigenen Interessen zu interpretieren, dann ist das das Ende des demokratischen Prozesses.

Wenn man also denkt, daß Klassen oder Nationen sich überzeugen oder daß Konflikte sich beseitigen lassen, indem man rationale Argumente vorbringt oder an die Gerechtigkeit appelliert, dann ist das eine Selbsttäuschung. Es ist genauso eine Illusion sich vorzustellen, daß eine herrschende imperialistische Großmacht ihre Herrschaft über ein Land aufgeben oder daß eine Klasse ihre herrschende Position und Privilegien aufgeben würde, wenn kein effektiver Druck, der bis zum Zwang reicht, ausgeübt wird.

Daß diese Methode einen beachtlichen Eindruck auf den Opponenten macht, steht außer Zweifel. Sie bringt ihn in die moralische Defensive, sie nagt an seinen Nerven, appelliert an sein besseres Ich und läßt die Tür für eine Aussöhnung offen. Es besteht kein Zweifel daran, daß der Angriff mit Liebe und selbstverursachtem Leiden sowohl auf den Gegner als auch auf Außenstehende einen starken psychologischen Einfluß ausübt.

Die Klasse als solche kommt nicht in persönlichen oder unmittelbaren Kontakt mit der anderen Partei. Selbst die Nachrichten, die sie empfängt, sind partiell und entstellt. Auf jeden Fall sind ihre automatischen Zornreaktionen gegen jede Gruppe, die ihre Position in Frage stellt, so groß, daß alle geringfügigeren Gefühle davon aufgesogen werden. Weil sie sich längst daran gewöhnt hat, daß ihre übergeordneten Positionen und Privilegien für das Wohl der Gesellschaft notwendig sind, ist jede gegenläufige Meinung der Ketzerei verdächtig. Gesetz und Ordnung sowie die Aufrechterhaltung des Status quo werden zu den wesentlichen Tugenden, und jeder Versuch, sie herauszufordern, wird als Todsünde gelten.

Wenn man einmal einräumt, daß der Staat das Recht hat, Gewalt anzuwenden um seine Freiheit zu schützen, ist es schwer zu verstehen, warum es nicht genauso rechtmäßig sein soll, zur Erreichung dieser Freiheit gewaltsame und Zwangsme-

thoden zu übernehmen. Eine gewaltsame Methode mag zwar unerwünscht und nicht sinnvoll erscheinen, aber sie ist dann nicht mehr völlig ungerechtfertigt und tabu. Allein die Tatsache, daß die Regierung über die Armee gebietet, gibt ihr noch kein größeres Recht, Gewalt zu gebrauchen.

Für den Fall, daß eine gewaltlose Revolution Erfolg hat und ihre Anhänger die Kontrolle über den Staat haben, erwirken sie sich damit auch sofort das Recht, eine Gewalt zu benutzen, die sie vorher nicht hatten? Wenn es eine Rebellion gegen ihre Macht gibt, wie wird sie der begegnen? Sie wird natürlich zunächst einmal nicht dazu neigen, Gewaltmethoden einzusetzen, und jeden friedlichen Weg probieren, um die Situation in den Griff zu bekommen, darf aber nicht auf ihr Recht verzichten, Gewalt zu gebrauchen. Ganz sicherlich gibt es in der Bevölkerung unzufriedene Elemente, die gegen den Wechsel Einspruch erheben, und sie werden versuchen, zurück in den früheren Zustand zu gelangen. Wenn sie denken, daß ihre Gewalt vom Zwangsapparat des neuen Staates nicht geahndet wird, greifen sie noch viel schneller zur Gewalt. Deshalb scheint es absolut unmöglich zu sein, eine unverrückbare Grenze zwischen Gewalt und Gewaltlosigkeit, zwischen Zwang und Überzeugung zu ziehen. Bei politischen Veränderungen liegt diese Schwierigkeit auf der Hand, bei Auseinandersetzungen zwischen privilegierten und ausgebeuteten Klassen wird sie noch komplizierter.

Wenn jemand für ein Ideal leidet, ist ihm unsere Bewunderung sicher. Wenn Gewalt oft sadistisch ist, dann droht Gewaltlosigkeit in ihren negativen Aspekten zur anderen Seite hin auszuschielen. Außerdem gibt es immer die Möglichkeit, Feigheit und Tatenlosigkeit sowie die Aufrechterhaltung des Status quo mit Gewaltlosigkeit zu bemängeln.

Die Idee der Gewaltlosigkeit ist somit zu einem unflexiblen Dogma geworden, das nicht in Frage gestellt werden darf. Somit verliert sie ihre geistige Anziehungskraft auf den Intellekt und verkriecht sich in den Nischen von Glauben und Religion. Sie wird sogar zu einer Bastion für Privilegierte, die sie nutzen, um den Status quo zu erhalten.

Das ist ein Unglück, denn ich glaube, daß die Ideen des gewaltlosen Widerstands und gewaltlose Kampftechniken für Indien wie für den Rest der Welt von großer Bedeutung sind, und daß Gandhi der Menschheit einen enormen Dienst geleistet hat, als er das moderne Denken zwang, sich mit ihnen auseinanderzusetzen. Ich glaube, sie haben eine große Zukunft. Möglicherweise ist die Menschheit noch nicht genügend fortgeschritten, um sie als Ganzes zu erschließen... aber wie bei allen großen Ideen wird ihr Einfluß zunehmen und sich in unseren Handlungen mehr und mehr niederschlagen. Die Verweigerung der Zusammenarbeit mit einem Staat oder einer Gesellschaft, die als Übel angesehen werden, ist eine mächtige und dynamische Idee.

Selbst wenn sie nur von einer Handvoll Menschen mit moralischen Wertvorstellungen praktiziert wird, dehnen ihre Auswirkungen sich aus, und sie nimmt ständig zu. Je mehr Menschen sich daran beteiligen, desto markanter wird der Effekt nach außen. Dann aber tritt eine Tendenz auf, bei der andere Faktoren die moralische Absicht in den Schatten stellen. Die extensive Anwendung geht auf Kosten ihrer Intensität, und der kollektive Mensch verdrängt allmählich das Individuum.

Die Betonung der reinen Gewaltlosigkeit hat sie verschommen werden lassen und dem Leben entfremdet, und es gibt die Tendenz, daß die Menschen sie entweder blind und religiös oder überhaupt nicht akzeptieren. Das intellektuelle Element ist in den Hintergrund getreten. Viele von denen, die vorgeben, Gandhi zu folgen, neigen dazu, tatenlose Pazifisten oder Quietisten im Sinne Tolstois oder bloß Mitglieder

einer kleinen Sekte zu werden, die mit Leben und Wirklichkeit schon nichts mehr zu tun hat. Sie sammeln eine gewisse Anzahl von Menschen um sich, denen daran liegt, die gegenwärtige Ordnung zu bewahren und die sich zu diesem Zweck unter ihrer Gewaltlosigkeit tarnen.

Anstelle einer wirklichen Veränderung der Gesellschaftsordnung wird die Betonung mehr auf Wohltätigkeit und Mitleid innerhalb des existierenden Systems verlegt, wobei die bisherige Lage der Privilegierten erhalten bleibt.

Ziel und Mittel sind so eng miteinander verbunden, daß sie nur schwerlich getrennt werden können. Deshalb müssen die Mittel so geartet sein, daß sie Konflikt und Haß abschwächen oder zumindest versuchen, sie weitestgehend einzuschränken (sie scheinen nämlich unverwundlich zu sein) und das Wohlwollen zu stärken. Es ist schon mehr eine Frage der Motive, der Absicht und des Temperaments als die einer besonderen Methode. Auf dieses grundlegende Motiv verlegt Gandhi den Akzent, und wenn es ihm nicht gelungen ist, das menschliche Wesen in einem feststellbaren Ausmaß zu verändern, dann war er immerhin in der Lage, dieses Motiv mit überraschendem Erfolg einer großen nationalen Bewegung, die Millionen von Menschen erfaßt hatte, einzugeben.

Heutzutage haben verschiedene Krisen die Welt erfaßt, wobei die größte die Krise des Geistes ist. Das macht sich besonders im Orient bemerkbar, weil verschiedene Veränderungen in Asien schneller vor sich gegangen sind als anderswo und der Anpassungsprozeß schmerzhafter verläuft. Das politische Problem, das die Lage zu dominieren scheint, ist möglicherweise das unbedeutendste von allen, obwohl es für uns das wichtigste Problem ist. Es muß eine befriedigende Lösung finden, bevor wir uns wesentlicheren Fragen zuwenden. In den letzten Jahrhunderten haben wir uns an eine beinahe unveränderliche soziale Grundordnung gewöhnt, und viele von uns glauben immer noch, daß sie die einzige mögliche und richtige Grundlage für eine Gesellschaft sei, so daß sie unsere moralischen Wertvorstellungen damit assoziieren.

Wenn wir Gewaltlosigkeit und alles, was sie umfaßt, unter dem religiösen, dogmatischen Gesichtspunkt betrachten, bleibt kein Platz mehr für Polemik. Sie reduziert sich dann zu einem engen Glaubensbekenntnis einer Sekte, das man akzeptieren kann oder auch nicht. Sie büßt ihre Lebenskraft und Anwendbarkeit auf heutige Probleme ein. Wenn wir aber bereit sind, sie in Beziehung auf bestehende Zustände zu diskutieren, kann sie uns enorm helfen bei unseren Versuchen, diese Welt umzugestalten. Dabei sollte man dem Wesen und der Schwäche des kollektiven Menschen eingedenk sein. Jede Aktivität in einer massenhaften Dimension, besonders jede Aktivität, die radikale und revolutionäre Veränderungen anstrebt, wird nicht nur davon beeinflusst, was die führenden Personen darüber denken, sondern durch die bestehenden Verhältnisse und außerdem noch dadurch, was das Menschenmaterial, mit dem sie arbeiten, darüber denkt.

In der Weltgeschichte hat Gewalt eine große Rolle gespielt. Heute spielt sie eine ebenso wichtige Rolle und wird sie wahrscheinlich noch für eine geraume Zeit spielen. Die meisten Veränderungen in der Vergangenheit sind durch Gewalt und Zwang ausgelöst worden. W. E. Gladstone hat einmal gesagt: „Ich bedauere sagen zu müssen, daß unser Land seine Freiheiten nie erlangt hätte, wenn den Leuten in politischen Krisen nur aufgetragen worden wäre, daß sie die Gewalt hassen, die Ordnung lieben und sich in Geduld fassen sollten.“

Es ist unmöglich, die Bedeutung der Gewalt in Vergangenheit und Gegenwart zu leugnen. Wenn man das macht, leugnet man das Leben selbst. Trotzdem ist Gewalt unleugbar schlecht und zieht eine endlose Folge schlimmer Konsequenzen nach sich. Schlimmer noch als Gewalt sind jedoch jene Motive von Haß, Grausamkeit, Vergeltung und Strafe, welche die Gewalt sehr oft begleiten. Gewalt an sich ist nicht eigentlich schlecht, wird es aber durch die Motive, die sie

begleiten. Es kann Gewalt ohne diese Motive geben; Gewalt kann für etwas Gutes ebenso wie für etwas Schlechtes eingesetzt werden.

Es ist jedoch äußerst schwer, Gewalt von diesen Beweggründen zu trennen, und deshalb ist es wünschenswert, Gewalt soweit wie möglich zu vermeiden. Wenn man sie aber vermeidet, darf man nicht in das Extrem verfallen und sich vor weit größeren Übeln beugen. Die Unterwerfung unter die Gewalt oder das Akzeptieren eines ungerechten Regimes, das auf Gewalt basiert, ist gerade die Negation des Geistes der Gewaltlosigkeit. Die gewaltlose Methode muß, wenn sie sich selbst rechtfertigen will, dynamisch und in der Lage sein, solch ein Regime oder solch eine Gesellschaftsordnung zu verändern.

Ob sie das kann oder nicht, weiß ich nicht. Sie kann uns, wie ich meine, ein gutes Stück weiterbringen, aber ich bezweifle, daß sie uns ans endgültige Ziel bringt. Auf jeden Fall scheint eine gewisse Form von Zwang unvermeidlich zu sein, weil Menschen, die über Macht und Privilegien verfügen, diese so lange nicht abgeben, bis sie dazu gezwungen werden, oder bis Bedingungen geschaffen sind, die es für sie gefährlicher machen, diese Privilegien zu behalten als sie aufzugeben.

Die besondere Leistung des passiven Widerstands besteht darin, daß er die falschen Voraussetzungen und Lügen der Regierung bloßstellt, weil wir uns weigern, an ihrer Verbreitung teilzunehmen

Die gegenwärtigen Konflikte in der Gesellschaft, nationale wie Klassenkonflikte, können nur durch Zwang gelöst werden. Natürlich muß es auch Überzeugung in einem großen Umfang geben, weil keine wirkliche Grundlage für eine Bewegung zu sozialen Veränderungen da ist, solange größere Menschenmengen nicht überzeugt sind.

Der Zwang gegen einige wenige wird folgen. Es wäre von unserer Seite nicht richtig, diese grundlegenden Widersprüche zu verdecken und so zu tun, als würde es sie nicht geben. Das ist nicht nur eine Unterdrückung der Wahrheit, sondern führt geradewegs dazu, die bestehende Ordnung zu festigen, weil es die Menschen über die wirkliche Sachlage im unklaren läßt und den herrschenden Klassen die moralische Grundlage bietet, die sie immer suchen, um ihre Sonderprivilegien zu rechtfertigen. Um gegen ein ungerechtes System zu kämpfen, müssen die falschen Voraussetzungen, auf denen es beruht, bloßgelegt, muß die Wirklichkeit gezeigt werden. Eine der großen Leistungen des passiven Widerstands ist, daß er diese falschen Voraussetzungen und Lügen der Regierung durch unsere Weigerung, uns ihnen zu unterwerfen oder ihrer Weiterverbreitung zu dienen, bloßstellt.

Unser endgültiges Ziel kann nur eine klassenlose Gesellschaft mit Wirtschafts- und Chancengleichheit sein, eine Gesellschaft, organisiert nach dem Planprinzip, um die Menschheit auf ein höheres materielles und kulturelles Niveau zu bringen und auf die Kultivierung ihrer geistigen Werte, auf Zusammenarbeit, Selbstlosigkeit, den Geist des Dienens, den Wunsch, richtig zu handeln, Wohlwollen und Liebe und letztendlich eine Weltordnung zu orientieren. Alles, was sich dem in den Weg stellt, muß beiseite geräumt werden, freundlich, wenn möglich, gewaltsam, wenn nötig. Es scheint wenig Zweifel zu geben, daß Zwang oft nötig sein wird.

Wenn Gewalt gebraucht wird, sollte das nicht mit Haß und Grausamkeit getan werden, sondern in dem leidenschaftslosen Bestreben, ein Hindernis zu beseitigen. Das ist keine leichte Aufgabe; es gibt keinen leichten Weg, und er ist reich an Fallen. Die Schwierigkeiten und Fallen verschwinden nicht, wenn wir sie ignorieren, sondern wenn wir ihr Wesen erkennen und uns ihnen mutig stellen. Es scheint äußerst unwahrscheinlich, daß die vielen sich durch derart edle Motive werden bewegen lassen. Aber wir können sie im Auge behalten und sie hervorheben, und es kann sein, daß sie den Haß und die Leidenschaften, von denen die meisten von uns beseelt sind, allmählich abbauen helfen.

Unsere Methoden müssen zu diesem Ziel führen und beruhen auf diesen Motiven. Wir müssen uns aber auch darüber im klaren sein, daß die menschliche Natur, so wie sie ist, in ihrer Masse, nicht immer auf unsere Appelle oder Überzeugungsversuche ansprechen oder in Übereinstimmung mit hohen moralischen Prinzipien handeln wird. Zwang wird oft notwendig sein, als Ergänzung zur Überzeugung, und das Beste, was wir tun können, ist, diesen Zwang einzuschränken und ihn so anzuwenden, daß das Übel so gering wie möglich gehalten wird.



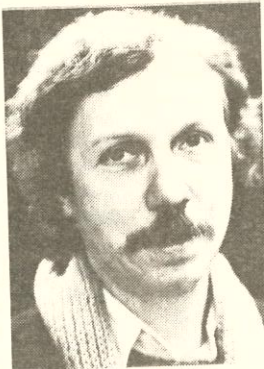
Die Entscheidung, von **Makiko Hamada**, sich als unabhängige Kandidatin für das Unterhaus des japanischen Parlaments aufstellen zu lassen, war für ihren Mann, einen Parlamentarier der regierenden Liberaldemokratischen Partei mit 10jähriger politischer Erfahrung, wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Nachdem er aus den Zeitungen davon erfahren hatte, erklärte er, alles zu tun, um das zu verhindern.

Frau Hamada sagte, sie habe ihren Mann schon einige Monate lang davon überzeugen wollen, aus der LDP auszutreten, von der sie meint, es sei eine zu große, zu alte, zu selbstherrliche und zu korrupte Partei für einen Menschen mit so vielen Vorzügen wie ihren Mann. Nachdem sie sich von der Zwecklosigkeit aller Überredungsversuche überzeugt hatte, begann sie zu handeln. Zehn Jahre lang arbeitete sie, wie es sich für eine gute Ehefrau gehört, im Sinne ihres Mannes mit den Wählern. „Eines Tages hatte ich es satt, immer nur mit seinen Worten zu sprechen“, sagte Makiko Hamada. „Plötzlich begriff ich, daß ich auch etwas zu sagen habe. Nach diesen vielen Jahren entdeckte ich, daß ich selbst Politikerin bin.“

Es scheint, als würde die 35jährige Herrschaft der LDP tatsächlich durch die Wählerinnen bedroht. Im Sommer verletzte die Partei ihr Versprechen und zog im Parlament das Gesetz über eine 3%ige Verbrauchersteuer durch, was eine gerechtfertigte Empörung der Hausfrauen auslöste.

Die skandalöse Geschichte mit den Geishas, die von Führern der LDP besucht werden, haben auch nicht gerade zur Stärkung des Vertrauens der japanischen Frauen zur LDP beigetragen.

Zwanzig Jahre lang konnte **Leszek Madzik**, Dramatiker und Regisseur des Studententheaters an der Katholischen Universität von Lublin, nicht in die UdSSR reisen. Sein Theater weilt zu Gastspielen in vielen Ländern und beteiligte sich an internationalen Festivals. Nur die Sowjetunion blieb für das Theater ein verschlossenes Land bis zum 1. Internationalen Moskauer Festival der Jugend- und Studententheater, das im Januar d. J. stattfand. Der Grund dafür



liegt nicht nur in der Voreingenommenheit gegenüber der Katholischen Universität, sondern auch in der Ungewöhnlichkeit dieses surrealistischen Theaters, das weder Worte noch Handlungen kennt, das man nicht verstehen, sondern nur fühlen kann.

Was enthalten Leszeks Theaterstücke? Angst, Liebe, den Versuch, die Zeit zu begreifen, mit Gott

eins zu werden. Der Schauspieler ist nur der Schatten des Zuschauers, sein Doppelgänger, sein zweites Ich. Die sich abwechselnden lebendigen und beweglichen Bilder von Leszeks Theater sind eine Art Malerei, nur mit anderen Farben: Musik, Licht und Raum. In diesem Theater bleibt der Mensch mit seinem eigenen Innenleben allein, und vielleicht wird gerade hier die Liebe zur göttlichen Welt in ihm geboren, in der zu leben, Glück bedeutet.

Leszek Madzik wurde 1945 geboren. Er absolvierte die Katholische Universität von Lublin. Seit 1967 arbeitet er als Bühnenbildner und wirkte bei Inszenierungen polnischer und westeuropäischer Theater mit. Auf der Bühne

der Katholischen Universität von Lublin inszenierte er zwölf eigene Stücke. Eines davon, „Herbarium“, war in Moskau zu sehen.



Alexander Olinow, Generaldirektor der Wutschetsch-Unions-Produktions- und Künstlervereinigung hat die Zustimmung des Finanzministeriums der UdSSR erhalten, die Frage der Bezahlung von Werken sowjetischer Künstler, die ins Ausland verkauft werden, dem Ministerrat der UdSSR zur Entscheidung vorzulegen. Es geht dabei um die Auszahlung der gesamten Honorarsumme in Devisen. Früher wurde lediglich ein Zehntel davon in konvertierbarer Währung ausgezahlt. Olinow hofft, damit die materielle Lage der Künstler zu verbessern.

Zuvor arbeitete Alexander Olinow als Ingenieur in Betrieben des Werkzeugmaschinen- und Flugzeugbaus. 1978 kam er zur Wutschetsch-Vereinigung und erwies sich am rechten Platz. 1989 wurde er zum Generaldirektor der Vereinigung gewählt. Neben traditionellen Ausstellungen und Verkaufsausstellungen organisiert die Vereinigung kommerzielle Ausstellungen im Ausland, um für die erwirtschafteten Devisen Werke moderner westlicher Künstler und alter russischer Meister, Denkmäler der russischen Kultur, kaufen zu können.

Verteidiger der Religionsfreiheit

Der russisch-orthodoxe Geistliche aus Stscholkowo bei Moskau **Gleb Jakunin** gehört zu denen, die sich lange vor dem April 1985 mit dem Schutz der Menschenrechte befaßten.

Jakunin ist 55 Jahre alt. Dem Priesterseminar trat er bei, als er bereits ein Diplom als Biologe in der Tasche hatte. Seit 1965 trat er gegen die massenhafte Schließung von Gotteshäusern auf und setzte sich für die Rechte der Gläubigen ein. 1979 wurde er verhaftet und nach dem Paragraphen 70 des Strafgesetzbuches der RSFSR (antisowjetische Agitation und Propaganda), der heute nicht mehr in Kraft ist, verurteilt. Anderthalb Jahre Lefortowo-Gefängnis in Moskau, drei Jahre Lagerhaft und drei Jahre Verbannung nach Jakutien... 1987 wurde er amnestiert und freigelassen. In diesem Jahr gründete er zusammen mit gleichgesinnten Geistlichen die Bewegung „Kirche und Perestroika“, um die Traditionen der christlichen Kultur wiederzubeleben. Bei den Wahlen zum Kongreß der Volksdeputierten im vorigen Jahr kandidierte er für die Unionsgesellschaft „Memorial“, konnte aber nicht genügend Stimmen auf sich vereinigen.

„Ich kenne Vater Gleb Jakunin als standhaften und unbeugsamen Verteidiger der Religionsfreiheit, der Freiheit religiöser Überzeugungen in unserem Land. Um derentwillen war er zu Opfern bereit, und diese Opfer wurden tatsächlich vom Schicksal gefordert. Er war schweren Repressalien ausgesetzt und viele Jahre seiner Freiheit beraubt. Ich bin überzeugt, daß ein solcher Mensch in der Lage ist, prinzipiell und kontinuierlich die Interessen der Wähler zu verteidigen, nicht nur religiöse, sondern auch soziale und menschliche Interessen“, schrieb Andrej Sacharow über den Geistlichen. Vater Gleb war es dann auch, der die Totenmesse für den Verbliebenen zelebrierte...

Nun steht Vater Gleb wieder mit beiden Beinen im politischen Kampf. Einige Arbeitskollektive im Moskauer Gebiet haben ihn für die bevorstehenden Wahlen zum Obersten Sowjet der RSFSR nominiert. Der zentrale Punkt in seinem Wahlprogramm ist es, die sowjetischen Gesetze mit der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und anderen internationalen Rechtsnormen, die jedem Bürger Schutz vor Angriffen auf seine politischen, ökonomischen und sozialen Rechte bieten, in Einklang zu bringen.



Wettbewerben sowie Werbung — das ist ein kleiner Überblick über das, was wir tun und tun werden.

Erstmals in der Geschichte der USA hat eine junge Ärztin, die sich in der Klinik, in der sie arbeitete, mit AIDS infizierte, Anklage gegen die Direktion erhoben. Die 32jährige Amerikanerin argentinischer Herkunft **Veronica Prego** beschuldigt das städtische Kran-

kenhaus „Kings County“ der verbrecherischen Fahrlässigkeit und meldete finanzielle Ansprüche in Höhe von 175 Mio Dollar an.

Veronica gab an, sich die Infektion zugezogen zu haben, als sie sich an einer Injektionsnadel stach, die jemand in Mull gewickelt und weggeworfen habe. Der Verteidiger des Krankenhauses gibt eine andere Erklärung für die Infizierung: Bei der Abnahme



einer Blutprobe eines AIDS-Kranken habe sich die Ärztin aus eigener Ungeschicklichkeit gestochen.

Anfang der 80er Jahre, als man noch sehr wenig von diesem Virus wußte, gab es fast keine Vorsichtsmaßnahmen seitens der Ärzte. Bis heute hat das Zentrum für Kontrolle der Ausbreitung von Infektionskrankheiten in Atlanta 19 Fälle registriert, da Mitarbeiter des Gesundheitswesens mit AIDS infiziert wurden. Zwölf davon haben sich ebenso wie Veronica an einer Injektionsnadel gestochen.

Zu zweit über Intimes



Das Buch „Liebe steht nicht auf dem Plan“, das im vorigen Jahr im S. Fischer Verlag (BRD) und bei Progreß (UdSSR) erschienen ist, kann der sowjetische Leser nur anhand der Ausschnitte beurteilen, die in der Zeitung „Sobessednik“ veröffentlicht wurden. Wenn die Frage der Herausgabe des Buches in russischer Sprache gelöst sein wird,



werden auch wir diese solide Untersuchung eines verbotenen Themas der Stagnationszeit, Sexologie und die Sexualerziehung in der sowjetischen Gesellschaft, kennenlernen. Die Autoren sind die Moskauer Journalistin **Tatjana Suworowa** und der bundesdeutsche Publizist **Adrian Geiges**.

Beide wurden 1960 geboren, sie in der Nähe von Moskau, er in Basel. Die Eltern (Vater Militärflieger, Mutter Ärztin) erzogen Tatjana zu einem „freiheitsliebenden Menschen“. Die Unannehmbarkeit irgendwelcher Beschränkungen ihrer persönlichen Freiheit und ihr Streben nach Unabhängigkeit gehören zu ihren wichtigsten Lebensprinzipien. Adrian wuchs in der kleinen bundesdeutschen Gemeinde Staufien in der Familie eines Fotodesigners und einer Stewardess auf. Schon in der Schule engagierte er sich für die Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit und beteiligte sich aktiv an der Schülerbewegung, die mehr Demokratie im Schulalltag forderte.

Tatjana Suworowa absolvierte die Journalismusfakultät der Moskauer Lomonossow-Universität. Adrian Geiges studierte an der Westfälischen Universität in Münster Geschichte, Publizistik und Politologie. Später arbeitete er als Redakteur bei der Jugendzeitschrift „Elan“. Adrian holte sich oft das Material für seine Reportagen direkt an den Brennpunkten des Geschehens. Einmal drang er in eine Basis amerikanischer Söldner ein, die nikaraguanische Contras unterstützten, ein anderes Mal schloß er sich der Mun-Sekte an... Adrian arbeitete als Apfelsinenpflücker auf Kuba, als Bauarbeiter in Polen und Ungarn, stand am Fließband bei „Rostselmasch“ in Rostow am Don. Er ist Autor von zwei weiteren Büchern: „China im Aufbruch“ (1987) und „Revolution ohne Schüsse“ (1988), ein Erlebnisbericht über eigene Eindrücke von der Perestroika. Seit Januar d. J. arbeitet er beim Progreß-Verlag in Moskau.

Nach dem Abschluß ihres Studiums an der Lomonossow-Universität ging Tatjana Suworowa zu TASS. Zu ihrem Themenkreis gehören u. a. die Emanzipation der Frau, die sexuelle Diskriminierung der Frau in der UdSSR, die sowjetische Jugend und ihr Sexualverhalten. Gegenwärtig arbeitet sie in der Redaktion der „Moskowskaja prawda“.

Das glückliche Zusammentreffen von Umständen führte die beiden künftigen Autoren des Buches „Liebe steht nicht auf dem Plan“ zusammen. Von Dezember 1988 bis Ende Februar 1989 befaßten sie sich erstmals in der sowjetischen Praxis mit derartigen sozialsexologischen Untersuchungen.

A. Kun



Bei der Jahreswertung der Hitparade der Zeitung „Moskowskij komsomolez“ von 1989 hat **Natalia Gulkina**, die zusammen mit der Gruppe „Stars“ auftritt, bei den Sängerinnen den zweiten Platz hinter Altmeisterin Alla Pugatschowa belegt.

Bekannt wurde Natalia als Solistin der Disco-Gruppe „Mirage“. Später stellte sich allerdings heraus, daß die Gruppe auf der Bühne lediglich die Show machte, die Musik hingegen vom Band kam, das im Studio ganz andere Musiker aufgezeichnet hatten. Danach mußte Natalia Gulkina bei Solokonzerten den Beweis dafür antreten, daß sie tatsächlich selbst singen kann. Mehr noch: Sie schreibt die Texte zur Musik von Leonid Weltschkowski selbst.

Man sollte allerdings in diesen Liedern nicht nach philosophischem oder poetischem Tiefsinn forschen. Dennoch, das haben Umfragen ergeben, gefallen die Songs der „Stars“.

Neue Spielzeit

Das Theater an der Taganka zu Zeiten von Stagnation und Perestroika

Dr. phil. habil.
Anatoli Gorelow

Vor 25 Jahren war ich zum ersten Mal im Dramen- und Komödientheater an der Taganka. Ich hatte ziemliche Zweifel. Nach den Besuchen des Operetten- und des Maly-Theaters während der Schulzeit war eine dauernde Abneigung gegenüber Theater so gut wie vorprogrammiert. Da werden einem solche „Wölfe und Schafe“ gezeigt, ein solcher „Sewastopoler Walzer“ vorgetanzt, daß man künftig einen Riesenbogen um jedes Theater macht. Meine Freunde haben mich allerdings überreden können: Das Theater sei ganz neu, gerade erst nach der Renovierung wiedereröffnet und überhaupt ganz anders. Die Kassiererin verkaufte uns die Eintrittskarten für 30 Kopeken. (Das waren noch Preise! Heute kostet eine Premierenkarte 6 Rubel). Alle Stücke des damaligen Repertoires habe ich mir mehrmals angesehen. Besonders hat sich „Der gute Mensch von Sezuan“ eingeprägt, das erste Stück des neuen „Taganka“, das bis heute zum Repertoire gehört. Der gemeinsame Gesang von Wyssozki und Solotuchin erst! Damals begriff ich, was das ist – Theater.

Was im Palast anbieten

„Es gibt solche Minuten des Stillstands in der Geschichte der menschlichen Gesellschaft“, schrieb Saltykow-Stschedrin, „da der Mensch nichts anderes wünschen kann außer Ruhe und Anonymität. Diese Minuten, da das tätige, gesunde Leben einzuschlafen scheint und an seiner Statt Gespenster, Trugbilder und Angst ihr Recht auf Leben geltend machen, da die Gesellschaft nicht nur keinerlei Bedürfnisse und Interessen anmeldet, sondern sogar allem Anschein nach die Fähigkeit verloren hat, sich für irgend etwas zu interessieren oder irgend etwas zu wünschen; da jeder nur an sich selbst denkt und in seinem Nachbarn nur den Neider sieht; da der Argwohn zum allgemeinen Gesetz wird, das die menschlichen Handlungen bestimmt; da die besten Köpfe nur von dem einen leidenschaftlichen Wunsch besessen sind, wegzulaufen, sich zu verstecken, zu verschwinden.“ Das ist eine Zeit, da die Realität in die Illegalität abzutauchen scheint und die besten, begabtesten Menschen überflüssig werden. Hier wird jeder Mangel an Bildung und Wissen, jede Schlamperei verziehen, jedoch niemals der Wunsch, die eigene Meinung sagen zu wollen. Das wirkliche Leben ist tief unter der Scheinwirklichkeit, den Mythen begraben, versteckt sich hinter einer Mauer der Pseudorealität. An der Oberfläche herrschen Phantome, und die Wirklichkeit beginnt sich in eine Art Theater zu verwandeln, in dem alle – der eine besser, der andere schlechter – füreinander spielen und die nicht am „Spektakel“ teilnehmen wollen von der Bühne vertrieben werden.

Es ist jedoch paradox: Wenn alles von den Füßen auf den Kopf gestellt wird, findet die

Wirklichkeit im Theater Zuflucht und verbirgt sich hinter der szenischen Bedingtheit wie hinter einer spanischen Wand. Ja, im Theater, in der Welt der Illusionen, in der man dem Joch des Alltags entkommen will. Die Schauspieler und Zuschauer wie Verschwörer verstehen ohne Worte, wenn der Totengräber im „Hamlet“ fragt: „Was gibt es Neues im Palast?“, um welchen Palast es sich handelt, tun aber so, als handle es sich um den dänischen. Alles, was durch Selbstzensur in die hinterste Ecke gedrängt wurde, erhält die Möglichkeit, die Seele des Schauspielers und die Seelen anderer Menschen zu berühren, der Mensch braucht ja so sehr die Anteilnahme.

Das Theater und das Leben tauschen in der „Epoche der Scheinwirklichkeit“ die Plätze. Hamlet versuchte über fahrende Schauspieler herauszufinden, wer am Tod seines Vaters die Schuld trägt. Und wir nützen das Theater, um die Wahrheit zu erfahren, die wir auf anderem Wege nicht finden können. In der „Epoche der Scheinwirklichkeit“ schafft das Theater Inseln der Wahrheit im Ozean der Lüge; eine Oase, zu der sich Leute nach tage- und nächtelangem Stehen in Warteschlangen durchkämpfen, Menschen, die geistig in der endlosen Wüste des Alltags zu verdursten drohen.

So seltsam das auch scheinen mag, die Wahrheit wird auch von denen benötigt, die die Lüge organisieren. Sehen sie sich doch nicht, von ihrem Recht auf Kartenreservierung Gebrauch machend, gezwungenermaßen die Stücke an, um damit den einfachen Zuschauern die Plätze wegzunehmen. Übrigens kann sein, daß dieser seltsame, ja fast unwahrscheinliche Wunsch (ein unterbewußtseinsmäßiger Hang zur Wahrheit), Hoffnung auf die Gesundung der Gesellschaft in sich birgt. Das administrative Kommandosystem der Kultur übte Druck auf das Theater aus (was hatte das „Taganka“ nicht alles zu erleiden), doch auch das Theater beeinflusste doch immerhin das administrative Kommandosystem, seinen wichtigsten Zuschauer. Diese Einwirkung hielt auch an, nachdem der Begründer des Theaters an der Taganka gezwungen war, das Land zu verlassen.

Schiefes Gebäude

Viele unserer Theater erinnern an schiefe und halbzerrfallene Gebäude: Von der einen Seite geht es ja noch, die andere neigt sich in die verkehrte Richtung, in der dritten sind Risse und die vierte steht kurz vor dem Zusammenfall. Jeder Schauspieler scheint für sich allein zu spielen: der eine sehr gut, der andere schlechter, ein dritter taugt überhaupt nichts. Es gibt keine einheitliche Konzeption des Spiels, und damit eigentlich auch kein Bühnenstück. Vor diesem allgemeinen Hintergrund kann man in einigen Theatern erfolgreiche Inszenierungen sehen, es gibt aber nur ein Theater, in dem fast alle Stücke den strengsten Anforderungen genügen.

Warum wurde gerade das „Taganka“ zu

einer Insel der Wirklichkeit im Meer des Scheins, und der Rummel darum während der ganzen 25 Jahre ihres Bestehens so groß, daß die Menschen zu allem fähig sind, nur um ins Theater zu kommen? Täglich versuchten Menschenmassen erfolglos, weil die Karten ja schon lange ausverkauft waren, sich Eintritt zu verschaffen. Es war vor allem das Talent und die Persönlichkeit von Juri Ljubimow, ohne die es das Theater an der Taganka auch nicht gegeben hätte.

Das durch die Anstrengungen von Juri Ljubimow und Absolventen der Stschukin-Schauspielschule geschaffene Theater profilierte sich, zeigte eine eigene Sicht des vergangenen und gegenwärtigen Lebens, eine ideologische Position, die in jedem Stück vom gesamten Ensemble realisiert wird; ein streitbares und tiefes Eindringen in die Geheimnisse der Geschichte und den Geist des Volkes. Indem es die Weltanschauung der Zuschauer mit spezifischen Kunstgriffen beeinflusst, vergaß das Theater nie, daß es kein stärkeres Mittel zur Einwirkung auf die Herzen gibt, als Talent und Ehrlichkeit. Die Zeit wird kommen, da die zukünftigen Theaterwissenschaftler in den Büchern über das „Taganka“, die es unbedingt geben wird, detailliert das Weltverständnis des Theaters rekonstruieren werden.

Und wir stellen ein interessantes Paradoxon fest: Das „Taganka“ wurde im Unterschied zu anderen immer als „Theater des Regisseurs“ bezeichnet, womit unterstrichen wurde, daß die Schauspieler hier nur die Ideen von Juri Ljubimow umsetzen. Es arbeiten jedoch in keinem Theater so viele starke, selbständige Persönlichkeiten. Ganz zu schweigen von Wyssozki, der zu einem wahren Volkssänger und Volksschauspieler wurde, sind das der heutige Kulturminister der UdSSR Nikolai Gubenko, der einige Filme drehte, Valeri Solotuchin, der interessante Prosawerke veröffentlichte, Leonid Filatow als Autor von Poemen und Parodien, Weniamin Smechow als Autor von interessanten Humoresken, und Alla Demidowa, die ein Buch über Wyssozki schrieb.

Wenn die „Epoche der Scheinwirklichkeit“ im Menschen die Persönlichkeit unterdrückt, so wird diese vom Theater auf eine unerreichbare Höhe angehoben. Der Schauspieler löst sich aus den Massenszenen heraus und bestimmt sein „Ich“. Kein Wunder, daß gerade am „Taganka“ eine Folge von Stücken „Auf der Suche nach dem Genre“ läuft, in denen der Schauspieler direkt auf den Zuschauer zugeht.

Deshalb ist die Vorstellung über das „Taganka“ als einem Theater des Regisseurs nicht ganz gerecht, obwohl die Akteure auf der Bühne die Anweisungen von Ljubimow strikt ausführen. Von der Bedeutung der führenden Bühnenkünstler kann man sich leicht überzeugen, wenn man die Interpretationen der Rollen durch Solotuchin, die Demidowa und Filatow mit der ihrer Zweitbesetzungen vergleicht. Der Unterschied ist spürbar.

Der Vorhang ist ab

Im Foyer des Theaters hängen die Porträts von Stanislawski, Meyerhold, Wachtangow und Brecht, Künstlern also, deren künstlerisches Credo sehr verschieden ist. Begabung jedoch, wie Juri Ljubimow nochmal bewies, vereint das Unvereinbare zu einer neuer Synthese.

In dem Stück „Phädra“ von Marina Zwetajewa ist von einem „schweren Vorhang zwischen jener und dieser Welt“, der Welt der Bühne und des Saals die Rede. Ljubimow hat diesen Vorhang beseitigt, er verzichtete überhaupt auf jeglichen Vorhang, fand seine eigene Art, eine Brücke zwischen dem Leben und der Bühne zu bauen. Im Ergebnis kam wirkliches Leben auf die Bühne, das den Zuschauern das scheinbare Leben, das sie umgab, ersetzte.

Über das „Spannungsfeld“ fand ein Gedankenaustausch zwischen dem Saal und der Bühne statt. Die theatrale Bruderschaft ging in eine Bruderschaft der Schauspieler und Zuschauer auf der Grundlage der Wechselwirkungen der Persönlichkeiten über. In dem Stück „Zehn Tage, die die Welt erschütterten“ nach John Reed gingen die Schauspieler ins Foyer hinaus, um die Zuschauer zu empfangen. Der Zuschauer wurde in das Spiel miteinbezogen. (Zerrspiegel im Foyer bei den „Toten Seelen“ nach Gogol: „Über wen lachen Sie?“)

Das Theater bekam eine „publizistische, offen politische Ausrichtung“ – und gleich kollidiert der klassische Text mit der Gegenwart. Im Ergebnis dessen macht er als echte Wirklichkeit der Scheinwirklichkeit Platz (die Repliken der Schauspieler ändern sich mit den Jahren: „der Knoblauch... gegen Aids“, hören wir im „Lebendigen“, dessen Handlung in den 50er Jahren spielt).

1968 bei der Vorführung des verbotenen „Lebendigen“, den das Publikum erst nach 20 Jahren sah, sagte der Leiter der Kulturbörde: „Nicht den Kuskin sollte man hinter Gitter bringen, sondern euch für dieses Stück vor Gericht bringen.“ Er hatte auf seine Weise recht. In dem Stück zur dörflichen Thematik wurde ein Verwaltungssystem nicht nur der Landwirtschaft, sondern auch der Kultur gezeigt, der er als Minister vorstand. Und in dem Bühnenstück „Freund, sei getrost!“ ein Gespräch des Poeten mit der Zensur, nicht nur ein Gespräch Puschkins mit Nikitenko, sondern auch von Ljubimow mit den Beamten des Kulturministeriums. Deshalb waren solche Szenen so lebensnah, riefen eine stürmische Reaktion im Zuschauersaal hervor.

Die charakteristischen Eigenschaften des Theaters kamen besonders in den beiden letzten Aufführungen „Wladimir Wyssozki“ und „Boris Godunow“ zur Geltung. Im ersten wird die anfängliche Atmosphäre der „Schauspielerrepublik Taganka“ wiederbelebt, in die die Fans von Wyssozki einbezogen werden. Alle hat der Tod von Wyssozki vereint, und unwillkürlich kommt der Gedanke auf, daß er dafür starb, damit ein Stück inszeniert wird, in dem alles Sze-



Aus dem Stück „In memoriam Wladimir Wyssozki“

nische fehlt und die Schauspieler sich selbst spielen. Klar, warum Ljubimow so lange und beharrlich für seine Werke gekämpft hat und ihm gerade dieses Stück zum Verhängnis wurde. Es ist schwer, über das Verbot seines besten Werkes hinwegzukommen.

Welch für eine fast unwahrscheinliche Komik steckt in dem Beschluß über das Verbot des Stückes, wo es heißt, daß darin „die Persönlichkeit Wyssozkis nicht ausreichend ausgeleuchtet wird“. Als würden ihn die Beamten des Kulturministeriums besser kennen als der Regisseur und die Schauspieler des Theaters, die 17 Jahre mit ihm zusammengearbeitet haben. Als ginge es hier z. B. um Puschkin, den alle gut kennen, auch die Bürokraten.

Am Ende des Stückes „Boris Godunow“ wird an den Saal die Frage gerichtet: „Was schweigst ihr denn?“ Die Zuschauer schweigen natürlich auch weiter und bezeugen damit, daß das Volk seine Stimme nicht erhebt. Deshalb erklingt „Ewiges Andenken“: an das Volk (?), den Zuschauer (?), an den Zaren (?), an das blutige Regime (?), das Ljubimow singt und danach ins Ausland ging. Sieben Jahre vergingen. Das Volk brach das Schweigen, und Ljubimow kehrte an das Theater zurück. Ihm wurde auch die sowjetische Staatsbürgerschaft wiedergegeben.

Taganka. Dieses Wort diente in der Presse oft als Spielball. Einst wurde so das Gefängnis genannt, das sich auf diesem Platz befand. Das heutige „Taganka“ dagegen begünstigt die Persönlichkeitsentfaltung. Das Verhältnis der Behörden zu ihren neuen Bewohnern blieb jedoch mißtrauisch. Die Aufführungen wurden verstümmelt und gestrichen, und für die Zuschauer, die tatsächlich fähig waren, in die eigene Seele zu schauen, führte der Weg direkt vom „Taganka“ zu den Dissidenten, in das Butyrka-Gefängnis und weiter...

In das neue „Taganka“ kam man allerdings noch schwerer rein als in die alte. Hier hatte das administrative Kommandosystem noch einmal zugeschlagen. Nicht genug, daß es die Stücke verstümmelte, es besuchte sie auch, das Volk damit vom Theater fernhaltend. In die städtischen Theaterkassen, von denen es bei uns so viele gibt, kamen überhaupt keine Eintrittskarten für das „Taganka“. (Das ist jetzt noch so.) In den Vorverkauf gingen wenige Prozent, alle anderen bekam die

Nomenklatur. In der Epoche der allgemeinen Korruption war der Zugang zur wahren Kunst den Personen vorbehalten, die dafür aufgrund ihrer Verfassung oder gesellschaftlichen Stellung taub waren.

Theater in der Arena

Einmal, während der tiefsten Stagnation, kamen wir ins Foyer des Theaters 5 Stunden vor Beginn der Vorstellung. An der Kasse eine Menschenmenge, hauptsächlich jugendliche, fast alle lasen in der Warteschlange. Die Kasse war geöffnet, und es traten verschiedene, in der Regel gut gekleidete Leute

Foto: TASS

heran, legten mit stolzer Mine irgendwelche Zettel vor und bekamen ihre Karten. „Was ist das?“ fragte ich. „Reservierung“, antwortete mein Freund. „Und wer hat das Recht darauf?“ „Viele. Die Ressortchefs aus den Ministerien, die Betriebsdirektoren, ihre Kinder und Verwandten.“ „Und die Tante da, ist das auch eine Vorgesetzte oder eine Verwandte?“ „Das ist wohl eher die Haushilfe.“ „Hör mal“, schlug ich ihm vor, „versuchen wir doch mal jemanden von denen zu bitten, für uns 2 Karten zu kaufen.“ „Versuch's doch mal“, antwortete mir mein Freund, und ich begab mich an die Kasse und sprach den ersten an: „Könnten Sie für uns nicht zwei Karten kaufen?“ „Was? Nein, nein“, schreckte der zurück und ging schnell weg. „Du bist ganz schön naiv“, sagte mein Freund, als ich zurückkehrte. „Komm, da gegenüber ist eine Kneipe.“

Ich kann mich erinnern, daß ich ihm damals zu beweisen versuchte, daß man gute Stücke allen, die sie sehen wollen, in offenen Amphitheatern für 30–40 000 Zuschauer zeigen müßte wie im alten Griechenland. Das Lushniki-Stadion steht doch aufgrund großer Erfolge unseres Fußballs leer, man könnte es doch also als Theater herrichten. (Unlängst wurde hier ja ein Rock-Festival durchgeführt, wobei man den Rasen zertrampelte.) Das „Taganka“ würde nicht dagegen sein und alle zufrieden. Die Leute würden dann ins Theater gehen anstatt in Kneipen. „Nein“, hielt mein Freund dagegen. „Unter den gegebenen Umständen würde kaum jemand Schnaps gegen Theater tauschen.“ Wir stritten uns darüber, und es hätte nicht viel gefehlt, wir hätten auf der Stelle mit einer Meinungsumfrage begonnen. Immerhin hat das Rock-Festival Zehntausende ins Stadion geführt.

Das neue „Taganka“ ist 25. Wie sieht die Zukunft des Theaters aus? Die Situation im Lande hat sich gewandelt. Andere Stücke, direkt politische, ziehen die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit an, umso mehr, als sie im Unterschied zu den Taganka-Stücken über das Fernsehen überall im Land gesehen werden können. Solange man eine Oase in der geistigen Wüste ist, reicht es, den Menschen klares Wasser anzubieten, mehr wird nicht verlangt. Wenn in der Wüste jedoch Stände mit Pepsi, Kwas und Wein auftauchen... Man kann nur wünschen, daß die nächste Spielzeit vom „Taganka“ genauso erfolgreich verläuft.

MOSKAUER HEFTE FÜR POLITIK „NEUE ZEIT“:

Ein aktueller Überblick über das neue Denken, Glasnost und Perestroika

Die „**Neue Zeit**“ bringt Beiträge sowjetischer und ausländischer Politiker, namhafter Wissenschaftler und Schriftsteller, führender Journalisten, ferner Interviews, Überblicke, Korrespondenzen, Reportagen und Glossen. Die „**Neue Zeit**“ erscheint in zehn Sprachen: russisch, deutsch, englisch, französisch, spanisch, portugiesisch, italienisch, polnisch, tschechisch und griechisch. Sie hat Leser in mehr als hundert Ländern.

Bestellungen nehmen entgegen in:

BELGIEN (620 bfr.)

– Librairie du Monde Entier, rue du Midi, 162, 1000 Bruxelles.
– Association Belgique – URSS, 21, rue du Meridien, B-1030 Bruxelles.
– Agence et Messageries de la Presse 1, Rue de la Petite-Ile, B-1070, Bruxelles

BUNDESREPUBLIK

DEUTSCHLAND (58 DM)

– VVG Verlags- und Vertriebsgesellschaft m. b. H.
Xantener Str. 7
Postfach 10 15 55
4040 Neuss 13
– Lange & Springer GmbH & Co. KG
Postfach 10 16 10
5000 Köln 1
– Kubon und Sagner GmbH
Postfach 34 01 08
8000 München 34

DÄNEMARK (158 dkr.)

– „Sputnik“ International
Vester Voldgade 11
1552 Copenhagen K
– „Akademisk Boghandel“
Universitetsparken, DK-8000 Aarhus C

DDR – alle Postämter

HOLLAND (52 hfl.)

– Pegasus Boekhandel
Leidsestraat 25
1017NT Amsterdam
– Swets Subscription Service
347b, Heerweg P. O. Box 830 2160 SZ
Lisse-Holland

JUGOSLAWIEN

– „Jugoslovenska knjiga“,
11 000 Beograd, Trg. Republike,
POB 36
– Prosveta Export-Import Agency,
11 001 Beograd, Terazije 16/1.
– „Mladost“,
Export-Import
41 000 Zagreb, Ilica, 30

– „Drzavna Založba Slovenije“,
Export-Import, 61 001 Ljubljana,
Titova 25. P. O. B. 50-1.
– „Veselin Maslesa“ OOUR Jzvoz-Uvoz
Ulica Jna 42
71 000 Sarajevo, SFRY
– Knigoizdatelstvo
Makedonska Kniga
Otdelenije za Stranska literatura
Ulica Tiranska b.b.
91 000 Skopje, SFRY

LUXEMBURG (620 bfr.)

– Messageries Paul Kraus, Case Postale
2022,
11, rue Christophe Plantin
Luxemburg-Gare

NORWEGEN (132 nkr.)

„Narvesens“ Info Center
P. O. Box 6125
Etterstad, N-0602, Oslo 6

ÖSTERREICH (400 ÖS)

– „Globus“-Vertrieb ausländischer
Zeitschriften, Höchstadtplatz 3,
A-1206 Wien.
– „Das Internationale Buch“,
Trattnerhof 1,
A-1010 Wien 1

POLEN – Niederlassungen, Postämter
und internationale Presse-
und Bücherklubs

SCHWEIZ (58 SF)

– Cobram, CP 117
CH 1211 Geneve 1MB.
– Pinkus Genossenschaft
Froschaugasse 7
8025 Zürich 1

TSCHECHOSLOWAKEI

– PNS-UED Jindiska 14, Praha 1
– PNS-UED Gottwaldovo nam. 6,
Bratislava

UNGARN – alle Postämter

USA (25.00 Dollar)

– Victor Kamkin, Inc. 12224 Parklawn
Drive Rockville, Md. 20852

BERLIN (WEST) (58 DM)

– „das europäische buch“
Thielallee 34,
1000 Berlin 33 West.
– Buchhandlung Elwert & Meurer,
Hauptstraße 101, 1000 Berlin 62 West

Bitte diesen Kupon ausschneiden, auf eine Postkarte kleben und an eine der
obenangeführten Firmen einsenden.

Herrn / Frau / Frl. / Fa. / Buchhdlg.

Name: Vorname:

Anschrift:

Abonnementbestellung

Anzahl: Titel:

Preis:

BEZUGSZEITRAUM

1 Jahr 2 Jahre 3 Jahre Datum

Bitte Entsprechendes ankreuzen Unterschrift

Neue Möglichkeiten für Geschäftsleute

Die Internationale Handelsverwaltung der
Zivilluftfahrt (MKU GA) hilft Ihnen, Ihre
Probleme beim internationalen
Lufttransport und bei der Gründung von
Gemeinschaftsbetrieben mit ausländischen
Partnern zu lösen.

MKU GA

wickelt jede außenwirtschaftliche
Tätigkeit der Zivilluftfahrt ab, inklu-
sive Lufttransport und Service in
der UdSSR und im Ausland; Devi-
sen- und Finanzverrechnungen;
Abschluß von Verträgen und Ver-
einbarungen; Werbung für Luft-
transport und Service; technische
Hilfe für sowjetische und ausländi-
sche Organisationen, Firmen und
Einzelpersonen bei Wartung und
Reparatur von Flugtechnik, bei Lie-
ferungen von Ausrüstung und
Material und bei der Ausbildung
von Fachleuten.

**Einen Geschäftspartner wie MKU GA zu haben, bedeutet schnellen
und effektiven Zugang zu direkten Geschäftsverbindungen mit Luft-
fahrtgesellschaften, Firmen und Organisationen in fast 100 Ländern
ohne zusätzliche Ausgaben.**

Wenn Sie mit uns zusammenarbeiten wollen, schreiben Sie uns:
125167 Moskau, A-167, Leningradski Prospekt 37
Internationale Handelsverwaltung der Zivilluftfahrt

Telefon: 155 66 47
Telex: 411 969

АЭРОФЛОТ
Soviet airlines